



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

GZ-Interview mit Bayernwerk-Chef Reimund Gotzel:

Nah an der Region

Dienstleister für Kommunen

Die Bayernwerk AG als Nachfolgeunternehmen des Regionalversorgers E.ON Bayern spielt weiterhin eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der bayerischen Energiezukunft. Über die Kernaufgaben des größten regionalen Netzbetreibers im Freistaat und die daraus resultierenden Herausforderungen informierte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung.

GZ: Herr Gotzel, Sie sind nun seit gut einem halben Jahr Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG mit Sitz in Regensburg. Wie haben Sie sich eingelebt?

Gotzel: Ich kann eine wirklich gute erste Bilanz ziehen, wobei mir die Eingewöhnung nicht so schwer fiel. Seit 1992 bin ich im E.ON Konzern tätig, von 2001 bis 2005 war ich bereits Finanzvorstand bei E.ON Bayern, so wie wir bis Mitte letzten Jahres noch hießen. Seit 2001 sind meine Familie und ich auch in Regensburg zu Hause. Das haben wir auch während meiner sechsjährigen Arbeit als Vorstandsvorsitzender der E.ON Thüringer Energie AG so beibehalten. Umso mehr freut es mich, seit nunmehr gut einem halben Jahr auch wieder beruflich fest in Bayern verankert zu sein und mit dem Bayernwerk einen wichtigen Beitrag in einer für den Freistaat sehr bedeutsamen energiewirtschaftlichen Phase leisten zu können.

GZ: Sie zielen auf die Energiewende ab?

Gotzel: In der Tat. Die Energiewende geht einher mit extremen Herausforderungen, insbesondere für einen Verteilnetzbetreiber wie das Bayernwerk. Tatsache ist: Im regionalen Verteilnetz des Bayernwerks ist die Energiezukunft ihrer Zeit voraus. Bereits jetzt transportieren wir in unserem Netz über 50 Prozent regenerativ erzeugte Energie. Von der Stromeinspeisung her betrachtet haben wir damit die

bayerischen Ziele der Energiewende, die aktuell für das Jahr 2018 einen Anteil der erneuerbaren Energien von 40 Prozent vorsehen, heute schon übertroffen. Wir laufen der Entwicklung also definitiv vorweg.

GZ: Wie ist dieser Umstand zu erklären?

Gotzel: Die Gestaltung der Energiezukunft in Bayern findet in hohem Maße in den Regionen und weniger in den Städten statt. Windkraftanlagen und größere Photovoltaikanlagen entstehen eben in der Fläche und damit in unserem Netzgebiet. Mehr als andere Netzbetreiber müssen wir lernen, mit der Energiewelt von morgen umzugehen. Man stelle sich folgenden Vergleich vor: Vor einem Jahr noch hatten wir beim Bayernwerk mehr Photovoltaikleistung am Netz als die gesamte USA. Mittlerweile hat



Unser Bild zeigt (v. l.): Bayernwerk-Vorstandsvorsitzenden Reimund Gotzel mit den GZ-Repräsentantinnen Anne-Marie und Theresa von Hassel sowie den neuen Bayernwerk-Pressesprecher Maximilian Zängl und dessen Vorgänger Josef Schönhammer. Schönhammer verließ zum Jahreswechsel das Unternehmen, um sich neuen Aufgaben in der Medienbranche zu widmen. Er war mehr als 25 Jahre in der Energiewirtschaft im E.ON-Konzern tätig, seit über 15 Jahren in leitender Position als Pressechef in Bayern. Der gesamte Vorstand dankte Schönhammer für seinen großen und erfolgreichen Einsatz und wünschte ihm für die weitere Lebensplanung viel Erfolg.

das Bayernwerk über 240.000 Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung von rund 5.300 Megawatt in sein Netz integriert. Das sind nahezu 20 Prozent aller in Deutschland installierten PV-Anlagen. Der hohe Erzeugungsanteil der erneuerbaren Energien zwingt uns auf netztechnologischer Seite Schritt zu halten und so unserer Kernaufgabe gerecht zu werden, eine sichere Versorgung für weite Teile

Bayerns zu gewährleisten.

GZ: Wenn Sie auf 2013 zurückblicken – wie sieht Ihre Bilanz insgesamt aus?

Gotzel: Mehr als zufriedenstellend. Wir haben massiv an unseren Einspeiseprozessen gearbeitet sowie eine komplett andere IT-Prozesslandschaft definiert und umgesetzt. Das war nötig, da wir in den Jahren des gewaltigen Photovoltaik-Booms (Fortsetzung auf Seite 4)

Preisverleihung der Bayerischen Landesstiftung:

Unbeirrter Einsatz für das Gemeinwohl

„Die Bayerische Landesstiftung leistet einen Beitrag zur Lebensqualität in Bayern auf hohem Niveau. Die Stiftung ist eine wichtige Säule der Förderung von kulturellem und sozialem Engagement. Das Fördervolumen 2013 liegt bei über 26 Millionen Euro“, betonte Finanzminister Dr. Markus Söder bei der Verleihung der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2013 der Bayerischen Landesstiftung in München. Söder händigte die Preise in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer aus.

Die Preisträger zeichnet nach den Worten von Söder eine wichtige Gemeinsamkeit aus: Unbeirrter Einsatz für das Gemeinwohl. Er dankte allen Preisträgern für deren vorbildliches und uner-müliches Wirken zum Wohl der Allgemeinheit. Hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet werden seit 1980 und Leistungen im Bereich des Umweltschutzes seit 1985 von der Landesstiftung ausgezeichnet. Die Preise sind je Sparte mit 30.000 Euro notiert.

Freiwilliges Soziales Jahr

Mit dem Sozialpreis wurden das Freiwillige Soziale Schuljahr – Neustädter Modell, Neustadt a. d. Aisch, die Anton Schrobenhauser-Stiftung – Projekt „KIDS TO LIFE – fit for work“ und die Arbeitsgemeinschaft Migrantenmedizin, Regensburg, ausgezeichnet.

Schülerinnen und Schülern ab der 8. Klasse von Haupt-/ Mittelschulen und Gymnasien können im Landkreis Neustadt/Aisch und Umgebung in Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen, Kirchengemeinden, Kommunen, Verbänden und Vereinen ein Freiwilliges Soziales Schuljahr (FSSJ) ableisten. Die Einsatz-Möglichkeiten reichen von Kindergärten bis Altenheimen, von der Freiwilligen Feuerwehr zum Bund Naturschutz, vom Tierheim zum Sportverein und von der Kurklinik bis zum Freilandmuseum.

Eigenverantwortung

Das FSSJ beinhaltet über die Dauer eines Schuljahres außerhalb des Unterrichts eine zweistündige ehrenamtliche Tätigkeit in der Woche. Dieser ehrenamtliche Dienst kann bei Bedarf auch

blockweise z. B. am Wochenende geleistet werden. Auf das gesamte Schuljahr gesehen – unter Berücksichtigung von Ferien – beträgt die gemeinnützige Tätigkeit ca. 80 Stunden. Die Schüler verpflichten sich zur regelmäßigen und eigenverantwortlichen Tätigkeit in seiner ausgesuchten Einsatzstelle.

Therapeutisches Gebäude

In Unterhaching bei München hat die Anton Schrobenhauser-Stiftung mit den vielen Unterstützern sowie Helferinnen und Helfern ein therapeutisches Gelände errichtet, auf dem jährlich über 2.500 bedürftige Kinder aus Heimen im Großraums München und (Fortsetzung auf Seite 4)

Mit Reformen vom Vater Staat zum Bürgerstaat

Weitere Reformen mahnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund im Jahr 2014 an. Nach Auffassung des Verbandes sind diese insbesondere im Bereich der Sozialsysteme unverzichtbar, wenn der Wohlstand weiter erhalten werden soll. Es gehe nicht an, dass immer weniger Junge für immer mehr Ältere neue und bessere Leistungen erwirtschaften können. Der Staat könne nicht alles regeln, organisieren und immer weitere Wohltaten verteilen. „Wir müssen den Weg vom Vater Staat zum Bürgerstaat finden. Weniger Bürokratie, mehr Eigenverantwortung und die Konzentration der Leistungen auf die wirklich Bedürftigen sind dabei die Eckpunkte“, machte der DStGB-Präsident, Oberbürgermeister Christian Schramm, in Berlin deutlich.

„Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert die neue Bundesregierung auf, die Kommunen im Vorgriff auf die Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sofort um 1 Mrd. Euro zu entlasten. Viele Kommunen in Deutschland sind hochverschuldet und warten dringend auf ein Entlastungssignal“, betonte Schramm und ergänzte: „Die Umsetzung könnte durch eine Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Kommunen um 0,7 Prozentpunkte schon in den ersten Monaten 2014 realisiert werden.“

Sodann müsse die Moderni-

sierung der Eingliederungshilfe zügig angegangen werden, um die Kommunen – wie angekündigt – um 5 Mrd. Euro pro Jahr zu entlasten. Die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte seien auf über 15 Mrd. Euro pro Jahr gestiegen und wüchsen dynamisch weiter. „Auch das System muss auf den Prüfstand, damit die Entlastung der Kommunen nicht durch einen weiteren Kostenanstieg aufgezehrt wird. Es muss sichergestellt werden, dass die Entlastungen auch tatsächlich bei den Kommunen und nicht in den Länderhaushalten ankommen“, erklärte der

Präsident. In der Koalitionsvereinbarung, an deren Inhalt die Länder beteiligt waren, habe man sich eindeutig zur Entlastung der Kommunen bekannt.

Sozialdickicht

Alle staatlichen Leistungen sollten laut Schramm dahin gehend hinterfragt werden, ob der Staat die konkrete Leistung erbringen muss, ob er sie richtig und zielgerichtet erbringt oder die Mitnahmeeffekte und Bürokratie unverhältnismäßig groß sind. Insgesamt müsse der Strauß sozialer Leistungen neu geordnet werden. So gebe es z. B. in Deutschland 152 familienpolitische Leistungen in unterschiedlichster Höhe und unterschiedlichster Zielrichtung mit einem Gesamtvolumen von 123 Mrd. Euro pro Jahr zuzüglich ehebezogener Leistungen in Höhe von 73 Mrd. Euro jährlich. Anstatt hier immer neue Leistungen zu beschließen, sollte das bestehende System besser aufeinander abgestimmt und das Sozialdickicht gelichtet werden. Benötigt würden klare Zielsetzungen, um die Sozial- und Familienpolitik nach einheitlichen Kriterien neu zu ordnen. (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische
Gemeindezeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Dt. Landkreistag: Kommunale Haushalte und Breitband	.. 2
Symposium in Berlin: Kommune der Zukunft	 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Gute Aussichten zum Jahresbeginn	 3
Staatsregierung unterstützt Kommunen	 3
Messe München: Bestmarken bei Umsatz und Ergebnis	... 3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiethemen	 5-9
Kommunalfahrzeuge · GaLa-Bau	 10-11
Abfall · Entsorgung	 12-13
Aus den bayerischen Kommunen	 13-16

Kommune der Zukunft

Symposium von komba gewerkschaft und Bertelsmann Stiftung in Berlin
Öffentliche Verwaltung als Prozess begreifen

Rund 100 Führungskräfte und Vertreter aus dem öffentlichen Dienst sowie Referenten aus Politik und Verbänden stellten sich im dbb forum in Berlin beim dritten gemeinsamen Symposium von komba gewerkschaft und Bertelsmann Stiftung dem Thema „Kommune der Zukunft“.

„Wir dürfen uns von den sich abzeichnenden Entwicklungen in der Altersstruktur unserer Gesellschaft nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern müssen den demografischen Wandel als Innovationsprozess begreifen, der uns zahlreiche neue Chancen und Potenziale bietet“, hob Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft und stellvertretender Bundesvorsitzender des deutschen beamtenbundes und tarifunion (dbb) hervor.

Stellschrauben

Lebenswerte Kommunen seien nur mit einer ausreichend guten finanziellen Ausstattung und nachhaltigen Strategien handlungsfähig für die Herausforderungen der Zukunft, so Silberbach. „Jetzt können mit einer Umstrukturierung althergebrachter Formen die Stellschrauben für die Kommunen 2030 gestellt werden – dazu zwingen uns regelrecht der demografische Wandel wie auch die Globalisierung.“

Dem Appell nach Bewusstseinswechsel auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite schloss sich Dr. Gerd Landsberg, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, an: „So, wie sich die Gesellschaft ständig verändert und weiterentwickelt, muss auch der öffentliche Dienst sich stetig modernisieren.“ Ob die Menschen sich in ihrer Stadt oder Gemeinde sicher fühlen, ob die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen für Wachstum vorfindet und auf eine leistungsfähige Infrastruktur vertrauen kann, hänge gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung ganz entscheidend von der Gestaltung durch die Verwaltung vor Ort ab. Das setze allerdings voraus, dass der öffentliche Dienst attraktiv bleibt. Dies gehe aber nicht mit einem anhaltenden Personalabbau bei gleichzeitiger Erhöhung der Aufgabenfülle und -breite.

Dienstrecht

Das öffentliche Dienstrecht muss nach Landsbergs Ansicht

weiterentwickelt werden. Zudem sei es erforderlich, die Ausbildung zu modernisieren, die Fortbildung zu verstärken, sowie den Dienstherrenwechsel und die Kooperationen zwischen Verwaltungen zu erleichtern. Auch bedürfe es weiterer Anstrengungen bei der Personalgewinnung und Personalentwicklung sowie der interkulturellen Öffnung der Verwaltungen.

Handlungsfelder

Die Finanzierung kommunaler Haushalte und ebenso die Aufrechterhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen waren wesentliche Fragen der Veranstaltung über mögliche Handlungsfelder der Zukunft. In ihrem Fazit zum Symposium führte Dr. Eva Lohse, Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, aus, dass es nicht sein könne, dass Länder sich aufgrund ihrer eigenen Schuldenproblematik aus der Pflicht nehmen, ihre Kommunen zu entlasten.

Der Bund sei - so auch eine Forderung des Deutschen Städtetages an die neue Regierung - in der Verantwortung zu helfen - gesamtgesellschaftlich und gesamtstaatlich. Dabei solle sich die Hilfe mehr nach dem Bedarf orientieren und weniger nach Groß- oder Kleinstadt bzw. Ost oder West. Kooperationen zwischen Bund und Kommunen sollten erleichtert, Mittel weniger über die „klebrigen Hände der Länder“ verteilt werden. Zudem solle die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle erhalten bleiben und die interkommunale Zusammenarbeit gefördert werden.

Bewertungen

Dem Symposium vorausgegangen war eine von der Bertelsmann Stiftung organisierte Online-Umfrage „Wie sehen die Kommunen ihre Zukunft?“ bei Hauptverwaltungsbeamten, Fraktionsvorsitzenden und Personalräten. Deren Ergebnis stellte Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider, Lehrstuhl für Mar-

keting und Dialogmarketing der Steinbeis-Hochschule in Berlin, vor.

Dabei bewerteten die 1.288 Teil-

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Kommunale Haushalte und Breitband

Den Kommunen soll die im Koalitionsvertrag zugesagte Sofortentlastung in Höhe von 1 Mrd. Euro pro Jahr umgehend zukommen. Dies forderte der Deutsche Landkreistag bei der Sitzung seines Präsidiums im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Darüber hinaus forderten die Landräte den Bund auf, die zugesagte weitere Entlastung in Höhe von jährlich 5 Mrd. Euro spätestens zum 1. Januar 2016 wirksam werden zu lassen.

Für den Deutschen Landkreistag ist es entscheidend, dass die kommunalen Haushalte tatsächlich entlastet werden, und zwar in allen Bundesländern. Das Präsidium drängt daher darauf, dass die zugesagte kommunale Entlastung in Höhe von 1 Mrd. Euro ab dem Jahr 2014 einsetzt und in Höhe von 5 Mrd. Euro ab dem Jahr 2016 kommt. „Eine Verzögerung des Bundesleistungsgesetzes für behinderte Menschen darf nicht dazu führen, dass auch die kommunale Entlastung hinausgeschoben wird“, erklärte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré.

Eingliederungshilfe

Darüber hinaus wies er auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten für die Eingliederungshilfe in den Ländern und die hohe inhaltliche Komplexität der Materie hin. „Es besteht die Sorge, dass eine Entlastung über die Eingliederungshilfe nicht oder viel zu spät kommt oder gesamtstaatlich gar zu Leistungsausweitungen führt.“

Der Koalitionsvertrag spricht von zwei Stufen, bestehend aus einer zügig zu realisierenden Entlastung in Höhe von 1 Mrd. Euro sowie einer weiteren mit einem Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich. Für diese Maßnahmen enthält die Vereinbarung jedoch trotz deren Einstufung als prioritär keine verbindlichen Zeitpunkte.

Umsatzsteueranteil

Duppré zufolge wäre ein einfacher sowie zügig zu realisierender Weg für die erste Stufe eine Aufstockung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU). Über diesen Weg beteilige sich der Bund bereits seit Langem an kommunalen Aufgaben im Rahmen von Hartz IV. Die darüber hinaus zugesagte zweite Entlastungsstufe könne demgegenüber durch eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils realisiert werden. Bei den Kosten der Unterkunft bestehe insgesamt ein Entlastungspotenzial von 2,41 Mrd. Euro; ein Punkt Umsatzsteuerbeteiligung entspreche etwa 2 Mrd. Euro. Nach den Worten des Präsidenten besteht das Problem darin, „dass die Landkreise nur in drei Ländern Aufgaben- und Finanzierungsträger der Eingliederungshilfe sind, und zwar in Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen. In sieben Flächenländern liegt hingegen die Finanzierungsverantwortung ganz oder überwiegend beim jeweiligen Land, bei dem daher auch die unmittelbare Entlastungswirkung eintreten würde.“ Eine – vollständige – Weiterleitung der Entlastung an die Kommunen sei in diesen Ländern deswegen nicht gesichert möglich. „Daher sollte der von uns vorgeschlagene Finanzierungsweg beschritten werden“, machte Duppré deutlich.

nehmer aus 800 Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern die Kommunalfinanzen, aber auch altersgerechtes Leben, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie Schulträgeraufgaben als die wichtigsten und gleichzeitig herausforderndsten kommunalen Handlungsfelder der Zukunft.

Als zentrale Lösungsstrategien in diesen Handlungsfeldern seien aus

ihrer Sicht die interkommunale Kooperation, auch besonders im öffentlichen Personennahverkehr, und im Bereich eines altersgerechten Lebens eine stärkere Einbeziehung der Bürger sinnvoll und funktional, erläuterte Prof. Schneider. Aber auch Bund und Länder müssten bei der Aufgabenverteilung mehr eingebunden werden und sich strikt an die Konnexität halten. **DK**

folgt im Landkreis Marburg-Biedenkopf einen kreisweiten Ansatz zum Breitbandausbau, der unter vielen weiteren positiven Beispielen aus anderen Landkreisen deutschlandweit als Vorbild dient.

Flächendeckender Ausbau

Wie Duppré erläuterte, seien für einen flächendeckenden Breitbandausbau unter optimaler Nutzung aller Technologien nach einer Studie des TÜV Rheinland ca. 20 Mrd. Euro erforderlich. Andere Berechnungen gingen bei einem Glasfaserausbau sogar von Kosten deutlich über 40 Mrd. Euro aus. Nur durch einen konsequenten Förderansatz ließen sich daher die gesetzten Ausbauziele auch

Kommunaler Finanzausgleich:

Drei Milliarden Euro für die Kommunen

Die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen in Bayern erreichen 2014 einen neuen Höchststand. „Mit rund 3 Milliarden Euro unterstützt der Freistaat die Verwaltungshaushalte von Gemeinden und Landkreisen“, teilte Dr. Markus Söder, Finanzminister, in München mit. Die Schlüsselzuweisungen ergänzten die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen und stehen ihnen als allgemeine Deckungsmittel zur freien Verfügung.

Gegenüber 2013 steigen die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich um fast 3 Prozent auf inzwischen fast 3 Milliarden Euro an „Die Staatsregierung steht verlässlich an der Seite ihrer Kommunen“, unterstrich Söder. „Der neue Kommunale Finanzausgleich geht mit einer Rekordsumme von über 8 Milliarden Euro an die Kommunen. Kein Bundesland steht so zu seinen Städten und Gemeinden“, so Söder. „Die Schlüsselzuweisungen sind ein eindeutiger Beleg dafür.“ In die kreisfreien Städte fließen 2014 insgesamt 650 Millionen Euro, an die kreisangehörigen Gemeinden rund 1,3 Milliar-

den Euro. Die Landkreise erhalten 2014 rund 1,1 Milliarden Euro.

Die höchsten Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Nürnberg mit über 150 Millionen Euro. Die Landeshauptstadt München erhält 94,35 Millionen Euro, Bayerns dritte Metropole Augsburg bekommt 100,50 Millionen Euro.

Die Schlüsselzuweisungen stellen die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich dar. Sie haben die Aufgabe, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken und Unterschiede in der Steuerkraft der Kommunen abzumildern. Dabei wird auch die unterschiedliche Aufgabenlast der Kommunen berücksichtigt. Besonders steuer-

tatsächlich erreichen. Danach sollen bis 2014 mindestens 75 Prozent aller deutschen Haushalte über einen Internetanschluss mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s verfügen; bis 2018 soll es eine flächendeckende Abdeckung geben.

Stabilität

Fischbach bekräftigte dies und fügte hinzu, dass es mit Blick auf die Stabilität verleihenden dezentralen Wirtschaftsstrukturen in Deutschland keine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land geben dürfe. „Gerade für den ländlichen Raum ist die Breitbandanbindung eine der, wenn nicht mittlerweile sogar die zentrale Infrastruktur, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Letztlich wird dadurch über die wirtschaftliche Wertschöpfung eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland gesichert.“

Um die gesteckten Ziele auch tatsächlich zu erreichen, sei allerdings eine größere Kraftanstrengung notwendig. Der Anteil der Haushalte, die bereits über Anschlüsse mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s verfügen, habe Ende 2013 54,8 % betragen. In diesem Zusammenhang sei auch daran zu erinnern, dass neben dem Bund die Länder in der Pflicht stünden. „Die Länder dürfen Maßnahmen auf Bundesebene nicht zum Anlass nehmen, in ihren eigenen Anstrengungen nachzulassen“, stellten Duppré und Fischbach klar. **DK**

starke Gemeinden erhalten keine Schlüsselzuweisungen. Auch die Einwohnerzahl ist ausschlaggebend für die Höhe der Schlüsselzuweisungen. 2014 ist die Zahl dieser starken Gemeinden um 7 Prozent auf 267 Gemeinden angestiegen. Dies ist ein erfreuliches Zeichen für die starke Wirtschaftskraft Bayerns. Alle anderen Kommunen, insgesamt 1.789 Gemeinden und 69 Landkreise von 71 erhalten in 2014 Schlüsselzuweisungen.

Die Empfänger können dabei über die Verwendung der Schlüsselzuweisungen frei entscheiden. Die Schlüsselzuweisungen 2014 werden vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung berechnet. Durch die Bekanntgabe noch in 2013 sollen den Städten, Gemeinden und Landkreisen schnellstmöglich die erforderlichen Zahlen für ihre Haushaltsaufstellung 2014 zur Verfügung stehen. □

Zensus 2011 zur Bevölkerungsdichte

Wissenswertes für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands

Rein rechnerisch müssen sich in Bayern jeweils rund 1,3 Einwohner die Fläche eines Fußballfeldes teilen. Auf Deutschland bezogen sind es rund 2 Einwohner. Diese und weitere interessante Fakten finden sich in der neuen Broschüre „Zensus 2011 - Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Religionszugehörigkeit“.

Hierin aufbereitet sind nicht nur die Zensusergebnisse zur Bevölkerung Bayerns, sondern für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands in tabellarischer, grafischer und kartografischer Form ergänzt um erläuternde Texte. Bei der neuen Zensusbroschüre handelt es sich um eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Große Spannweite

In Bayern verteilen sich 12,4 Millionen Menschen auf 25 kreisfreie Städte und 71 Landkreise.

Kleinster Landkreis ist dabei mit 67.297 Einwohnern der Landkreis Lichtenfels, größter ist der Landkreis München mit 317.248 Einwohnern. Bei den kreisfreien Städten reicht die Spannweite von 38.469 Einwohnern in der Stadt Schwabach bis zu rund 1,3 Million in der Landeshauptstadt München.

Rechnerisch müssen sich in Bayern jeweils rund 1,3 Personen die Fläche eines Fußballfeldes teilen. Für Deutschland ergibt sich ein Wert von rund 2 Personen. Die geringste Bevölkerungsdichte weist in Bayern der Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab mit 67 Personen pro Quadratkilome-

ter auf, die höchste die bayerische Landeshauptstadt München (4.340 Personen pro Quadratkilometer).

Statistikämter

Diese und viele weitere Informationen des Zensus 2011 enthält nicht nur für Bayern, sondern für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands die Broschüre „Zensus 2011 – Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Religionszugehörigkeit“, die als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder herausgegeben wurde. In der neuen Publikation werden zentrale Ergebnisse der letzten Volkszählung in tabellarischer, grafischer und kartografischer Form aufbereitet und erläutert. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Lackner
85445 Oberding
am 18.1.

Bürgermeister
Rainer Kinzkofer
97209 Veitshöchheim
am 18.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rupert Aigner
84431 Rattenkirchen
am 18.1.

Bürgermeister Oskar Ebert
96181 Rauhenbrach
am 19.1.

Bürgermeister
Robert Herrmann
96106 Ebern
am 28.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Ziegelmeier
86850 Fischach
am 16.1.

Bürgermeister Franz Schedlbauer
94327 Bogen
am 19.1.

Bürgermeister Thomas Hümb
86571 Langenmosen
am 21.1.

Bürgermeister Josef Auer
84323 Massing
am 23.1.

Bürgermeister Werner Windisch
92729 Weiherhammer
am 28.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Karlheinz Stephan
86529 Schrobenhausen
am 21.1.

Bürgermeister
Hans-Martin Schertl
92246 Vilseck
am 21.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Klampfl
94532 Außernzell
am 22.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Thaler
96154 Burgwindheim
am 20.1.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Messe München-Jahrespressekonferenz:

Bestmarken bei Umsatz und Ergebnis

2013 hat die Messe München GmbH das beste Jahresergebnis ihrer Unternehmensgeschichte erzielt. Wie Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, bei der Jahrespressekonferenz der Gesellschaft mitteilte, habe der Umsatz mit 308 Mio. Euro erstmals die 300 Mio. Euro-Marke überschritten und liege somit 15 Mio. Euro über Plan. Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen EBITDA betrage rund 105 Mio. Euro und damit rund 19 Mio. Euro über Plan.

„Das starke Messeprogramm mit allein acht internationalen Weltleitmesse hat unsere kühnsten Erwartungen übertroffen. Wir waren 2013 flächenmäßig dreimal ausverkauft und konnten zahlreiche neue Bestmarken bei Ausstellern, Besuchern oder der Internationalität setzen“, hob Dittrich hervor. Verglichen mit anderen Messeplätzen in Deutschland belege die Messe München bei der Profitabilität den Spitzenplatz.

Höhere Besucherzahlen

Bei den 16 Eigenveranstaltungen der Messe München im vergangenen Jahr konnten die Aussteller- und Besucherzahlen im Vergleich mit den jeweiligen Vorveranstaltungen um drei bzw. acht Prozent gesteigert werden. Die vermietete Nettofläche wuchs um ein Prozent. Insgesamt fanden 219 Veranstaltungen in der Messe München, im ICM - Internationales Congress Center München (85 Veranstaltungen mit rund 80.000 Besuchern) und im MOC Veranstaltungszentrum München (100 Veranstaltungen mit rund 360.000 Besuchern) statt. Zusammen nahmen bei den Eigen- und Gastveranstaltungen über 36.000 ausstellende Unternehmen und mehr als 2,3 Mio. Besucher teil.

Ebenfalls hervorragend lief Dittrich zufolge der Geschäftsbereich Gastveranstaltungen, obwohl aufgrund der zahlreichen großen Eigenveranstaltungen der Messe München insgesamt deutlich weniger Flächen und Termine zur Verfügung standen.

Strategisch erweitert wurde 2013 zudem das Auslandsmesse-Portfolio der Messe München. Die erste bauma Africa in Johannesburg wurde mit 60.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche und mehr als 750 Ausstellern, darunter 115 deutschen Baumaschinen-Herstellern, vom Start weg zu einer der größten Messen auf dem afrikanischen Kontinent. Auch die IFAT India kann für sich nach der Erstveranstaltung den Titel als führende Fachmesse für Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling auf dem indischen Subkontinent reklamieren.

Ereignisreiches 2014

2014 werde für die Messegesellschaft auch in München ereignisreich, wenngleich das Veranstaltungsprogramm weniger stark sein wird, stellte Dittrich fest. Als Messehöhepunkt des ersten Halbjahres bezeichnete er die IFAT 2014. Die weltgrößte Messe für Umwelttechnologie werde im Mai das gesamte Messegelände belegen. In der zweiten Jahreshälfte feiert die Welteleitmesse electronica ihren 50. Geburtstag. Seit der Erstveranstaltung 1964 bietet die electronica einen umfassenden Überblick über die internationale Elektronikindustrie.

Auch die Messe München GmbH wird 2014 ihren 50. Geburtstag begehen. Aus diesem Anlass wurde das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung beauftragt, die wirtschaftliche Bedeutung der Messe- und Kongressgeschäfts in München sowie seine direkten und indirekten Effekte für die heimische Wirtschaft und die öffentliche Hand aktuell zu ermitteln.

Wie Dittrich weiter ausführte, offeriere die Messe München In-

ternational als erstes Messeunternehmen einen ganzjährigen Open Innovation-Service. Damit könnten Unternehmen ihren Innovationsprozess für Experten unter den Fachbesuchern verschiedener Messen öffnen. Open Innovation heißt: Ein Unternehmen stellt eine klar umrissene Aufgabe und holt sich kreative Lösungsideen von außen. Der Service der Messe München bedeutet: „Wir bieten den Zugang zu einer branchenübergreifenden, interdisziplinären Löser-Community, die sich aus den vielfältigen Netzwerken unseres Messe-Portfolios speist“, erklärte der Messechef.

Enge Kundenbindung

Dittrich zufolge kann Open Innovation die Entwicklungszeiten von Unternehmen um bis zu 42 Prozent und die Entwicklungskosten um bis zu 20 Prozent senken. Darüber hinaus hätten die Unternehmen die Chance, eine enge Bindung zu ihren Kunden aufzubauen und deren Bedürfnisse unmittelbar kennenzuler-

nen. Die Produkte würden besser, das Risiko von Innovationsflops geringer.

Co-Creatoren

Vorreiter des neuen Service-Angebots ist die Plattform ISPO Open Innovation. Die ISPO als eine der weltweit führenden Communities sportbegeisterter Sports Business Professionals und Konsumenten ist, so der Messechef, „besonders interessiert an Innovationen, wirkt gerne an Produkttests mit und hat eine hohe Online-Affinität“. Die Plattform richte sich in diesem Fall auch an Endverbraucher und die Unternehmen könnten ihre neuen Entwicklungspartner auf zwei Arten einbinden: Als Co-Creator seien die Kundenexperten von Beginn an in den Innovationsprozess integriert, als Product Tester könnten sie – ebenfalls noch weit vor Markteinführung – ein umfassendes Feedback zu Produkteigenschaften geben. Bereits an Bord sind unter anderem die Marken The North Face und Lasse Kjús.

Neben ISPO Open Innovation sollen weitere Branchenportale initiiert werden. Das Besondere dabei ist, dass alle in der Lage sein sollen, auf die gleiche große Löser-Community zuzugreifen: branchenübergreifend, fachlich interdisziplinär und international. **DK**

Garanten für Bürgernähe und soziales Miteinander

Unterstützung der Kommunen mit zahlreichen Maßnahmen der Staatsregierung

Der Ministerrat hat über die Situation der bayerischen Kommunen beraten und die Leistungen und Impulse der Bayerischen Staatsregierung erörtert. Schon in seiner Regierungserklärung hatte Ministerpräsident Horst Seehofer betont, dass die Stärkung der Kommunen eine wichtige Ausformung des Heimatgedankens sei. Der Ministerpräsident: „Die Kommunen sind als Garanten für Selbstverwaltung, Bürgernähe, soziales Miteinander und Transparenz der Grundpfeiler unseres Staatwesens. Fortschritt und Wohlstand sind von intakten, lebensfähigen Kommunen abhängig. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es daher vordringliches Ziel, Städte, Gemeinden und Kreise als Wirtschafts- und Wohnstandort zu stärken und die kulturelle Vielfalt zu bewahren.“

Der Staatsregierung sei es wichtig, den Kreisen, Städten und Gemeinden stets als Partner auf Augenhöhe zu begegnen. „Deshalb war die Aufnahme einer Garantie der angemessenen finanziellen Ausstattung der Gemeinden in die Bayerische Verfassung für uns nur konsequent. Und das waren keine leeren Worte: Mit dem höchsten Kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten haben wir ein Ausrufezeichen gesetzt für nachhaltige kommunale Finanzen“, so der Ministerpräsident.

Fundamente des Staates stärken

Auch darüber hinaus unterstütze der Freistaat seine Kommunen durch ein enorm breites Bündel von Maßnahmen. Die einzelnen Kabinettsmitglieder gaben einen Überblick über Beispiele, wie die Bayerische Staatsregierung die Kommunen als Fundament des Staates weiter stärken. Beispielsweise hierfür der Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann: „Die Bayerischen Kommunen sind für das Funktionieren unseres Staatwesens von entscheidender Bedeutung“, so Innenminister Joachim Herrmann. „Daher unterstützt sie das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr mit zahlreichen Maßnahmen. Ein zentrales Thema ist dabei die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels.“

„Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich zu ihrer Verantwortung für die Wohnraumversorgung. Deshalb unterstützen wir sowohl die Kommunen in den Verdichtungsräumen als auch im ländlichen Raum und nicht zuletzt die Hochschulstädte“, so Herrmann. Bereits im März 2013 hatte die Bayerische Staatsregierung für 2014 eine Aufstockung der Wohnraumfördermittel um 50 Millionen Euro auf 260 Millionen beschlossen. Gleichfalls wurden die Mittel für die Förderung der Studentenwohnungen um zehn Millionen Euro auf 27 Millionen Euro erhöht. Herrmann: „2014 muss zum Jahr des Wohnungsbaus in Bayern werden. Wir müssen in Bayern wieder jährlich auf 70.000 neu gebaute Wohnungen kommen.“

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Bewältigung des wirtschaftsstrukturellen und demografischen Wandels wird die Bayerische Staatsregierung die Städtebauförderung verstärken. 2013 standen dafür über 140 Millionen Euro zur Verfügung. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist eine schrittweise Anhebung der Städtebaufördermittel des Bundes auf 700 Millionen Euro vorgesehen. Die für die Erhöhung des bayerischen Anteils benötigten Kofinan-

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

erst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen ein gutes, gesundes, gesegnetes und vor allem erfolgreiches Jahr 2014 zu wünschen. Für viele von uns war es sicherlich kein gewöhnlicher Jahreswechsel, sondern vielmehr der Startschuss für einen intensiven Kommunalwahlkampf. Deshalb haben Sie die Feiertage hoffentlich auch dazu genutzt, um Kraft für die bevorstehenden Wochen zu tanken.

Damit unsere Kommunen im Jahr 2014 nicht nur personell gut aufgestellt sind, sondern auch über eine angemessene finanzielle Ausstattung verfügen, haben wir in den letzten Wochen des

Gute Aussichten zum Jahresbeginn

abgelaufenen Jahres erfolgreiche Verhandlungen über den Kommunalen Finanzausgleich 2014 geführt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Das Gesamtvolumen des FAG wird im kommenden Jahr erstmals über 8 Milliarden Euro liegen. Insgesamt steigen die Finanzausgleichleistungen um 215,4 Millionen Euro - von 7.825,3 Millionen Euro auf 8.040,7 Millionen Euro - an.

Im Einzelnen konnten folgende Verhandlungsergebnisse erzielt werden:

- Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 85 Millionen auf 2,97 Milliarden Euro.
- Steigerung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugsteuerversatzverbund um 23 Millionen Euro und damit eine Erhöhung der Straßenunterhaltungspauschalen um etwa 10 Prozent.



auf 100 Millionen Euro vervierfacht worden ist, wird weitergeführt.

- Für den Bau und die Ausstattung der Krankenhäuser stehen auch 2014 wieder 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde vereinbart, dass der Freistaat die auf ihn entfallenden Bundesmittel vor Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes und zur Krippenförderung vollständig an die zuständigen kommunalen Ebenen weitergeben wird.

Dieser Kommunale Finanzausgleich 2014 mit einem neuen Rekordvolumen von über 8 Milliarden Euro und der erfolgreiche Einsatz des Freistaates bei den Koalitionsverhandlungen für ein Bundesleistungsgesetz macht deutlich: Die Bayerische Staatsregierung nimmt den neuen Verfassungsgrundsatz „angemessene Finanzausstattung für Kommunen“ sehr ernst und sorgt dafür, dass die Kommunen positiv in die Zukunft sehen können.

Aus finanzpolitischer Sicht können wir uns also kaum einen besseren Start in das neue Jahr wünschen. Mögen auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen unter einem derart guten Stern stehen!

Ihr Stefan Rößle
KVPV-Landesvorsitzender

zung der baulichen Infrastruktur und für die Beschaffung neuer Fahrzeuge des ÖPNV dieses Jahr 83 Millionen Euro für Maßnahmen zur Förderung nach dem BayGVFG und 67 Millionen Euro für die Komplementärfinanzierung nach dem FAG bereit. Großprojekte des Öffentlichen Personennahverkehrs (über 50 Millionen Euro) unterstützt das GVFG-Bundesprogramm noch bis 2019. Herrmann: „Die Fortsetzung dieses Programms über 2019 hinaus ist für die Planungssicherheit vieler Projekte in Bayern unbedingt erforderlich. Deshalb hat die Entscheidung über die Fortsetzung des Bundesprogramms für die Staatsregierung höchste Priorität.“

Sonderinvestitionsprogramm Bayern barrierefrei 2023

Um das Ziel 'Bayern barrierefrei 2023' zu erreichen, wird die Oberste Baubehörde ein eigenständiges Modul für die Bereiche Bau und Verkehr einbringen. Dieses soll baulichen Maßnahmen zur barrierefreien Umgestaltung des öffentlichen Raumes anstoßen, unterstützen und fördern. Herrmann: „Bei diesem Modul geht es nicht nur um unseren staatlichen Zuständigkeitsbereich,

wie Staatsstraßen oder den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen, sondern auch um ein Förderprogramm zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum für Kommunen und private ÖPNV-Betreiber.“ Das Modul soll zum Doppelhaushalt 2015/2016 anlaufen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Über den 2011 von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen 'Aktionsplan demografischer Wandel' werden interkommunale Kooperationen gefördert, in denen Gebietskörperschaften über ihre Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Im Nachtragshaushalt 2012 wurden dafür erstmalig 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Doppelhaushalt 2013/2014 sieht ebenfalls jeweils 500.000 Euro vor.

Unterstützung der Feuerwehren

In den vergangenen zehn Jahren förderte die Bayerische Staatsregierung den Kauf von gemeindlichen Feuerwehrfahrzeugen und -geräten und den Bau von Feuerwehrgerätehäusern in den Gemeinden mit mehr als 333 Millionen Euro aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer. □

Finanzminister Dr. Söder neuer CIO Bayern:

Bayern als Leitregion des digitalen Aufbruchs

Der Ministerrat bestellte Finanzminister Dr. Markus Söder zum CIO (Chief Information Officer) und Chef der Digitalisierung in Bayern.

„Digitalisierung ist das Top-Thema in Bayern“, stellte Finanzminister Söder fest. „Dazu gehört der Breitbandausbau, die Datensicherheit und der Ausbau von E-Government. Diese Themen werden in Bayern nun aus einer Hand bearbeitet“, so Söder weiter.

Als oberster Digitalisierer und Chef der Verwaltungs-IT will Söder die Digitalisierung in Bayern koordiniert vorantreiben und Bayern zur Leitregion des digitalen Aufbruchs machen. „Die Digitali-

sierungskompetenz in Bayern ist im Finanzministerium gebündelt“, stellte Söder klar, er ist deshalb zentraler Ansprechpartner für den Bund in IT-Fragen. Dort ist die Zuständigkeit für Informationstechnik auf verschiedene Ministerien, wie das Innen- und Verkehrsministerium, aufgeteilt. Gleichzeitig ist der neue CIO Mitglied im IT-Planungsrat. Das bundesweite Gremium für IT-Management der Verwaltung koordiniert und baut E-Government-Angebote aus. □

Mit Reformen...

(Fortsetzung von Seite 1)

Weitere wichtige Reformbaustellen seien die Sicherung der Pflege im Alter, die Organisation der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum und die Entbürokratisierung und Zielschärfung der Leistungen für Erwerbslose (Hartz IV). „Wir hoffen, dass die Große Koalition auch große Reformen angeht und umsetzt, um damit den Sozialstaat auch für die Zukunft zu sichern“, stellte Schramm fest.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet zudem von der neuen Bundesregierung, dass sie unverzüglich eine Infrastruktur-offensive startet und damit die kommunale Investitionskraft stärkt. „Deutschland ist die größte

und erfolgreichste Volkswirtschaft in Europa. Diese Führungsposition werden wir aber nur erhalten können, wenn wir auch eine leistungsfähige Infrastruktur sichern“, führte Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg aus.

„Gute Schulen, Straßen, Wege, Plätze, ein leistungsfähiges, flächendeckendes Breitbandnetz, belastbare Brücken, energieeffiziente öffentliche Gebäude und ein Stromnetz, das den Herausforderungen der Energiewende gerecht wird, sind unverzichtbare Bausteine für eine erfolgreiche Wirtschaft und die Grundlage für Lebensqualität, Sicherheit und Wohlstand“, erläuterte Landsberg. Diesen Herausforderungen werde Deutschland zurzeit nicht ausreichend ge-

recht. Der Gesamtstaat investiere nur 1,5 % des Bruttoinlandsproduktes. In Schweden seien es 3,5 %, in Frankreich 3,1 % und selbst das wirtschaftlich angeschlagene Spanien erreiche noch 1,7 %.

Als besonders dramatisch gestalte sich der rapide Verfall der kommunalen Infrastruktur. Nach Berechnungen der KfW-Bankengruppe habe sich bei den Kommunen ein Investitionsrückstand von insgesamt 128 Mrd. Euro, mit einem Schwerpunkt im Bereich Straßen- und Verkehrsinfrastruktur aufgebaut. Die 66.000 kommunalen Brücken seien in einem dramatisch schlechten Zustand. 15 % müssten abgerissen werden, weil eine Sanierung nicht mehr möglich sei.

„Über Jahre haben wir geflickt und improvisiert, anstatt grundlegend zu sanieren“, sagte Landsberg. Längst würden die Defizite in der Infrastruktur nicht nur als Belastung für die Wirtschaft wahrgenommen, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern als Beeinträchtigung der Lebensqualität empfunden. Zusätzliche Staus durch gesperrte Brücken, Geschwindigkeitsbeschränkungen wegen Straßenschäden, verfallende Schwimmbäder und sa-

nierungsbedürftige Schulen seien nur einige Beispiele.

Die Städte und Gemeinden benötigten zusätzliche Mittel, um diese notwendige Infrastruktur-offensive vor Ort einzuleiten. Landsberg zufolge werden das auch die Länder, die ab 2020 aufgrund der Schuldenbremse keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen, aus eigener Kraft kaum organisieren können. Notwendig sei deshalb eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Investitionsfonds

Ein Baustein dabei sollte die Weiterentwicklung des Solidaritätszuschlages zu einem Investitionsfonds für alle benachteiligten Städte und Gemeinden in ganz Deutschland sein. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag lagen im Jahr 2013 bei ca. 14 Mrd. Euro und werden sich bis 2018 voraussichtlich auf bis zu 17 Mrd. Euro steigern. Dieser Solidaritätszuschlag könnte somit eine wichtige Grundlage zur Finanzierung eines kommunalen Investitionsfonds sein.

„Die Überwindung des Investitionsstaus ist ein Prozess, der Jahr-

zehnte dauern wird. Der Staat allein wird dies nicht leisten können. Notwendig sind deshalb auch neue Finanzierungsmodelle. Dazu gehört z. B. eine Weiterentwicklung und Förderung des Genossenschaftsmodells, insbesondere bei Investitionen in Wohngebäuden, aber auch bei der Schaffung von neuen generationenübergreifenden Wohnstrukturen“, bemerkte der Hauptgeschäftsführer.

Auch das Potenzial Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP) ist aus seiner Sicht bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Mit einer Ausdehnung der Lkw-Maut auf allen – also auch auf kommunalen – Straßen ließen sich hier zusätzliche Investitionen verursachergerecht über Mauteinnahmen finanzieren.

Auch die Städte und Gemeinden sollten Infrastrukturmaßnahmen gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels verstärkt durch Kooperationen angehen. So kann es Landsberg zufolge beispielsweise durchaus Sinn machen, dass zwei sanierungsbedürftige Schwimmbäder durch eines ersetzt werden, dafür aber ein Pendelbus unentgeltlich die Bürger in das sanierte Schwimmbad der Nachbargemeinde fährt. **DK**

Bayern Wärme GmbH bereits auf das Errichten und Betreiben von Anlagen zur Wärmeerzeugung und -verteilung spezialisiert. Mittlerweile betreiben wir über die Hälfte dieser Anlagen auf regenerativer Basis. 2013 hatten wir tolle Erfolge zu verzeichnen. Unsere Erwartungen wurden bei weitem übertroffen. Ein großes Projekt für 2014 ist die Modernisierung des Heizkraftwerks im oberbayerischen Moosburg, das ab Mitte des Jahres ein Drittel des Strombedarfs erzeugen soll. Rund fünf Millionen Euro werden in die Errichtung des Heizkraftwerks investiert. Die Zusammenarbeit in diesem Projekt mit Clariant, dem Betreiber der Anlage, ist langfristig angelegt.

GZ: Und was blieb hinter den Erwartungen zurück?

Gotzel: Ganz klar das Geschäftsfeld Wind. Hier hat uns die Debatte über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) blockiert. Entsprechende Projekte haben wir erst einmal gestoppt. Fakt ist, dass das Thema EEG-Novelle im Koalitionsvertrag deutlich hinter die Erwartungen zurückgefallen ist. Offenbar fehlt den politisch Verantwortlichen der Mut, hier grundlegende Reformen anzugehen. Es müssen aber Schritte unternommen werden, die Erneuerbaren Energien schneller in den Markt zu bekommen. Gelingt dies nicht, wird eine große Chance vertan.

GZ: Inwieweit nutzen Sie Ihre Position als Vorstandsvorsitzender gegenüber der Politik, ihren Kunden und letztlich dem Bürger dazu, der Vernunft einen Weg zu bahnen?

Gotzel: Ich versuche, Systemzusammenhänge deutlich zu machen. Die Frage heißt doch: Was benötigt das System – Stichwort Leistungskomponente – und was kann Politik vermitteln? Das Bayernwerk ist ein wichtiger Player in diesem Gefüge. Wir zeigen, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und trotz vieler Unzulänglichkeiten im Ausbauprozess für Versorgungssicherheit und –qualität eintreten. Dadurch bekommen wir Zugang und Anerkennung. Schlussendlich kommt es darauf an, eine gemeinsame Diskussion in Gang zu setzen, die auch beim Bürger ankommt. Die Veränderungen in der Energielandschaft erfordern letztlich die Akzeptanz der Menschen vor Ort.

GZ: Das ist natürlich auch ein Kommunikationsthema...

Gotzel: Das ist richtig. Dazu leisten wir gerne auch unseren Beitrag, tun das im Übrigen auch über unsere energiewirtschaftlichen Aufgaben hinaus. So haben wir beispielsweise einen Bürgerenergiepreis ins Leben gerufen. Er verfolgt das Ziel, vor Ort das Bewusstsein und die Akzeptanz für die Energiewende und die damit verbundenen Herausforderungen zu erhöhen. Gesucht werden pfiffige und außergewöhnliche Ideen und Maßnahmen, mit denen Bürgerinnen und Bürger versuchen, in ihrem persönlichen Umfeld einen Impuls für die Energiezukunft zu geben. Im letzten Jahr haben wir den Bürgerenergiepreis erstmals im „Solar-Valley“ Niederbayern verliehen. Da dieser Auftakt aus unserer Sicht sehr erfolgreich war, gehen wir mit diesem Engagement ab jetzt kontinuierlich in weitere Regionen unseres Netzgebiets.

GZ: Werden in diesen Prozess auch die Schulen mit einbezogen?

Gotzel: Natürlich. Wir haben viele Beispiele, wo Schüler sich in ihrem Umfeld für die Energiezukunft stark machen. Das freut uns sehr und macht Mut! Das bestätigt uns wiederum in weiteren gesellschaftlichen Aktivitäten, mit denen wir uns für Kinder und Jugendliche einsetzen, allen voran unser Kinderbibliothekspreis. Auch das ist für uns übrigens regionale Verankerung. **DK**

Unbeirrter Einsatz...

(Fortsetzung von Seite 1)

auch aus anderen Ländern sinnvoll ihre Freizeit unter pädagogischer Aufsicht und in familiärer Atmosphäre verbringen können.

Ziel ist es dabei, den Kindern, die oftmals ein geringes Selbstvertrauen haben und in ihrer sozialen, emotionalen oder auch kognitiven Entwicklung Defizite aufweisen, wieder mehr Freude am Leben und eine Zukunft mit Perspektive zu geben. In der Welt von kids to life können sich die Kinder frei entfalten und Kraft für die Zukunft entwickeln, indem sie schrittweise an die Berufswelt herangeführt werden. Bei kids to life bekommen die Kinder einen Platz zum Leben, Spielen, Lernen und Lachen.

Migrantenmedizin Regensburg e.V. ist eine Organisation von Regensburger Medizinstudenten und besteht seit Herbst 2009. In Zusammenarbeit mit der Caritas Flüchtlingsberatung unterstützt die Initiative Asylbewerber mit gesundheitlichen Beschwerden. Dem Verein geht es vor allem darum, die gesundheitliche Situation der Regensburger Flüchtlinge zu verbessern und ihren Ärzten die Arbeit zu erleichtern.

Beratung und Koordinierung

In seiner Arbeit steht die Gemeinschaft den Asylbewerbern beratend zur Seite und hilft, Arzttermine zu organisieren und zu koordinieren. Dabei wird ausdrücklich nicht die Rolle eines behandelnden Arztes übernommen. Dementsprechend werden weder Untersuchungen, noch Heilbehandlungen durchgeführt. Die Unterstützung des Vereins hängt dabei weder von religiösen noch politischen Weltanschauungen ab.

Die Stadtwerke Wunsiedel GmbH für die Vision, Konzeption und Umsetzung der „Smart Energy City“ in Wunsiedel, das Modellprojekt Rottauen-see sowie Regens Wagner Zell für den Einbezug von mehrfachbehinderten hörgeschädigten Menschen in ein umfassendes Nachhaltigkeitsmanagement sind die diesjährigen Preisträger des Umweltpreises.

Die Vision der Stadtwerke Wunsiedel lautet: Die Region muss energieautark werden - und damit entkoppelt vom nationalen und internationalen Energiemarkt. Dies bedeute auch eine Entkoppelung von der Spekulation. Praktische Ansätze, wie immer mehr Energie eingespart und aus regenerativen Ressourcen in der Region gewonnen werden kann, stehen im Vordergrund.

Mit dem „Modellprojekt Rottauen-see“ wurde eine Initiative ausgezeichnet, die im Jahr 2008 von Landwirten und Gemeinden, der bayerischen Verwaltung für Wasserwirtschaft, Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft sowie dem Bayerischen Bauernverband gestartet wurde. Ziel ist es, der Verlandung des Rottauen-sees entgegenzuwirken. Durch

veränderte Bewirtschaftungsmethoden der Landwirte soll die Bodenerosion und damit der Eintrag von Ackerboden in den See vermindert werden.

„Von Beginn an machten alle Beteiligten das Thema zu ihrer eigenen Sache“, lobte Söder in seiner Laudatio. Die Initiativgemeinschaft erstreckt sich über 29 Gemeinden und vier Landkreise in Nieder- und Oberbayern. „Das Projekt hat Vorbildcharakter und ist Motivator für Folgeprojekte in Bayern und darüber hinaus.“ Entgegengenommen wurde der Preis unter anderem vom Pfarrkirchner Bürgermeister Georg Riedl, gemeinsam mit seinem Amtskollegen Ludwig Eder aus Postmünster Initiator des Projekts und dessen ehrenamtlicher Sprecher.

Die Dienste von Regens Wagner Zell in Hilpoltstein tragen dazu bei, dass Menschen mit Behinderung ihren Weg gehen können. Hier werden Menschen mit verschiedenen Behinderungen in unterschiedlichen Lebensaltern begleitet und gefördert. Deren Integration wird unterstützt durch dezentrale Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Mit dem Kulturpreis wurden Manfred Eicher, Musikproduzent, Komponist und Musiker, Rita Rottenwallner, Gründerin und Geschäftsführerin des Kulturfestivals „Tollwood“ in München und Nora-Eugenie Gomringer, Lyrikerin, Performancekünstlerin und Leiterin des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia in Bamberg, geehrt.

In der Laudatio für Rita Rottenwallner heißt es: „Seit nunmehr 25 Jahren veranstaltet Rita Rottenwallner mit ihrem Team alljährlich im Juni – Juli auf dem Gelände des Olympiaparks das Kulturfestival ‚Tollwood‘. Hinzu kommt seit 1991 das ‚Winter-Tollwood‘, das immer im Dezember auf der Theresienwiese seine Heimat gefunden hat. Das Interesse an diesen Veranstaltungen ist enorm: Pro Jahr können die Veranstalter mit rund 1,5 Millionen Besuchern rechnen.“

Bemerkenswert sei auch das Geschäftsmodell von „Tollwood“. Rita Rottenwallner habe von Anfang an bewusst auf staatliche und städtische Subventionen verzichtet. Tollwood muss deshalb seinen Betrieb selbst erwirtschaften und ist trotzdem kein reines Wirtschaftsunternehmen. Es besteht aus einem „Profit-Zweig“ und aus einem „Non-Profit-Zweig“, wobei der eine den anderen finanziert. Die vermieteten oder verpachteten Verkaufsstände auf dem Tollwood-Gelände finanzieren weitgehend die kulturellen Veranstaltungen und ökologischen Projekte. Denn das ist eine weitere Besonderheit bei „Tollwood“: Das Festival will nicht nur ein Kultur-Event sein. Es leistet sich eine Haltung. Dazu gehören Toleranz und Internationalität genauso wie ein pfleglicher Umgang mit den natürlichen Ressourcen. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

mit erheblichen Problemen beispielsweise in der Abrechnung zu kämpfen hatten. Das haben wir nun gelöst. Zudem ist es uns gelungen, ein vielversprechendes Kundenmanagement aufzubauen und Kosten einzusparen. Letzteres hat auch Auswirkungen auf die Netzentgelte, die für die Haushalte im Bayernwerk-Netzgebiet am 1. Januar 2014 um 13 % gesenkt wurden. Darüber hinaus hat uns die Bundesnetzagentur nicht nur 100 % Effizienz, sondern auch die höchste Versorgungsqualität in unserer Vergleichsgruppe bescheinigt. Das sind Fakten, auf die das Bayernwerk mit Fug und Recht stolz sein kann.

GZ: Apropos Versorgungsqualität und –sicherheit: Von welcher Größenordnung sprechen wir hier?

Gotzel: Rein von der Fläche her betrachtet erstreckt sich unser Netzgebiet auf zwei Drittel Bayerns. Und das vorwiegend in den Regionen und in hohem Maße dort, wo der Netzbetrieb aufgrund der geographischen Gegebenheiten besonders aufwändig ist. Wir stehen hier also Tag für Tag vor einer enormen Herausforderung, die auch mit erheblichen Investitionen verbunden ist.. 2013 hat das Bayernwerk 365 Millionen Euro in seine Netze gesteckt. Das ist einerseits eine Investition in unsere hohe Versorgungsqualität, andererseits aber auch in hohem Maße EEG-bedingt. Bis Ende 2014 werden wir in unseren PV-intensiven Gebieten neun neue Umspannwerke in Betrieb nehmen. Derzeit installieren wir in größerem Umfang eine erste Tranche sogenannter regelbarer Ortsnetztransformatoren. Dabei handelt es sich um intelligente Komponenten, die in kleineren Netzregionen automatisiert zur Netzstabilität beitragen. Für uns ist dies ein gutes Beispiel dafür, dass wir erst gemeinsam mit Forschungs- und Industriepartnern Innovationen entwickeln müssen, um diese dann in der Breite zum Einsatz zu bringen. Letztlich erhalten wir so die Versorgungsqualität auf hohem Niveau, vermeiden durch technische Innovation Netzausbauten und können so auch Kosten senken. Was die Veränderungen in der Energielandschaft aber dringender brauchen, sind intensive Entwicklungen in der Speichertechnologie. Allerdings befinden wir uns hier aus Kostengründen noch längst nicht im Ausbauprozess. Dass wir Speicher brauchen, ist unbestritten. Jedoch

wird diese Innovationsleistung in der jetzigen Regulierung nicht anerkannt.

GZ: Andere wichtige Komponenten haben jetzt aber zumindest im Koalitionsvertrag Eingang gefunden?

Gotzel: Darüber sind wir auch sehr froh. Eine wesentliche Frage ist die der Entsolidarisierung, d. h.: Wer leistet eigentlich seinen Beitrag über Netzentgelte zum Gelingen der Energiewende und zum Ausbau der Verteilnetze? Kann es richtig sein, dass immer mehr Eigenerzeuger ans Netz kommen und gleichzeitig immer weniger Netzentgelte zahlen? Unserer Forderung, deshalb eine Leistungskomponente ins Netzentgelt aufzunehmen, wurde im Koalitionsvertrag entsprochen. Außerdem treten wir als Netzbetreiber für eine Regulierungsreform ein. Derzeit ist es so, dass unsere notwendigen Investitionen in die Netze regulierungsseitig zwar anerkannt werden, wir den vorgesehenen Ausgleich aber erst in der nächsten Regulierungsperiode erhalten. Das heißt: Das kann im Maximalfall bis zu sieben Jahre dauern und das ist entschieden zu lang.

GZ: Sie betrachten sich als Dienstleister für Kommunen. Auf welche Aktivitäten mit seinen kommunalen Partnern kann das Bayernwerk zurückblicken?

Gotzel: Wir können in nahezu allen Themenfeldern helfen, die wichtig für die Energiewende vor Ort sind. Wir helfen bei der Erstellung von Energienutzungsplänen, unsere Tochter Bayernwerk Natur kümmert sich um alle Belange beim Bau und Betrieb dezentraler Erzeugungsanlagen oder wir beraten rund um die Gebäudesanierung. Eine Menge umgesetzt haben wir mit unseren Partnern im Bereich der kommunalen Straßenbeleuchtung. Bei der LED-Umrüstung tätigten wir Investitionen in Höhe von 10 Mio. Euro. Im Grunde ist die Energieeffizienz der wesentliche Hebel zum Gelingen der Energiewende in Bayern und hier konnten die Kommunen mit unserer Hilfe viel erreichen.

GZ: Konzessionsverträge sind die Basis Ihres Geschäfts. Wie stellt sich hier die Situation dar?

Gotzel: Der Wettbewerb ist massiv. Die Bayernwerk AG konnte ihre Position insgesamt gut behaupten, wenn auch teils schmerzliche Verluste – siehe unser Netzcenter-Standort Taufkirchen – zu beklagen sind. Wir haben hier hart zu kämpfen; in-

sofern ist das Thema „Beziehung zu unseren kommunalen Kunden“ natürlich existenziell.

GZ: In Olching und im Würmtal kam es dahingehend zu gerichtlichen Auseinandersetzungen. Was waren die Auslöser?

Gotzel: Das stimmt. Und zunächst darf ich festhalten, dass alle bis zum jetzigen Zeitpunkt damit befassten Gerichte unsere Auffassung in beiden Fällen bestätigt haben. Aber worum geht es: in Olching kam es nach dem Konzessionsverlust zu einer unterschiedlichen Auffassung über den monetären Wert des Netzes. Daraufhin hat uns die Energieversorgung Olching auf Herausgabe des Netzes verklagt. Aufgrund von unzulässigen Leistungsversprechungen im Konzessionsvertrag hat das zuständige Landgericht jedoch die Konzessionsvergabe der Stadt Olching für nichtig erklärt. Als Berufungsgericht hat das Oberlandesgericht München diese Auffassung bestätigt. Bei den Konzessionsvergaben der drei Würmtalgemeinden hatten wir ebenfalls große Zweifel daran, dass alle gesetzlichen Anforderungen berücksichtigt wurden. Leider ist es uns damals nicht gelungen, dies außergerichtlich zu klären. So sahen wir für uns letztlich keine andere Möglichkeit mehr, als über eine gerichtliche Prüfung Rechtssicherheit für derartige Vergabeprozesse zu bekommen. In seinem Urteil hat das Landgericht München unsere Auffassung bestätigt. Somit sind die Konzessionsvergaben durch die drei Gemeinden nichtig und wir bleiben vorerst Netzbetreiber. Wichtig für uns und die gesamte Branche ist es aber auch, dass mit den vorliegenden Entscheidungen für zukünftige Konzessionsvergaben im Interesse aller beteiligten Akteure Rechtssicherheit gewonnen wurde. Andererseits haben wir auch die unternehmerische Pflicht und ich glaube auch das Recht, darauf zu achten, dass wir im Wettbewerb die gleichen Chancen haben wie unsere Mitbewerber. Wir sind seit vielen Jahrzehnten in den Regionen unseres Netzgebiets verankert und zu Hause. Deshalb wollen wir auch eine faire Ausgangslage, wenn es darum geht, in Kommunen darum zu werben, auch in Zukunft dort verankert und zu Hause zu bleiben.

GZ: Die regionale Verankerung spielt auch für ihr Tochterunternehmen, die Bayernwerk Natur GmbH, eine zentrale Rolle...

Gotzel: Das ist richtig. Traditionell war die frühere E.ON

Sechs auf einen Streich

STEAG investiert in die Strom- und Wärmeerzeugung aus Biogas

Saarbrücken. STEAG New Energies GmbH hat bis Jahresende 2013 sechs Biomethangas-Blockheizkraftwerke (BHKW) in Deutschland in Betrieb genommen. Sie haben eine elektrische Leistung von insgesamt 10 Megawatt. Es handelt sich um die Standorte Essen-Rüttenscheid (Nordrhein-Westfalen), Lebach (Saarland), Hattersheim (Hessen), Koblenz (Rheinland-Pfalz), Geithain und Rochlitz (Sachsen). An allen Standorten werden Fernwärmeversorgungen betrieben, über die die Wärme aufgenommen und zu den Kunden transportiert wird.

Nachdem das Biomethangas-BHKW in Rochlitz am 29. Oktober als erste der sechs Anlagen bereits in Betrieb genommen wurde, wird bis Jahresende auch an den übrigen Standorten die Produktion von grünem Strom und grüner Wärme aufgenommen. STEAG New Energies investiert 13,1 Millionen Euro in den Bau der Blockheizkraftwerke.

Geplanter Absatz

Insgesamt haben die Anlagen eine elektrische Leistung von 10 Megawatt und eine thermische Leistung von 9,75 Megawatt. Der geplante Stromabsatz beläuft sich auf 67.730 Megawattstunden pro Jahr. Der geplante Wärmeabsatz liegt bei rund 83.000 Megawattstunden pro Jahr. Damit könnten rund 16.932 Einfamilienhäuser mit Strom und rund 4.611 Einfamilienhäuser mit Wärme versorgt werden.

In den Gasmotoren der sechs Blockheizkraftwerke werden pro Jahr 17,2 Millionen Kubikmeter Biomethangas verbrannt werden. Die Abwärme der Gasmotoren ersetzt an allen Standorten einen Teil der Wärmeerzeugung in den vorhandenen Heizwerken. Der erzeugte Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist.

Virtuelles Kraftwerk

Bei der Vermarktung des in den BHKW erzeugten Stroms nutzt STEAG New Energies die Möglichkeiten der STEAG Gruppe. Sie setzt die Anlagen im Rahmen der Direktvermarktung ein und nutzt die Chance des Virtuellen Kraftwerkes. Ein Virtuelles Kraftwerk ist der Zusammenschluss dezentraler Stromerzeugungseinheiten zu einem steuerbaren und vermarktbar Verbund. Aus einem solchen Kraftwerk können kurzfristige Leistungsanpassungen (Regelenergie) vorgenommen werden, um das Stromnetz stabil zu

„EEG schnell reformieren, Industriearbeitsplätze verteidigen“

Wirtschaftsstaatssekretär Pschierer zur Eröffnung des EEG-Beihilfverfahrens durch die EU-Kommission

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer pocht anlässlich der Eröffnung des Beihilfverfahrens wegen der Industriermäßigungen im deutschen EEG durch die EU-Kommission auf den Erhalt der notwendigen Ausnahmeregelungen: „Unsere energieintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Industrie ist auf die Ermäßigungen bei der sogenannten EEG-Umlage angewiesen. Müssen die Unternehmen die Umlage zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in vollem Umfang zahlen, würden viele Standorte schließen und deutschlandweit hunderttausende Arbeitsplätze verloren gehen“, warnt der Staatssekretär.

Deshalb sei sich die Berliner Regierungskoalition auch einig, die Ermäßigungen im Grundsatz zu erhalten. „An die Adresse der Kommission sage ich ganz deutlich: Die Verlagerung der Industrieproduktion von Europa nach Amerika oder Asien kann und darf kein sinnvolles Ziel europäischer Wettbewerbspolitik sein.“

Genaue Analyse

Erst müsse jetzt der Eröffnungsbeschluss genau analysiert werden, meint Pschierer. Doch er sei vorsichtig zuversichtlich, dass im Rahmen der bevorstehenden Konsultation eine Einigung mit der Kommission gefunden werden könne. „Unser Ziel muss sein, die Kom-

halten.

Dr. Stephan Nahrath, Sprecher der Geschäftsführung der STEAG New Energies, zur Zielstellung der Projekte: „Wir setzen in allen Anlagen auf Energieeffizienz und verbessern den Primärenergiefaktor deutlich. So sichern wir die vorhandenen Fernwärmeversorgungen. Der Einsatz des Biomethangases senkt die CO₂-Emissionen um insgesamt 39.000 Tonnen pro Jahr und spart wertvolle Energieressourcen.“

BHKW-Projektierung und -planung

Ein siebtes Biomethangas-BHKW entsteht derzeit in Ilmenau (Thüringen). Dort investiert die Ilmenauer Wärmeversorgung GmbH (IWV) 1,45 Millionen Euro in eine solche Anlage. Die IWV ist eine gemeinsame Gesellschaft der Stadt Ilmenau (51 %) und der STEAG New Energies (49 %) und betreibt dort seit 1991 eine Fernwärmeversorgung. STEAG New Energies hat das BHKW, das eine elektrische Leistung von 800 Kilowatt und eine thermische Leistung von 856 Kilowatt hat, projektiert und geplant.

Primärenergiefaktor

Seit dem 1. Januar 2010 ist das neue Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG) gültig. Das Gesetz gibt Vorgaben hinsichtlich der Beschaffenheit der Energieversorgung bei Neubauten und Altbauansanierungen. Wesentliche Nachweisgröße ist hierbei der Primärenergiebedarf, der nicht überschritten werden darf. Ein Gebäude darf somit nur eine bestimmte Menge Energie pro Jahr benötigen. Hierbei wird die „Vorkette“ eines Energieträgers mit berücksichtigt. Energieverluste durch Gewinnung, Umwandlung

mission davon zu überzeugen, dass ein reformiertes EEG mit EU-Recht vereinbar ist. Das geht am besten, indem die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des EEG unverzüglich angepackt wird“, so der Staatssekretär.

Doppelter Nutzen

„Dann haben wir einen doppelten Nutzen, nämlich einerseits einen Stopp des Strompreisanstiegs für die Stromkunden und andererseits den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“, fuhr Pschierer fort. Bayern werde sich mit entsprechenden eigenen Vorschlägen umfassend in die Erarbeitung der EEG-Reform einbringen. □

und Verteilung eines Energieträgers – gemessen mit dem Primärenergiefaktor – haben damit einen

Kommunen als Treiber der Energiewende

Regionale Fachtagungen von Green City Energy und KlimaKom

Weit über 200 Teilnehmer informierten sich zwischen September und Oktober 2013 auf der Fachtagungsreihe von Green City Energy und KlimaKom zum Thema „Energiewende in kommunaler Hand“. An den insgesamt acht Fachtagungen an verschiedenen süddeutschen Veranstaltungsorten nahmen Bürgermeister, politische Entscheidungsträger und Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen, sowie Vertreter von Stadtwerken und Energiegenossenschaften teil.

Es wurde deutlich, dass die Umsetzung durch die Energiepolitik der Bundes- und Landesregierung eher gebremst als beschleunigt wird. Der Unmut darüber ist gerade bei vorausdenkenden Kommunalvertretern groß.

Das breite Angebotsspektrum der Fachtagungen fand bei den Teilnehmern großen Anklang. Neben Planungsstrategien, kommunalrechtlichen Vorgaben und Beteiligungsformen wurden auch regionsbezogene Themen der kommunalen Energiewende thematisiert. Im Zentrum stand die Debatte um Ausbaustrategien für Windenergieanlagen. In Otterfing widmeten sich am 24. September beispielsweise rund 30 Teilnehmer dem ebenso umfassenden wie aktuellen Thema „Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz von Windenergieanlagen in Oberbayern“.

Es zeigte sich, dass die Kommunen bereits auf einem guten Weg sind, jedoch insbesondere bei der Akzeptanzförderung in der Bevölkerung Hilfestellung benötigen. Durch Initiativen wie der Forderung nach einer pauschalen Abstandsregelung für Onshore-Windenergieanlagen, basierend auf einem Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, sei man stark kontraproduktiv beeinflusst worden. Der Mangel an Planungssicherheit und der Eingriff der Landes- und Bundespolitik auf die kommunale Entscheidungsebene wurden mehrfach kritisiert.

Auch bei der Bürgerbeteiligung hapert es oft, die Aufgabe, viele Interessen unter einen Hut zu bringen, stellt die Kommunen vielfach vor große Herausforderungen. Als umso wichtiger wertete Prof. Dr. Manfred Miosga (KlimaKom eG) eine neutrale Bürgerbeteiligung: „Kommunen, die bereits in der Planungsphase auf eine professionelle Bürgerbeteiligung setzen schaffen die optimale Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung.“

Dies gilt auch für die Wasserkraft. Gerade in Bayern ist die Erächtigung und der Neubau von Kleinwasserkraftanlagen verstärkt ein Thema, das jedoch auf Skepsis in der Bevölkerung stößt. Das muss nicht sein, Vorbehalte können im Dialog oft gelöst werden. Auf der Fachtagung „Kleinwasserkraft als Baustein der kommunalen Energiewende“ beschäftigten sich die rund 40 Teilnehmer intensiv mit Lösungsstrategien, wie brachliegende Potentiale zum Beispiel durch neue Kraftwerkstypen wie das Schachtkraftwerk genutzt werden können. Auf der anschließenden Exkursion zum unterirdischen und unsichtbaren Praterkraftwerk an der Isar, konnte ein Modellprojekt zur umwelt- und sozialverträglichen Wasserkraftnutzung besichtigt werden.

Auf der Fachtagung „Energiewende und Klimaschutz“ ging es darum, welche Konzepte für Kommunen am besten geeignet sind, um dem großen Entscheidungsdruck gerecht zu werden. Ein klares und umfassendes Konzept, auf das sich eine Kommune im Schulterschluss mit der Bevöl-

entscheidenden Einfluss auf den Primärenergiebedarf.

Je niedriger der Primärenergiefaktor desto besser. Ein niedriger Primärenergiefaktor ermöglicht den Kunden die Inanspruchnahme staatlicher Kredite.

Weitere Info zum EEWärmeG: www.erneuerbare-energien.de □

BMVBS-Forschungsprojekt:

Neue Impulse für integrierte Quartierskonzepte

Projektpartner DSK verwendet ein im Rahmen der EQ-Studie entwickeltes Bilanzierungs-Tool

Rund 70 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland gehen auf den Gebäudebestand und den Verkehrssektor zurück. Die Studie „Anforderungen an energieeffiziente und klimaneutrale Quartiere (EQ)“ zeigt nun neue Ansätze zur Senkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs und zur Erhöhung der Energieeffizienz auf Quartiersebene durch die konzeptionelle Integration der Mobilität.

Zu den Ergebnissen des vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) betreuten und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts aus dem Bereich „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) gehören unter anderem neue Mess- und Steuerungsinstrumente für integrierte Quartierskonzepte, die direkt angewendet werden können.

Verfeinerte Prozesse

Die unmittelbare Praxistauglichkeit der Ergebnisse der 18-monatigen ExWoSt-Studie bestätigt Eckhard Horwedel, Geschäftsführer der DSK Deutsche Stadt- und Grundstückssanierungsgesellschaft (DSK), die als Projektpartner maßgeblich an der Erarbeitung der Studie beteiligt war: „Mit einem im Rahmen der Studie entwickelten Bilanzierungs-Tool konnte die DSK ihre Methodik und Prozesse bei der Erstellung von integrierten energetischen Quartierkonzepten weiter verfeinern“, so Horwedel.

Die DSK Deutsche Stadtentwicklung- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (DSK)

war vom BBSR in Kooperation mit dem Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) und der Arbeitsgemeinschaft StetePlanung - Verkehrslösungen Blees, Darmstadt mit der Bearbeitung des Forschungsprojektes beauftragt worden.

Ziel der Forschung war es, Integrierte Energetische Quartierskonzepte aus sieben Kommunen zu untersuchen und auf dieser Basis potenzielle Steuerungsinstrumente für energetische Quartierskonzepte zu bewerten. Die Integration der Mobilität in die Integrierten Energetischen Quartierskonzepte stand dabei im Fokus der Arbeiten. Ein zentraler Aspekt war auch die Konzeption eines Bilanzierungsmodells für den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen auf Quartiersebene.

Im Rahmen der Studie wurde das von der BauBeCon Sanierungsträger GmbH betreute Projekt in der Hansestadt Stade (Halle) und die von der DSK betreuten Projekte in Leipzig (Connewitz), Naumburg (südöstliche Altstadt) und Sömmerda (Gartenberg) als Modellvorhaben ausgewählt. Stade, Sömmerda und Naumburg sind gleichzeitig Pilotkommunen im KfW-Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“. □



Wir machen Wärme grün.

So haben wir zum Beispiel im Jahr 2013 sechs Biomethangas-Blockheizkraftwerke errichtet, in denen wir Fernwärme für rund 17.000 und Strom für etwa 4.600 Einfamilienhaushalte erzeugen. Dabei verbrennen wir pro Jahr 17,2 Millionen Kubikmeter Biomethangas und vermeiden so jährlich 39.000 Tonnen Kohlendioxid.

Besuchen Sie uns auf der „E-world energy & water“, 11.–13. Februar 2014, Halle 1, Stand 410

STEAG New Energies GmbH
St. Johanner Straße 101-105
66115 Saarbrücken
Telefon +49 681 9494-9111
Telefax +49 681 9494065-9111
info-newenergies@steag.com

www.steag-newenergies.com



Energiewende und EEG-Novelle:

Genossenschaftliche Leitlinien beachten

Klimaschutz und Abkehr von der Atomkraft stellen die übergeordneten Ziele der Energiewende in Deutschland dar. Deren praktische Umsetzung ist allerdings ins Stocken geraten. In einem Zwölf-Punkte-Papier hat der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) deshalb Eckpunkte für eine erfolgreiche Energiewende skizziert.

Die Energiewende basiert auf einem gesellschaftlichen Konsens. Ihr übergeordnetes Ziel ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit für nachfolgende Generationen zu erhalten. Die Nutzung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe trägt dazu bei, die natürlichen Ressourcen zu bewahren. Die Energiewende ist somit kein Selbstzweck. Jedoch wird das gemeinsame Ziel zunehmend aus den Augen verloren und durch starke Partikularinteressen überlagert. Es ist deshalb dringend notwendig, gesellschaftliche Klarheit und Verbindlichkeit zu zentralen Eckpunkten für eine erfolgreiche Energiewende herzustellen. Zudem ist mit Blick auf gesetzte Rahmenbedingungen ein Maß an politischer Verlässlichkeit notwendig, das in seiner Dauer zumindest unternehmerischen und privaten Investitionszyklen entspricht.

Eine erfolgreiche Energiewende muss gleichermaßen ökologische, ökonomische und technische Zielsetzungen verfolgen. Geeignete Rahmenordnung für ihre Realisierung ist die Soziale Marktwirtschaft, denn sie ist per definitionem eine nachhaltige und auf den Erhalt der Wertschöpfung in unserem Land ausgerichtete Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Im Rahmen der Energiewende ist die Versorgungssicherheit von Unternehmen und Privathaushalten ein hohes Gut. Ihre Garantie setzt vor allem eine innovative technische Infrastruktur voraus. Dazu zählen ganz wesentlich integrierte und zuverlässige Energienetze und -speicher. Zu ihrer Realisierung müssen entsprechende Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen verstärkt werden. Als Zukunftstechnologie kann die Energie- und Wärmetechnik maßgeblich zur Sicherung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

1. Langfristige Ziele gemeinsam verfolgen

Unser heutiger Umgang mit Energie hat Konsequenzen weit über unsere Lebenszeit hinaus. Klimaschutz sowie die Abwendung von Atomkraft als Form der Energieerzeugung in Deutschland geben die Ziele der Energiewende vor. Vor diesem Hintergrund gehen CO₂-Reduktion sowie die Erschließung erneuerbarer Energiequellen Hand in Hand und bedingen sich gegenseitig. Das hat zwei Konsequenzen: Zum einen sollte der Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten zu einer integrierten europäischen und globalen Klimapolitik weiterentwickelt werden. Insbesondere

sollten die Emissionsgrenzen über das Jahr 2020 hinaus fortgeschrieben werden. Zum anderen sind Ersatzinvestitionen im Energiesektor notwendig, um bisher aus Atomkraft gewonnene Strommengen zu kompensieren und den Rückgriff auf CO₂-schädliche fossile Energieträger zu vermeiden. Dabei muss auch die Reduktion der geostrategischen Abhängigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland von Energieimporten zum Kalkulationsfaktor werden. Diese Ziele und den Ausbau erneuerbarer Energien gilt es im Rahmen eines koordinierten nationalen und europäischen Energieplans zu realisieren.

2. Nachhaltige Investitionsanreize schaffen

Die Förderung erneuerbarer Energien beinhaltet von der Politik festgelegte Vergütungssätze, die in der Anfangsphase des Ausbaus erneuerbarer Energiequellen helfen, Lernkurveneffekte zu realisieren. Mit der Weiterentwicklung und dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen muss aber die staatliche Förderpolitik nachhaltig ausgerichtet werden. Dadurch werden übermäßige Renditen oder eine Überhitzung des Markts für einzelne Energieträger sowie Konflikte mit dem Europarecht vermieden. Um das Ziel Energiewende langfristig volkswirtschaftlich effektiv und effizient zu erreichen, ist Technologieneutralität in der Förderung notwendig.

3. Marktintegration erneuerbarer Energien vorantreiben

Bei Investitionen in erneuerbare Energien und Energienetze ist auf volkswirtschaftlichen Nutzen und betriebswirtschaftliche Rentabilität zu achten. Notwendige staatliche Anschubhilfen für erneuerbare Energien müssen zeitlich befristet und sukzessive als effiziente und marktgerechte Vergütungssystematik ausgestaltet werden. Dabei gilt, dass Instrumente wie temporäre garantierte Vergütungssätze und Einspeisevorrang die Marktintegration regenerativer Energien auf der Basis innovativer Technologien befördern können. Grundsätzlich sollen jedoch erneuerbare Energien ohne Förderung am Markt bestehen können. Daher ist es wichtig, die Produzenten erneuerbarer Energien sukzessive an den Markt heranzuführen. Dazu gehört insbesondere der verstärkte Einsatz von Direktvermarktungsinstrumenten sowie die intelligente Integration in die Stromnetze, unter anderem durch die Verpflichtung der Ansteuerbarkeit von größeren EE-Anlagen zur Vermeidung von Netzüberlastungen zu Spitzenzeiten.

4. Bestandsschutz vollständig garantieren

Für bestehende Investitionen in bereits genehmigte und in ihrem Planungsstand fortgeschrittene Projekte müssen gesetzliche Vergütungszusagen weiterhin garantiert bleiben. Es darf keine nachträgliche Kürzung oder Besteuerung bereits zugesagter Förderungen geben. Der Bestandsschutz ist Grundvoraussetzung für das Vertrauen von Bürgern, Unternehmen und Investoren in die Energiewende. Deshalb müssen staatliche Zusagen für bestehende EE-Anlagen unbedingt eingehalten werden.

5. Kosten und Nutzen der erneuerbaren Energien gleichmäßig verteilen

Der gesamtwirtschaftliche Nutzen der erneuerbaren Energien ist langfristig deutlich höher als die verursachten Mehrkosten. Um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Akzeptanz der Energiewende nicht zu gefährden, sollten Kosten und Nutzen angemessen auf die Beteiligten verteilt werden. Das gilt sowohl für die Produzenten als auch die Verbraucherseite. Zudem müssen Nutzungskonkurrenzen zwischen den Agrar- und Energiesektoren sowie einseitige Technologieförderungen auf Dauer vermieden werden.

6. Zukunftstechnologien entwickeln und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Technischer Fortschritt bei der Speicherung überschüssigen Stroms und ungenutzter Wärme ist für die Energiewende unabdingbar. Hierzu müssen Forschung und Entwicklung im Energiebereich intensiviert werden. Gleichzeitig müssen intelligente Netze aufgebaut werden, die eine Nachfrageanpassung an die volatile regenerative Energieerzeugung ermöglichen. Dadurch kann die deutsche Technologieführerschaft im Bereich der erneuerbaren Energien gesichert und der Wirtschaftsstandort gestärkt werden.

7. Dezentrale Strukturen für stabile Stromeinspeisung erhalten und fördern

Eine wesentliche Herausforderung bei der Energiewende ist es, die Auswirkungen volatiler Stromerzeugung auf die Versorgungslage zu begrenzen. Technologie- und wetterbedingt unterliegen Erneuerbare-Energie-Anlagen teils starken Schwankungen in der Erzeugungsleistung. Diese Schwankungen können jedoch durch dezentrale Erzeugungsstrukturen mi-

Ammer-Loisach Energie auf Erfolgskurs

Ökostrom-Tarif ALOIS: 100 Tage ökologische Stromversorgung aus regionaler Hand

Im Sommer haben sich neun örtliche Kommunen und Energie Südbayern in einer zukunftsweisenden kommunalen Partnerschaft zusammengeschlossen, um eine effiziente und günstige Versorgung mit Ökostrom zu gewährleisten. Die Bilanz nach über 100 Tagen gestaltet sich durchweg positiv: Der Ökostrom-Tarif ALOIS hat sich in den Tälern von Ammer und Loisach mit Erfolg etabliert.

„Weil wir unsere Heimat lieben“: Unter diesem Motto beliefert die Ammer-Loisach Energie GmbH seit Sommer 2013 Kunden im Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit umweltfreundlichem Ökostrom aus Wasserkraft, berät Verbraucher vor Ort und stärkt als kommunaler Zusammenschluss die Wirtschaftskraft der Region. Das positive Feedback aus den Gemeinden vor Ort belegt, dass mit dem ambitionierten Projekt der richtige Weg eingeschlagen wurde.

Eine Idee kommt an

Die Idee ökologischer Energieversorgung aus regionaler Hand kommt an: Zahlreiche Privat- und Gewerbekunden aus der Ammer-Loisach-Region haben sich in den letzten Monaten für den günstigen Ökostrom-Tarif ALOIS entschieden, der preislich beispielsweise den Grundversorgungstarif von E.ON Bayern deutlich unterbietet.

Attraktives Ökostrom-Angebot mit Blick auf die Zukunft

„Mit unserem Angebot wenden wir uns direkt an die Wünsche unserer Bürger nach einer kompetenten, wirtschaftlichen und regiona-

len Energieversorgung“, erläutert Arno Nunn, Geschäftsführer der Ammer-Loisach Energie und zugleich 1. Bürgermeister der Gemeinde Oberammergau. „Der Erfolg bestätigt unsere Herangehensweise: Unser ALOIS-Tarif ist den Kiderschuhen entwachsen und hat laufen gelehrt, was uns sehr freut!“

Der Tarif ALOIS fix garantiert Ökostrom-Kunden einen günstigen Energiepreis mit langfristiger Preisgarantie und ist für Interessenten mit Doppeltarifzählern auch als HT/NT-Variante beziehbar. „Der erfolgreiche Kurs der Ammer-Loisach Energie zeigt, wie wichtig es ist, beim Thema Energieversorgung sowohl auf die Umwelt als auch auf spezielle regionale Bedürfnisse zu achten“, ergänzt Arno Nunn. „Durch unseren wegweisenden Zusammenschluss erhalten wir die Möglichkeit, mit Umsicht und Verantwortung in Zukunft auch Erzeugungs- und Infrastrukturprojekte anzugehen, um unsere Heimat proaktiv in eine nachhaltige, stabile und wirtschaftliche Energiezukunft zu steuern.“

Im Internet findet man die Ammer-Loisach Energie und aktuelle Informationen zu Tarifen und Angeboten sowie viele Online-Services unter: www.ammer-loisach-energie.de

nisiert werden. Mit einer geografischen Verteilung der Stromerzeugung auf viele Standorte lassen sich lokal auftretende Leistungsschwankungen kompensieren. Die dezentralisierte Stromerzeugung und ihre Integration in ein übergeordnetes Energietransfersystem muss deshalb ein Ankerpunkt des koordinierten nationalen und europäischen Energieplans sein.

8. Regionale Wertschöpfung erneuerbarer Energiequellen fördern

Dezentrale Erzeugungsstrukturen ermöglichen es, die regionale Wertschöpfung um den energiewirtschaftlichen Leistungserstellungsprozess zu erweitern. Regionen können wirtschaftlich profitieren, indem sie bisher importierte Energie durch heimische, erneuerbare Energiequellen ersetzen. Im Rahmen von Maßnahmen der Landesentwicklung sind dezentrale Erzeugungsstrukturen deshalb gezielt zu integrieren.

9. Versorgungssicherheit gewährleisten

Der Ausbau von Netzinfrastruktur und Erzeugungskapazitäten sollte durch eine netzkompatible Gesamtplanung erfolgen. Hierbei sind nationale und europäische Planungen zu verzahnen. Bei der Integration der erneuerbaren Energien in bestehende Netze sind Versorgungssicherheit und Systemstabilität als vorrangige Kriterien zu berücksichtigen.

10. Anstrengungen für Energieeffizienz und -einsparung intensivieren

Ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende ist die Senkung des Primärenergieverbrauchs. Zentrale Stellschrauben hierfür bieten der Verkehrssektor und der Raumwärmebedarf. Entsprechend gilt es, eine wesentlich höhere Primärenergieeffizienz zu realisieren, als dies bislang der Fall ist. Hier sind ambitionierte Ziele zu definieren und ihre Erreichung

durch steuerliche Anreize und ein stringentes, mit dem Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft kompatibles Förderangebot zu unterstützen.

11. Solar- und Abwärme effizient in den Energiekreislauf integrieren

Die Weiterverwendung und Speicherung von Solar- und Abwärme mit Hilfe der Kraft-Wärme-Kopplung birgt Möglichkeiten, ungenutzte Energie effizient in den Energiekreislauf zu integrieren. Dadurch lässt sich der Primärenergieverbrauch erheblich reduzieren. In Deutschland muss deswegen Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausgebaut werden, um noch nicht realisierte Effizienzpotenziale zu nutzen.

12. Aktive Bürgerbeteiligung fördern und Verwaltungsverfahren transparent gestalten

Die Energiewende kann nur mit einer aktiven Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten gelingen. Insbesondere ein beschleunigter Netzausbau bedarf der breiten gesellschaftlichen Unterstützung und Akzeptanz. Bürgerenergieprojekte ermöglichen eine aktive Beteiligung der Menschen an der erneuerbaren Energieerzeugung sowie ihrer Distribution und damit an der regionalen Wertschöpfung. Für sie gilt es weiter zu werben.

Zudem muss die Bildung genossenschaftlicher Netzwerkstrukturen forciert werden. Sie bieten die Möglichkeit, Bürgerenergieprojekte und dezentrale Energieerzeugung durch Unternehmen zum volkswirtschaftlichen Nutzen zusammenzuführen.

Wichtigste Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende sind transparente Prozesse auf allen Ebenen. Die Erteilung von Genehmigungen und die Zusammenarbeit der Bundesländer im Bereich Netzinfrastruktur müssen deshalb nachvollziehbar sein und die Anliegen der Bürger einbinden.



Genießen Sie mit uns
die schöne Aussicht –
auf gemeinsame
Zukunftsperspektiven.

Energie Südbayern Regionaler Partner der Kommunen

Seit 50 Jahren Energieversorger der Region. Unsere Leistungen:

- Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- Individuelle Beteiligungsmodelle

Erfahren Sie mehr unter www.esb.de

Energie Südbayern GmbH

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Damit Kaufbeuren vorne bleibt

Offizieller Start für das Bio-Erdgas-Blockheizkraftwerk in Kaufbeuren

Kaufbeurens Oberbürgermeister Stefan Bosse, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert und Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben haben vor dem Blockheizkraftwerk symbolisch den Startknopf für den neuen Betrieb mit Bio-Erdgas gedrückt. „Mit der Umstellung auf Bio-Erdgas investiert erdgas schwaben in die Zukunft der Region“, so Klaus-Peter Dietmayer, „wir sorgen dafür, dass die Leistungsfähigkeit des Kraftwerks verdoppelt wird, bei gleichzeitiger Maximierung des Klimaschutzes.“

„Ich freue mich, dass eine nagelneue Anlage installiert ist, die in der Lage ist, zur Netzstabilität beizutragen und deswegen ist das ein guter Tag für Kaufbeuren und für das Ostallgäu“, so Stefan Bosse. Jürgen Reichert lobte, dass erdgas schwaben mit einer Investition von 2,3 Millionen Euro nicht nur das Kraftwerk effizienter und leistungsfähiger gemacht hätten, sondern auch der Umwelt einen großen Gefallen getan hätte, denn das Bio-Erdgas, das erdgas schwaben selber erzeugt, ist nahe an der Null-Emissionsgrenze.

Das BHKW von erdgas schwaben erzeugt fast 10.000 MWh und damit doppelt so viel Energie, wie vorher als Biomasse-Heizkraftwerk. Es ist in der umgebauten Form deutlich sparsamer, da der Preis für Holzhackschnitzel enorm

gestiegen ist. Das Bio-Erdgas-Blockheizkraftwerk wird künftig so viel Strom produzieren, dass damit der Bedarf von knapp 2600 vierköpfigen Familien, die in Einfamilienhäusern wohnen, gedeckt werden könnte. Gleichzeitig produziert es Wärme für knapp 900 Familien. In der Praxis heizt das Kraftwerk in erster Linie das Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren. Der Umbau vom Hackschnitzel-Heizkraftwerk zum Bio-Erdgas-BHKW wird noch in dieser Heizperiode abgeschlossen. Noch im Dezember wird es seinen Betrieb aufnehmen.

Das Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren wurde 1876 eingeweiht. Heute ist es ein modernes Fachkrankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Neurologie.



Effizienz steigern – Energieverbrauch senken

Der hochwertige und emissionsarme Brennstoff Erdgas ist mit regenerativer Energie kombinierbar und mit innovativer Technik zukunfts-fähig nutzbar. Erdgas ist mit der richtigen Technik besonders effizient und eröffnet dem Verbraucher vielfältige Möglichkeiten – auch für Förderungen. (Ausführliche Info unter www.erdgas-schwaben.de. Die besten Fördermöglichkeiten sind unter www.erdgas-schwaben.plusfoerdermittel.de/ zu finden).

Wer langfristig sparen und gleichzeitig der Umwelt klimaschädliches CO₂ ersparen will, ersetzt seinen veralteten Heizkessel - beispielsweise mit moderner Erdgas-Brennwerttechnik, denn die nutzt auch die Wärme aus Abgasen, die bei älteren Geräten einfach im Schornstein verraucht. Das spart bis zu 40 % Energie und kann sich schon in weniger als fünf Jahren rechnen. Ideal ist die Kombi Erdgas und Solar: Bei der Warmwasserbereitung sind durch die kostenlose Kraft der Sonne bis zu 60 % Ersparnis möglich. Sonnenenergie kann auch unterstützend für eine Fußbodenheizung eingesetzt werden.

Kompakte erdgasbetriebene Blockheizkraftwerke (BHKWs) ermöglichen eine maximal effiziente Strom- und Wärmeerzeugung vor Ort. Ob im Privathaushalt oder Gewerbebetrieb: Mit Kraft-Wärme-Kopplung wird Energie optimal genutzt. Hausbesitzer sollten prüfen lassen, ob sich für sie ein Mikro-BHKW, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, lohnt. erdgas schwaben fördert das kleine Kraftwerk, es spart rund 30 % Primärenergie, bei einem bis zu 60 % geringerem CO₂-Ausstoß – und ist dabei kleiner als eine Waschmaschine. Die Kombi BHKW und Bio-Erdgas ist besonders umweltschonend.

Wärmebilder zeigen deutlich, wo gespart werden kann

Ist die Technik auf dem Stand der Zeit und trotzdem der Energieverbrauch zu hoch, verpufft vermutlich Wärme ungenutzt. Die Infrarotthermografie findet zuverlässig Energieverluste oder Kältebrücken an Gebäuden infolge baulicher Mängel. Mit einer Infrarotkamera (siehe Bild) werden Schwachstellen sichtbar gemacht, um sie gezielt zu beseitigen. Generell sollte man Wärmedämmung für Außenwände, Dachraum, Keller, Heizungsrohre und Armaturen vorsehen, wärmeschutzverglaste Fenster einbauen und Rollläden anbringen.



Von links: Stefan Bosse, Oberbürgermeister Stadt Kaufbeuren, Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, Jürgen Reichert, schwäbischer Bezirkstagspräsident.

BIOGAS-Jahrestagung & Fachmesse in Nürnberg:

Branche im Wandel

Die 23. BIOGAS Jahrestagung und Fachmesse, die derzeit turnusgemäß im Messezentrum Nürnberg unter dem Motto „Dynamisch, flexibel und verlässlich – Biogas kann’s“ stattfindet, wird an den Erfolg der letzten Jahre anknüpfen können: Über 400 Aussteller präsentieren auf mehr als 17.000 m² die neuesten Entwicklungen der Biogaserzeugung und diskutieren aktuelle Trends der Branche. Die Fachmesse läuft wie jedes Jahr parallel zur BIOGAS Jahrestagung, auf der kompetente Fachreferenten im Plenum und in Workshops über die neuesten Entwicklungen in der Branche berichten.

In der Biogasbranche herrschen gemischte Gefühle: Zwar prognostiziert der Fachverband Biogas e.V. für das laufende Jahr einen Ausbau der Biogasleistung um rund 180 Megawatt elektrisch. Jedoch werde der überwiegende Teil des Leistungszuwachses erstmals durch Repowering und Erweiterungsmaßnahmen und nicht durch Anlagenzubaue erfolgen.

Spiegelbild

Horst Seide, Präsident des Fachverbandes Biogas e.V., bezeichnet die BIOGAS 2014 als ein „Spiegelbild der aktuellen Lage“. Als speicherbarer Energieträger werde die Biogasnutzung im Zuge der Energiewende eine ganz besondere Rolle spielen; um deren Potenziale aber voll ausschöpfen zu können, bedürfe es deutlicher Signale aus der Politik. Diese lassen derzeit allerdings auf sich warten. Zwar bleibt der weitere Ausbau der Ökostromerzeugung erklärtes Ziel der Koalitionsparteien, in der praktischen Umsetzung lässt sich dieses Vorhaben allerdings nur erahnen. „Wenn die neue Bundesregierung die Energiewende tatsächlich schaffen will, dann muss sie dafür auf Biogas setzen. Die Akteure der Biogasbranche stehen bereit und warten auf das ‚Go‘ aus Berlin“, betont Seide.

Das breite Angebotsspektrum präsentiert Hersteller von Biogasanlagen und Anlagenkomponenten und widmet sich in Zeiten der Energiewende Themen rund um das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und die Gewinnung und Bereitstellung von Ökostrom durch Biomasse und Energiepflanzen. Dienstleister, Wissenschaftler, Anlagenbetreiber und Anlagenhersteller treffen sich zum Austausch über die neuesten Markttrends und Technologien.

Prozesskette

Gezeigt wird die komplette Prozesskette kompakt an einem Ort. Dort werden die neuesten Biogasanlagen, Gasspeicher und Fernleiter, Anlagen und Geräte für Substrataufbereitung und Landmaschinen präsentiert. Außerdem geht es um das Separieren, Dosieren, Wägen, Rühren, Pumpen, Gärproduktaufbereitung oder Gasanalytik und Emtetechnik.

Wie umfassend der Informationsbedarf von Herstellern, Anlagenbetreibern und Dienstleistern ist, spiegelt das breit gefächerte Programm der Jahrestagung wider. In Plenarvorträgen referieren renommierte Fachexperten zu vier definierten Leitthemen, während die parallel stattfindenden Workshops (rechtlicher Rahmen für Er-

richtung und Betrieb von Biogasanlagen, hygienische Anforderungen an den Betrieb von Biogasanlagen, Export in die Europäische Union und USA sowie EEG 2012) die Möglichkeit zu einer vertieften und proaktiven Diskussion bieten. Die Leitthemen 2014 sind: Biogas in der Energiewende, Weiterentwicklung von Anlagenkonzepten, Neue Herausforderungen bei Umwelt und Sicherheit sowie International: Zukunft im Export.

vbw Energiewende-Monitoring:

Die Situation hat sich verschärft

Präsident Gaffal: „Bayern braucht einen ‚Plan B‘ für die Stromversorgung nach 2015“

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat ihr zweites Energiewende-Monitoring vorgelegt. Die wissenschaftliche Untersuchung, die die Prognos AG im Auftrag der vbw durchgeführt hat, kommt zu dem Schluss: Die Situation hat sich im Vergleich zu 2012 weiter verschärft. „Das vbw Monitoring zeigt, dass die Lage vor allem in Hinblick auf die Versorgungssicherheit und die Strompreisentwicklung für den Freistaat kritischer geworden ist“, erklärte vbw-Präsident Alfred Gaffal.

„In Bayern haben wir nach der Stilllegung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld schon in zwei Jahren ein Versorgungsproblem. Es ist zu befürchten, dass Bayern zu diesem Zeitpunkt wegen fehlender Leitungen und Reservekraftwerke den benötigten Strom weder aus anderen Regionen Deutschlands noch aus dem Ausland beziehen kann. Bis die Thüringer Strombrücke voraussichtlich erst 2017 steht, brauchen wir einen ‚Plan B‘. Wir appellieren an die Staatsregierung, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten“, betonte Gaffal.

Strompreise bereiten Sorge

Außerdem bereiten der vbw die steigenden Strompreise große Sorge. „Bei uns zählt die Industrie 50 Prozent mehr als in Frankreich und mehr als doppelt so viel wie in den USA. Viele Unternehmen überlegen, ihren Standort wegen der hohen Strompreise ins Ausland zu verlagern. Wir brauchen dringend international wettbewerbsfähige Strompreise. Die neue

Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung müssen jetzt handeln.“

Wichtiges Bekenntnis

Für gut und wichtig hält der vbw-Präsident das Bekenntnis im Koalitionsvertrag zu Ausnahmen der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage. Gaffal kritisierte aber, dass die notwendigen Veränderungen des EEG im Koalitionsvertrag nicht geklärt sind und die degressive Abschreibung für die energetische Gebäudesanierung nicht enthalten ist.

„Die steuerliche Abschreibung ist das wirkungsvollste Mittel, die energetische Gebäudesanierung anzukurbeln und damit den Energieverbrauch massiv zu senken. Gleichzeitig ist sie ein Konjunkturprogramm. Die Wertschöpfung bleibt fast ausschließlich in Deutschland und damit finanzieren die steuerlichen Mehreinnahmen die Ausgaben. Ich kann nur appellieren, dass da noch ein Umdenken stattfindet“, machte Gaffal deutlich.

Der stärkste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen –
unser Mix macht's möglich

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Energiegenossenschaft stößt auf große Resonanz

Mehr als 800 Bürger interessieren sich für Energiewendepakete der LEW BürgerEnergie eG - Limitiertes Angebot für Fotovoltaikpark Bobingen

Das Angebot der neu gegründeten Genossenschaft LEW BürgerEnergie eG stößt auf enormes Interesse bei den Bürgern in der Region: Seit dem Start des Angebots Mitte November haben mehr als 800 Bürger aus der Region Interesse an den Energiewendepaketen der LEW BürgerEnergie eG angemeldet. Die Gesamtsumme der Interessenbekundungen bewegt sich im mittleren siebenstelligen Bereich. Mit diesem Volumen wird das erste Projekt der LEW BürgerEnergie eG, der Fotovoltaikpark in Bobingen, finanziert.

Stefan Ziegler, Vorstandsmitglied der BürgerEnergie eG, Bobingens Bürgermeister Bernd Müller und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann riefen deshalb insbesondere die Bobinger Bürger dazu auf, sich bei Interesse möglichst bald mit der Ener-

gie. Das ist genügend Strom, um fast 2.000 Privathaushalte ganzjährig mit umweltfreundlicher Energie zu versorgen. Weitere Projekte der Energiegenossenschaft in der Region sind bereits in der Planung. Initiiert wurde die LEW BürgerEnergie eG von den Lechwerken. So kann die Energiege-

VKU-Verbandstagung in Berlin:

Kommunale Strukturen verteidigen

Mit rund 1.000 Gästen war die VKU-Verbandstagung in Berlin einmal mehr der zentrale Treffpunkt der deutschen Kommunalwirtschaft. VKU-Präsident Ivo Gönner sprach von einer „Renaissance der Kommunalwirtschaft“. Viele Bürger wünschten sich im Bereich der Daseinsvorsorge eine starke Rolle der Kommunen.

Landauf, landab hat sich das bei vielen Rekommunalisierungen gezeigt“, berichtete Gönner: 81 neue Stadtwerke wurden gegründet, 197 Konzessionen von Privaten übernommen. „Das ist Rückenwind für unsere Arbeit, denn wir kennen die Vorteile einer starken Kommunalwirtschaft nur zu gut: Kommunale Unternehmen arbeiten transparent, sie bezahlen fair, haben die wirtschaftlichen und ökologischen Interessen ihrer Region im Blick und sie sorgen für Arbeitsplätze und Aufträge in der Region. Allein unsere Mitgliedsunternehmen beschäftigen mehr als 250.000 Menschen, erwirtschaften mehr als 106 Milliarden Euro Umsatzerlöse und investieren über zehn Milliarden Euro. In der Erbringung essentieller Infrastrukturdienstleistungen sind sie ein wichtiges Rückgrat für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“

Gleichzeitig mahnte der VKU-Präsident, dass die neue Bundesregierung die kommunalen Strukturen in Brüssel verteidigen müsse. „Bei uns hat sich in über 100 Jahren eine Tradition gut funktionierender kommunaler Daseinsvorsorge entwickelt, die nicht in die Mühlen eines falsch verstandenen Konzepts des europäischen Binnenmarkts kommen darf.“ Aus Brüssel wünsche er sich die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und keine Reglementierungen zu Toilettenspülungen oder Duschköpfen.

VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck ergänzte, dass es Aufgabe der nationalen Politik sei, die Ziele aus Brüssel umzusetzen und dass er sich im Energiesektor entschlossenen Handelns wünsche: „Ob die Energiewende sicher und zu vertretbaren Kosten gelingt oder nicht, entscheidet sich in dieser Legislaturperiode.“ Mit Blick auf die vorliegenden Verhandlungsergebnisse zeigte er sich optimistisch, dass die Energiewende gelingen kann.

Reck zeigte sich zufrieden damit, dass sich die Koalition klar zur Kraft-Wärme-Kopplung bekennt. Die Rahmenbedingungen müssten jetzt schnell der Entwicklung angepasst werden, damit diese hocheffiziente Technologie zukünftig eine noch stärkere Säule der Energiewende sein kann. Reck lobte weiter, dass für die Verteilnetze immerhin die Notwendigkeit von enormen Investitionen für die intelligente Integration der erneuerbaren Energien gesehen wird und dafür Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen.

Klarheit forderte Reck beim Thema Fracking: Hier würden eindeutige gesetzliche Regelungen, die den klaren Vorrang des Gewässerschutzes festschreiben, benötigt. Auch in der Abfallwirtschaft sieht Reck politischen Handlungsbedarf: „Es wird Zeit,

nossenschaft auf die langjährige Energiekompetenz der Lechwerke zurückgreifen, aber trotzdem frei und selbstbestimmt bei ihren Aktivitäten agieren.

„Wir haben das Genossenschaftsmodell angestoßen, weil damit alle Bürger von der Energiewende profitieren können – auch wenn sie selbst keine Möglichkeit haben, regenerativ Strom zu erzeugen“, so LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Eine erfolgreiche Energiewende in der Region funktioniert nur gemeinsam mit dem Engagement der Menschen vor Ort. Das Modell Bürgergenossenschaft bietet dafür eine ideale Möglichkeit.“ □



Kurt Krömer, Erster Bürgermeister der Stadt Stein (r.) mit Norman Villnow, Geschäftsführer der N-ERGIE Kraftwerke GmbH vor dem Hacksler auf dem Gelände der Stadtgärtnerei Stein. □

Brennstoff aus der unmittelbaren Nachbarschaft

Grünschnitt der Stadt Stein für Biomasse-Heizkraftwerk der N-ERGIE

Die Stadt Stein stellt der N-ERGIE künftig ihren Grünschnitt als Brennstoff für das Biomasse-Heizkraftwerk in Nürnberg Sandreuth zur Verfügung. Als erstes Mitglied aus der Kommunalen Allianz Bibertal-Dillenberg, zu der sieben Kommunen im südlichen Landkreis Fürth gehören, hat Stein mit der N-ERGIE Kraftwerke GmbH, einem Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, eine Vereinbarung zur Verwertung des Landschaftspflegematerials geschlossen.

Die Kooperation bringt für beide Seiten ökologische und ökonomische Vorteile: Die Kommune spart Aufbereitungs-, Entsorgungs- und Transportkosten und die N-ERGIE profitiert von kurzen Anfahrtswegen und sichert sich Brennmaterial aus der unmittelbaren Nachbarschaft.

„Es freut mich, dass die Stadt Stein mit dieser Kooperation einen ökologischen Beitrag zum Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerkes leisten kann. Gleichzeitig sparen wir uns die Kosten für das Hackeln des gesammelten Grüngutes“, so Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer. „Als Sprecher der Kommunalen Allianz Bibertal-Dillenberg werde ich dieses Thema auch in die Allianz mit einbringen und für dieses Projekt werben.“

Auf dem Gelände ihrer Stadtgärtnerei sammelt die Stadt Stein privat angeliefertes Grüngut sowie

Grün-, Strauch- und Baumschnitt aus der öffentlichen Straßen- und Wegepflege. Das holzartige Material wird getrennt gelagert, gehäckselt und anschließend mehrmals pro Jahr in das rund acht Kilometer entfernte Biomasse-Heizkraftwerk der N-ERGIE nach Nürnberg gebracht. Insgesamt können pro Jahr voraussichtlich rund 200 Tonnen brennbares Material aus der Stadt Stein verwertet werden.

Im Biomasse-Heizkraftwerk der N-ERGIE werden pro Jahr rund 51.000 Tonnen überwiegend naturbelassene Hackschnitzel aus Waldrestholz sowie aus der Landschaftspflege, die primär aus der Region stammen, verfeuert. Die Anlage erzeugt in einem hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess gleichzeitig Strom und Fernwärme mit einem Brennstoff-Nutzungsgrad von über 85 Prozent. □



Von rechts: Stefan Ziegler, Vorstandsmitglied der BürgerEnergie eG, Bobingens Bürgermeister Bernd Müller und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. Bild: LEW/Funck

giegenossenschaft in Verbindung zu setzen – für sie ist ein festes Kontingent vorgesehen. Am 10. Dezember startete die BürgerEnergie mit dem Versand der Vertragsunterlagen.

Wörtliche Umsetzung

„Die Bürgergenossenschaft gibt jedem Einzelnen nicht nur die Möglichkeit, ein Energieprojekt wie den Solarpark Bobingen finanziell zu unterstützen. Eine so genannte ‚Bürgerenergie‘-Anlage, also die mehrheitliche Beteiligung der Menschen aus der Region, war Grundlage unserer Entscheidung, dieses Projekt im Rahmen der gemeindlichen Planungshoheit auf den Weg zu bringen. Die Mitglie-

eingegangenen Interessensbekundungen zeigen, wie hoch der Zusage bei den Bürgern ist, sich als ‚Energiebürger‘ zu engagieren: Werden alle eingegangenen Beteiligungswünsche in voller Höhe realisiert, wäre damit das erste große Projekt der Bürgergenossenschaft weitgehend finanziert“, hob Stefan Ziegler, Vorstandsmitglied der LEW BürgerEnergie eG hervor.

Weitere Projekte in Planung

Der Solarpark in Bobingen ist das erste Projekt der LEW BürgerEnergie eG: Der rund 11 Hektar große Solarpark Bobingen liefert pro Jahr etwa 6,6 Millionen Kilowattstunden elektrische Ener-

Geothermie:

Wesentlicher Baustein der Energieversorgung

Im Koalitionsvertrag verweisen CDU und SPD auf die Bedeutung grundlastfähiger Energieerzeugung. Es ist angedacht, dass die Erzeuger von schwankenden Erneuerbaren Energieträgern einen Grundlastanteil garantieren müssen. „Woher der Grundlaststrom kommen soll, wird offen gelassen. Denkt man aber die Idee der Stromwende konsequent zu Ende, muss Grundlaststrom aus Erneuerbaren Energien stammen“, fordert der Präsident des Bundesverbandes Geothermie, Erwin Knapke.

Der Untergrund bietet ein großes Potenzial zur Wärme- und Stromproduktion. Sie ist dezentral und erneuerbar sowie jederzeit und konstant verfügbar. Aufgrund der Grundlastlastfähigkeit müssen beim Ausbau von Geothermiekraftwerken keine Speicher und neuen Netze gebaut werden. „Nur wenn Geothermiekraftwerke als wesentlicher Baustein der Energieversorgung ernstgenommen werden, kann die Energiewende kostengünstig gestaltet werden“, stellt Knapke klar.

Zentrale Rolle

Die Vorteile der Geothermie finden auch bei den politischen Entscheidungsträgern Beachtung. Die

SPD-Abgeordnete Kirsten Lüthmann kennt die Chancen der Geothermie aus Ihrer Heimat Celle: „Wir benötigen neben Wind- und Solarstrom auch grundlastfähige Energieerzeuger. Das haben wir im Koalitionsvertrag betont. Diese sollten idealerweise erneuerbaren Ursprungs sein. Daher wird die Geothermie in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere in meinem Wahlkreis sehe ich, welche Vorteile Kommunen von der Erdwärme haben können und wie der Ausbau von Geothermieanlagen die kommunale Wertschöpfung fördert. Dadurch profitieren natürlich auch die Menschen in unserer Region direkt und indirekt von dieser neuen Technologie.“ □



Solarpark Immenstetten eröffnet

Grammer Solar macht zusammen mit der Stadt Amberg und den Stadtwerken vor, wie die Energiewende von unten funktioniert. Auf einer Fläche von 8.700 qm entstand im Industriegebiet Nord auf dem Gelände der aufgelassenen Mülldeponie der Stadt Amberg ein Solarpark mit 2.720 Modulen und einer Spitzenleistung von 680 kWp. Seit geraumer Zeit wird nun im Industriegebiet Nord umweltfreundlicher Solarstrom produziert. Bereits vor zehn Jahren gründeten die Stadt Amberg, Grammer Solar und die Stadtwerke Amberg die Solarstrom Bürgerbeteiligung Amberg GmbH & Co. KG mit dem Ziel, mit Hilfe der Bürger Solarstromanlagen auf öffentlichen Gebäuden oder Flächen zu erstellen und zu betreiben und somit umweltfreundlichen Strom zu erzeugen. Aufgrund der enorm hohen Bürgerbeteiligung konnten seit Gründung bereits zwölf Projekte mit einer Gesamtleistung von etwa 1.000 kWp verwirklicht werden, mit denen jährlich etwa eine Million kWh Strom erzeugt werden.

Mindestens 20 Jahre lang speist der Solarpark Immenstetten nun gemäß dem EEG Strom ein, der mit 15,69 Cent pro kWh vergütet wird. „Das ist jetzt schon weniger, als heute Haushaltsstrom – der jedoch mit einer Vielzahl von Steuern und Umlagen belastet ist – kostet“, betont Grammer Solar Geschäftsführer Wolfgang Dotzler und widerspricht der Behauptung, die Solarbranche belaste die Bürger unverhältnismäßig. „Die Solarenergie ist heute vielerorts bereits konkurrenzfähig. Der überproportionale Anstieg der EEG-Umlage erklärt sich mit dem Berechnungsmodus und mit den vielen Befreiungen für die Industrie.“ Der weitere Zubau von Solaranlagen sei nicht mehr teuer, sondern entlaste im Gegenteil die Gesellschaft vor ökologischen Folgekosten.

Unser Bild zeigt von links: Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Stephan Prechtel, Grammer-Solar-Geschäftsführer Wolfgang Dotzler und OB Wolfgang Dandorfer. □

Weiterer Meilenstein von Rhein-Main-Donau AG und E.ON:

Aalschutz am Main beim Kraftwerk Gerlachshausen

Rhein-Main-Donau AG investiert über 600.000 Euro in das neuartige Aalabstiegssystem „Bottom Gallery“

Das Mainkraftwerk Gerlachshausen der Rhein-Main-Donau AG im Landkreis Kitzingen machte bis Mitte Dezember 2013 Stromerzeugungspause. Hintergrund war der Bau einer sogenannten Bottom Gallery®. Beim Mainkraftwerk Gerlachshausen kommt nun erstmals in Bayern eine Bottom Gallery® genannte Aalabstiegsanlage, bestehend aus einem Aalsammelrohr und einem aufwändigen Bypasssystem um das Kraftwerk herum, zum Einsatz. Diese Flusssohlen nahe, patentierte Konstruktion hat sich bereits in Westdeutschland (Kraftwerk Unkelmühle an der Sieg) als funktionsfähig erwiesen.

Die Installation der patentierten Stahlschweißkonstruktion wird die Fischdurchgängigkeit flussabwärts am Main spürbar verbessern und damit einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der Aalpopulation leisten können, so dass sich die Gesamtmenge der abwandernden Blankaale im Gewässer signifikant erhöhen kann. Durch die Anlage wird ein Beitrag zur Erfüllung der Europäischen Aalschutzrichtlinien geleistet und gleichzeitig eine wesentliche ökologische Verbesserung am Mainkraftwerk Gerlachshausen der Rhein-Main-Donau AG erreicht.

Wolfgang Fischbacher, Prokurist und zuständig für die Millionen-Investitionen der Rhein-Main-Donau AG in die ökologischen

Verbesserungsmaßnahmen unter anderem an ihren 29 Mainkraftwerken betonte: „In den Bau dieses noch neuartigen Aalabstiegssystems investieren wir über 600.000 Euro. Damit setzen wir einen weiteren Meilenstein neben Catch & Carry, MIGROMATE® für den aalschonenden Kraftwerksbetrieb, Zickzackrohren und Aalzählsystemen, um die Aaldurchgängigkeit an unseren Anlagen am Main herzustellen und unter wissenschaftlicher Begleitung beständig zu optimieren.“

Wichtigster Partner bei all diesen Ökoproyekten ist E.ON, die als betriebsführende Gesellschaft sowohl bei den Planungen als auch bei der Umsetzung entscheidend mitwirkt. Richard Berghoff, Leiter

Betrieb für die Flussgruppe Mitte bei E.ON und damit auch zuständig für die Betriebsführung aller Mainkraftwerke, erläuterte: „Wir haben Mitte September die Genehmigung für die Maßnahme erhalten. Für die konstruktive Zusammenarbeit mit allen am Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden und Verbänden darf ich mich auch im Namen der Rhein-Main-Donau AG sehr herzlich bedanken.“

Der Einbau der Bottom Gallery® mit ihren seitlichen Antriebseinheiten und der Rohrleitung (Bypass) für den Aalabstieg erfolgte in Form einer aufklappbaren Sohlschwelle vor dem zweiteiligen Schutzrechen zum Turbineneinlauf des Kraftwerks Gerlachshausen. Die Montage mittels Dübeltechnik fand auf der gesamten Breite des Oberwasserkanals parallel zur Rechenfläche in einem vorgelegten Abstand von rund neun Meter in offener Bauweise statt.

Wie der englische Name schon sagt, handelt es sich um eine in Fließrichtung zum Turbineneinlauf des Kraftwerks Gerlachshausen. Die Montage mittels Dübeltechnik fand auf der gesamten Breite des Oberwasserkanals parallel zur Rechenfläche in einem vorgelegten Abstand von rund neun Meter in offener Bauweise statt. Wie der englische Name schon sagt, handelt es sich um eine in Fließrichtung zum Turbineneinlauf des Kraftwerks Gerlachshausen. Die Montage mittels Dübeltechnik fand auf der gesamten Breite des Oberwasserkanals parallel zur Rechenfläche in einem vorgelegten Abstand von rund neun Meter in offener Bauweise statt.

Funktionsprinzip der Bottom Gallery®

Basierend auf empirischen Untersuchungen in den Niederlanden und verschiedenen Rheinzufüssen zum Fluchtverhalten von Blankaalen vor Schutzrechenanlagen in Turbinenzufüssen wurde die Bottom Gallery® als patentierte sohlennahe Bypassvorrichtung für Blankaale entwickelt.

Die typische Fluchtreaktion eines Aals vor einem Rechen bzw. bei Berührung eines Rechens ist, entgegen der Fließrichtung (ins Oberwasser) und in Richtung Flusssohle wegzuschwimmen. Die Bottom Gallery® nutzt das beobachtete Verhalten. Die Schutzfunktion der Bottom Gallery® besteht daher in einer zum Rechen hin offenen Sohlenschwelle, quasi ein aufgeklapptes Sammelrohr, das sich als Fluchtpunkt anbietet, in dem sich die abwandernden Aale sammeln.

Nach einer im Monitoring-

schacht einstellbaren Zeitdauer schließt sich das Sammelrohr vorsichtig, so dass die Aale keine Verletzungen davontragen. Durch das Öffnen einer seitlichen Verschlusskappe entsteht eine Strömungsspülung im Sammelrohr, die den Aalen dann den Weg durch das Bypasssystem weist und sie unbeschadet in das Unterwasser des Kraftwerks um die Turbine herum transportiert. Der Spülgang wird automatisch gestartet. Die Spülfrequenz und die Spüldauer lassen sich abhängig von der Menge der wanderwilligen Aale einstellen.

Die Mainwasser-Durchflussmenge in der Bottom Gallery beträgt rund 50 Liter pro Sekunde. Die Fließgeschwindigkeit im Sammelkanal und im Bypasssystem (u. a. Kunststoff-Transportleitung mit 25 cm Durchmesser) wird bei rund einem Meter pro Sekunde liegen.

Regulärer Betrieb

Die Bottom Gallery® arbeitet in zwei Betriebszuständen:

1. Sammelphase

Die Klappe der Bottom Gallery® befindet sich in waagerechter Position und ist damit in Fließrichtung geöffnet. Das Regulierventil ist geschlossen. Die abwandernden Blankaale, die am Turbinenrechen umkehren, schwimmen in den Sammelkanal.

2. Transportphase

Nach einer in der Steuerung vorwählbaren Zeit wird die Klappe langsam geschlossen und anschließend das Regulierventil im Monitoringschacht geöffnet. Das einströmende Mainwasser fließt quer durch den Sammelkanal und durch die Transportleitung bis zum Monitoringschacht, der mit einem sogenannten Tiroler Rechen abgedeckt ist. Der Tiroler Rechen besteht aus einer Edelstahlkonstruktion mit glatten dreiecksförmigen Rechenstäben.

Die „Dreiecksbasis“ bildet die glatte Rechenoberfläche, über die die ankommenden Aale gleiten. Das Mainwasser fließt durch die fünf Millimeter breiten Rechenpalen in den darunterliegenden Schacht, so dass die abwandernden Blankaale vom größten Teil des Transportwassers getrennt werden und über die sehr glatte Oberfläche in den hinter dem Tiroler Rechen angeordneten, ein Meter breiten und drei Meter langen Sammelkanal gleiten können. Auf diese Weise wird eine Verletzung der Fische ausgeschlossen.

Der Schutz der Aale hat höchste Priorität. Daher sind sämtliche Konstruktionsteile und Transportwege des Aalabstiegssystems, wie zum Beispiel auch der Tiroler Rechen, so ausgeführt, dass eine Schädigung der Tiere beim Transport sicher vermieden und eine gute Weiterleitung in das Unterwasser des Kraftwerks erreicht wird. Dies wurde durch bestehenden Anlagen unter anderem in den USA bestätigt. Daher ist tierschutzrechtlich mit keinen negativen Auswirkungen zu rechnen. □

gens ein Raum für energiespezifischen Unterricht geschaffen, den nun alle Schulen der Stadt nutzen.

Good-Practice-Label als Zeichen des Erfolgs

Die Preisträger erhalten gleichzeitig das Label „Good Practice Energieeffizienz“ der dena, das erfolgreiche Energieeffizienzprojekte von Kommunen, Institutionen und Unternehmen sichtbar macht. Der Wettbewerb und die Verleihung des Good-Practice-Labels sind Aktivitäten der dena im Rahmen der Kommunikationsplattform zur Unterstützung der nationalen Umsetzung der EU-Energiedienstleistungsrichtlinie (EDL-Richtlinie). Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags. □



Mainkraftwerk Gerlachshausen der Rhein-Main-Donau AG: Hinter dicken Dammtafeln, die das Mainwasser zurückhalten, wurde für über 600.000 Euro die Bottom Gallery® (untere Bildmitte) am Grund des ca. 10 Meter tiefen Turbinen-Einlaufs eingebaut. Die Bottom Gallery® ist ein quer zur Fließrichtung des Wassers eingebautes, aufklappbares Fangsystem, das Aale, die vor dem Turbinenschutzrechen zurückweichen, aufnehmen und in ein Umgehungsrohr leiten, das die Fische um das Kraftwerk herum ins Unterwasser leitet. □

Bayerische Stromerzeugung:

Über 30 Prozent bei den Erneuerbaren Energien

Anteil der Kernenergie im Strommix auf niedrigstem Wert seit den 1980er Jahren

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach vorläufigen Ergebnissen mitteilt, erreichte die gesamte bayerische Stromerzeugung 2012 den bislang höchsten nachgewiesenen Wert von 92.832 GWh. Dabei reduzierte sich der Anteil der Kernenergie im bayerischen Strommix 2012 auf 47,0 Prozent, während der Anteil der erneuerbaren Energien auf 31,8 Prozent stieg.

Die Steigerung im Bereich der regenerativen Energieträger ist im Wesentlichen auf die Erholung der Wasserkraft nach einem niederschlagsarmen Vorjahr (+13,7 Prozent) und auf den neuerlichen Ausbau der Photovoltaik (+20,1 Prozent) zurückzuführen. Bei den fossilen Energieträgern Erdgas und Steinkohlen war im Vergleich zum Vorjahr eine teilweise Verschiebung zu den Steinkohlen bei den Brennstoffeinsatzmengen zu beobachten. Im Jahr 2012 hatte Erdgas einen Anteil von 13,3 Prozent und die Steinkohlen von 5,0 Prozent an der bayerischen Stromerzeugung.

43.664 GWh Strom aus Kernenergie

Im Berichtsjahr 2012 wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung 43.664 GWh Strom aus Kernenergie erzeugt. Gegenüber dem historischen Allzeithoch bei der Erzeugung aus Kernenergie im Jahr 2009 (51.971 GWh) ist dies ein Rückgang von 16,0 Prozent. Mit 47,0 Prozent stammte zwar noch knapp die Hälfte der bayerischen Stromerzeugung 2012 aus Kernenergie, jedoch ist dies gleichzeitig der niedrigste Beitrag seit dem Jahr 1984.

Steigerung bei Steinkohle

Ähnlich wie auf Bundesebene konnte auch in Bayern bei den fossilen Energieträgern eine partielle Verschiebung bei den Brennstoffeinsatzmengen vom Erdgas hin zu den Kohlen beobachtet werden. Gegenüber der Vorperiode büßte das Erdgas zwei Prozentpunkte ein und trägt nun nur noch 13,3 Prozent (12.390 GWh) zum bayerischen Strommix bei. Die Stromerzeugung aus Steinkohlen wurde hingegen binnen Jahresfrist um 17,0 Prozent auf 4.615 GWh gesteigert. Dies entsprach einem Anteil von 5,0 Prozent im Strommix. Seit 2004 spielen die Braunkohlen praktisch überhaupt keine Rolle für die bayerische Stromerzeugung. Dagegen stellen die Braunkohlen auf Bundesebene seit einigen Jahren die bedeutsamsten Energieträger für die Stromerzeugung dar.

Einschließlich Heizöl und son-

stigen (nicht erneuerbaren) Energieträgern vereinten die konventionellen Energieträger zwar knapp über zwei Drittel der Stromerzeugung auf sich, dennoch ging der Ausbau der regenerativen Energieträger auch 2012 dynamisch weiter (+16,0 Prozent gegenüber 2011). Der Ökostrom überschritt in Folge erstmals die Marke von 30 Prozent beim Anteil an der Gesamterzeugung (31,8 Prozent bzw. 29.482 GWh) und sorgte damit dafür, dass mit 92.832 GWh der bislang höchste Jahresstromerzeugungswert für Bayern verzeichnet werden konnte.

Starke Wasserkraft

Wichtigste alternative Energiequelle war auch im aktuellen Berichtszeitraum die traditionell in Bayern starke Wasserkraft, welche mit 12.224 GWh mehr als die Hälfte des gesamtdeutschen Wertes ausmachte. Diese Energieform ist bereits relativ gut ausgebaut. Der Zuwachs in der Erzeugung von +13,7 Prozent zum Vorjahr ist dem relativ niederschlagsarmen Jahr 2011 geschuldet.

Eine bundesweit führende Rolle nimmt Bayern auch bei der Stromerzeugung aus Photovoltaik ein, deren Erzeugung im Vorjahresvergleich um 20,1 Prozent auf 8.530 GWh gesteigert wurde. Damit flachte die Zuwachsrate über die Zeitreihe betrachtet allerdings weiter ab. In den beiden vorangegangenen Berichtsjahren hatten sich noch Steigerungen von 59,5 Prozent (2011) und 74,2 Prozent (2010) ergeben. Gründe für den schwächeren Anstieg sind im Rückgang der neu installierten Leistung und dem im Vergleich mit dem Vorjahr weniger sonnenreichen Jahr 2012 zu finden.

Auch die Stromerzeugung aus Biomasse, zu der feste und flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärschlamm und biogene Abfälle gerechnet werden, konnte um einen zweistelligen Prozentsatz von 12,5 Prozent auf 7.334 GWh gesteigert werden. Besonders hoch fällt in diesem Berichtsjahr der Zuwachs bei der Stromerzeugung aus Windkraft aus (+42,3 Prozent). Absolut betrachtet ist der Wert jedoch weiterhin – besonders im Hinblick auf die Erzeugungswerte im Bund – gering (1.123 GWh). □

Von Pinakothek bis Grundschule:

Viermal gute Leistungen in Energieeffizienz

dena zeichnete vorbildliche Energieeinsparprojekte der öffentlichen Hand aus

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) hat auf ihrem Energieeffizienzkongress in Berlin die Gewinner des Wettbewerbs „Energieeffizienz in öffentlichen Einrichtungen – Gute Beispiele 2013“ vorgestellt. Ausgezeichnet wurden der Freistaat Bayern für das Energieeinspar-Contracting in der Pinakothek der Moderne und die Landeshauptstadt Hannover für ihr Energieeinsparprojekt an 90 städtischen Schulen. Ebenso prämiert wurden die Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode für den Wettbewerb „Unser Dorf spart Strom“ sowie die Stadt Löhne für die Verbindung von energetischer Schulsanierung und Unterricht.

Der Wettbewerb ist mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 25.000 Euro dotiert und wurde von der dena mit Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag sowie Deutscher Städte- und Gemeindebund durchgeführt.

„Die Gewinnerprojekte lassen sich sehr gut übertragen, sodass sich andere Akteure daran ein Beispiel nehmen können“, sagte Stephan Kohler, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung. „Sie zeigen darüber hinaus die große Vielfalt möglicher Energieeffizienzmaßnahmen der öffentlichen Hand.“ Die Projekte wurden von einer Jury aus Experten von Bund, Ländern und Kommunen als gleichrangige Gewinner ausgewählt.

Der Freistaat als Gewinner

Die Pinakothek der Moderne spart jährlich 5.850 Megawattstunden Energie, ohne selber zu investieren: Durch ein Energieeinspar-Contracting-Projekt konnte die bayerische Gemäldegalerie ihre Energiekosten um rund 50 Prozent senken. Schwerpunkt der im Zuge des Contracting umgesetzten Energieeffizienzinvestitionen war die Klimatechnik. Die Abwärme der Kältemaschinen wurde für die Raumklimatisierung nutzbar gemacht. Auch die Regelungstechnik für Lüftung und Klimatisierung wurde optimiert. So konnte der Energiebedarf deutlich verringert werden. Weitere Energieeffizienzmaßnahmen führte der Contractor im Bereich Pumpensysteme und Beleuchtung durch. Zu-

sätzlich wurde ein Energiemanagement aufgebaut, mit dem nun systematisch weitere Energieeinsparungen erreicht werden.

Energieteams fahnden nach hohen Energieverbräuchen: Bereits vor fast 20 Jahren begannen Schüler, Lehrer und Hausmeister in Hannover, gemeinsam den Energieverbrauch ihrer Schulen zu untersuchen. Mittlerweile werden die Energieteams durch ein neues Anreizsystem zusätzlich motiviert und durch Energieberater professionell unterstützt. Gemeinsam entwickeln sie Energieeinsparmaßnahmen und setzen sie um. Dabei wird das Thema, zum Beispiel über Energierundgänge, handlungsorientiert in den Schulalltag integriert. Die an dem Projekt teilnehmenden Schulen sparen zusammen pro Jahr mehrere Hunderttausend Euro Energiekosten. Das kommt sowohl der Stadt als auch den Schulen zugute. Letztere werden über Prämien an den Einsparungen beteiligt. Der Fachbereich Gebäudemanagement der Stadtverwaltung koordiniert das Projekt.

Unser Dorf spart Strom: Unter diesem Motto haben die niedersächsischen Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode 2012 einen Stromsparwettbewerb für Dörfer durchgeführt. 32 Orte mit insgesamt fast 8.000 Haushalten nahmen teil. Gesucht wurde das Dorf mit dem niedrigsten Stromverbrauch pro Kopf. In den Orten organisierten Freiwillige – unter anderem aus Vereinen oder Feuerwehren – die Wettbewerbsteilnahme. Sie entwickelten Ideen, um die Haushalte zum Stromsparen zu motivieren, zum Beispiel Sammelbestellungen energieeffizienter

Landtechnikmesse Agritechnica in Hannover:

Positive Stimmung

Die Agritechnica 2013 hat die wachsende weltweite Bedeutung der Landwirtschaft und der Landtechnik eindrucksvoll demonstriert. Mit knapp 2.900 Ausstellern ist sie erneut gewachsen. Zudem suchten über 450.000 Landwirte, Landschaftsgärtner und -pfleger, Kommunalvertreter und andere Fachleute aus aller Welt das Messegelände in Hannover auf.

Zu den für den GaLaBau- und Kommunalsektor interessanten Ausstellungsbereichen zählten Traktoren und andere Geräteträger, Kommunal-, Forst- und Landschaftspflege-technik, Reifen und Räder, Bodenbearbeitung sowie Gebrauchsmaschinenhandel/Händlerzentrum/Werkstatt live.

Die Stimmung unter Ausstellern und Besuchern war positiv. Dies spiegelt sich in einer hohen Investitionsneigung wider. „Mehr als zwei Drittel der Landwirte schät-

zen einer neutralen Besucherumfrage zu Folge ihre aktuelle Betriebssituation als gut ein. Sie wollen in den nächsten beiden Jahren investieren“, betonte Hauptgeschäftsführer Dr. Reinhard Grandke vom Veranstalter DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft) zum Abschluss der internationalen Landtechnikmesse.

Mit einem Produktionsumsatz von voraussichtlich 8,2 Milliarden Euro und einem Wachstum von gut sieben Prozent haben die Hersteller von Landmaschinen

und Traktoren am Standort Deutschland 2013 ein neues Rekordwachstum erzielt. Und auch für 2014 prognostizieren die Statistiker des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau eine stabile Absatzentwicklung. Die gute Kapazitätsauslastung, die zur Zeit bei durchschnittlich 83 Prozent liegt, spricht hier eine klare Sprache.

Befragungen

Bestätigen können diesen Trend auch die anhaltend guten Ergebnisse des aktuellen CE-MA-Business-Barometers, einer monatlichen Befragung von Top-Entscheidern der europäischen Agrartechnikindustrie. So

wird die derzeitige Geschäftslage von 75 Prozent der Befragten als sehr gut, gut oder zumindest zufriedenstellend bewertet. Für das kommende Jahr rechnen 39 Prozent mit stabilen Verhältnissen im Sinne des Status quo, während weitere 35 Prozent sogar von einem anhaltenden Wachstumskurs ausgehen.

Wegweisende Position

Mit einem Anteil von annähernd 28 Prozent am europäischen Produktionsvolumen für Landtechnik nimmt der Fertigungsstandort Deutschland eine wegweisende Position ein. Ebenso erfreulich zeigt sich auch die Lage auf dem deutschen Markt, der seit gut drei Jahren signifikante Wachstumsraten für sich verzeichnen kann und in diesem Jahr voraussichtlich ein Marktvolumen von 5,6 Milliarden Euro erreichen wird.

Erkennbar bestimmen die Entwicklungen in der Elektronik und Sensorik heute überwiegend den Innovationsgrad von Maschinen und Systemen mit dem Ziel, Prozesse noch effizienter, präziser, umweltschonender und kostensparender zu gestalten. Fortschritte waren auf der Agritechnica insbesondere bei der Vernetzung der unterschiedlichen Systeme zu verzeichnen. „Smart Farming“ vermittelte Lösungen, unter anderem zu den Themen Datenmanagement, Navigation/Sensortechnik, optimierte Hardware und Regelung/Steuerung. **DK**

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten:

Neubestimmung von Grün in der Stadt

Für den Berufsstand der Landschaftsarchitekten ist es bedeutsam, die Diskussion um neue Arbeitsfelder und die Wirksamkeit von Landschaftsarchitektur zu befördern und stets aufs Neue qualitätsvolle Gestaltung im aktuellen Kontext unter Berücksichtigung der ästhetischen, räumlichen, sozialen oder ökologischen Komponenten einzufordern. Vor diesem Hintergrund hat der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) aus Anlass seines 100. Geburtstags eine 318-seitige Publikation mit dem Titel „StadtGrün“ veröffentlicht, die sich mit der städtischen Freiraumplanung auseinandersetzt.

47 Autorinnen und Autoren – Landschaftsarchitekten und Landschaftsplaner, aber auch Architekten und Stadtplaner, Gärtner, Ökologen und Juristen, praktisch Tätige und Lehrende, Kommunikationswissenschaftler und Journalisten – bieten ein breit gefächertes Angebot an Stimmen und Inhalten für die Leserschaft dieses von Almut Jirku herausgegebenen und im Fraunhofer IRB Verlag erschienenen Fachbuches.

Freiräume wichtig

In einem Vorwort weist bdla-Präsidentin Andrea Gebhard darauf hin, dass Freiräume das vergende Gerüst des öffentlichen Raumes seien, in dem sich das städtische Leben abspielt. Sie bildeten die Grundlage und den Rahmen, in dem Stadtkultur öf-

fentlich sichtbar werden kann. Dabei werde der öffentliche Raum zunehmend von den Bewohnerinnen und Bewohnern zurückerobert und als Bühne des städtischen Lebens genutzt. Vor diesem Hintergrund seien innovative und dynamische Ansätze zur räumlichen Gestaltung und Nutzungsmöglichkeiten der Freiräume zu entwickeln.

Vielfältige Aufgaben

Zugleich macht Andrea Gebhard deutlich, dass die Planungsaufgaben vielfältiger werden, teilweise diametral entgegengesetzt sind, vergleicht man zum Beispiel Wachstumsregionen, in denen eine qualitätsvolle und quantitativ verträgliche Verdichtung gefordert ist, und Regionen, wo Rückbau das Gebot der Zeit ist. **DK**

Naturnahe Gärten sind im Trend

GaLaBau 2014 zeigt alle Komponenten

Die Kinder spielen im Garten, naschen von Sträuchern und Bäumen, machen ihre eigenen aufregenden Naturerfahrungen und erforschen den heimischen Garten als Lebensraum von Pflanzen und Tieren – eine Vorstellung, die vielen Kunden von Garten- und Landschaftsbaubetrieben gefällt. Naturnahe Gärten sind im Trend – auch auf der GaLaBau 2014. Vom 17. bis 20. September 2014 stehen im Messezentrum Nürnberg wieder alle Zeichen auf Grün. Dann öffnet die GaLaBau zusammen mit ihren beiden Messetöchtern, den Fachteilen PLAYGROUND und Deutsche Golfplatztage, ihre Tore. Gezeigt wird das komplette Angebot für das Planen, Bauen und Pflegen von Gärten, Parks und Grünanlagen. Erwartet werden 62.000 Fachbesucher.

Eines ist sicher: Das Idealbild der Deutschen von ihrem Garten hat sich gewandelt. Der reine Nutzgarten spielt kaum noch eine Rolle und wurde nach und nach abgelöst von neuen Anforderungen an den Freiraum. Plätze zum Genießen, Erholen und zunehmend auch zur Naturbeobachtung stehen heutzutage auf der Wunschliste ganz oben. Diesen Trend haben Landschaftsgärtner längst erkannt und folgen ihm nicht nur, sondern bestimmen ihn maßgeblich mit. August Forster, Präsident des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL), bestätigt das: „Wir Landschaftsgärtner kennen uns nicht nur bestens mit der Gestaltung öffentlicher Grünanlagen aus. Insbesondere für Hausgärten sind wir die Experten. Mit unserer breiten Ausbildung beraten wir private Grundstückseigentümer diesbezüglich individuell, kompetent und umfassend. Auch dann, wenn es um die Anlage eines naturnahen Gartens geht, der ökologischen Ansprüchen genügt.“

Naturnahe Gärten: Flexibilität ist wichtig

Aber was ist eigentlich ein naturnaher Garten? Hier gehen die Ansichten auseinander und wohl jeder Grundstückseigentümer hat seine eigene Meinung. August Forster fordert von Landschaftsgärtnern daher Flexibilität: „Gerade in diesem Arbeitsfeld sollte man nicht in starren Mustern denken. Vielmehr gilt es, potenziellen Kunden genau zuzuhören. Gemeinsam mit den Bauherren werden dann ganz individuelle Konzepte für naturnahe Traumgärten entwickelt.“

Eine wichtige Rolle bei der naturnahen Gartengestaltung spielt in jedem Fall eine sensible Pflanzenauswahl. So ist etwa Kirschlorbeer, der aus Kleinasien stammt und dessen Samen giftig sind, in der exklusiven Hausgartengestaltung schon lange nicht mehr en vogue. Er macht im Garten heutzutage einheimischen Sträuchern wie Hagebutte und Holunder Platz. Ein Argument, das Kunden von Landschaftsgärtnern diesbezüglich häufig hören: Heimische Sträucher sind anspruchsloser und widerstandsfähiger gegen witterungsbedingte Einflüsse und Schädlinge. Diese Pflanzen sind aber nicht nur nütz-

lich, sondern sehen auch noch schön aus. Obendrein bieten sie viele Nist- und Nahrungsmöglichkeiten für Vögel und Kinder basteln liebend gern mit den Früchten und Samenständen.

GaLaBau-Betriebe: Nachhaltiges Arbeiten

Auch in Hinblick auf die Befestigung von Wegen und Plätzen punkten Landschaftsgärtner bei ihren Kunden mit ökologischer Kompetenz. So empfehlen sie anspruchsvollen Bauherren beispielsweise versickerungsfähige Pflasterflächen oder eine wassergebundene Wegedecke für weniger frequentierte Gartenbereiche. Was Standard in jedem modernen Garten- und Landschaftsbaubetrieb sein sollte und ein Zeichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt ist: Alle Hydraulik- und Schmierstoffe der im Unternehmen eingesetzten Maschinen und Geräte sind biologisch abbaubar.

Geräteträger MIC 26 C von Kärcher:

Vielseitig, beweglich und wirtschaftlich

Kärcher erweitert sein Angebot um einen kompakten und wendigen Geräteträger. Der universelle MIC 26 C wird in zwei Versionen angeboten – ohne oder mit Kabine, optional mit zusätzlicher Klimaanlage – und kann im Sommer- und Winterbetrieb eingesetzt werden. Die Einsatzmöglichkeiten orientieren sich an den Anforderungen im Garten- und Landschaftsbau, beispielsweise bei Gebäude- und kommunalen Dienstleistungen.

Die Maschine ohne Kabine ist vergleichsweise leicht; sie eignet sich deshalb besonders gut für die schonende Pflege und Bewirtschaftung von Grünflächen. Verschiedene Anbausätze stehen dafür zur Verfügung. Das sind unter anderem Mähwerke in mehreren Arbeitsbreiten und mit Mulchfunktion sowie Besen zur Entfernung von Wildkraut, etwa an Straßen- und Wegrändern. Ebenso vielfältig sind die Einsatzmöglichkeiten im Winterdienst. Streugut kann mit Teller- und Walzenstreuern ausgebracht werden. Für die Räumung von losem Pulverschnee wird eine Frontkehrwalze angeboten. Ein Schneeräumschild, ein Federklappenräumschild und ein V-Räumschild können abhängig von den örtlichen Bedingungen

bei nassem Schnee und bei größeren Schneemengen verwendet werden.

Umfangreiches Zubehör

Besonders umfangreich ist das optionale Zubehör für den Einsatz in der Flächenreinigung. Ausgestattet mit einer kompletten Kehrreinheit, bestehend aus Besensystem, Saugmund und Schmutzbehälter, wird der MIC 26 C zu einer vollwertigen Kehrsaugmaschine mit einer Leistung von 14.000 m³/h. Um bei der Arbeit das Aufwirbeln von Staub zu reduzieren, kann Wasser zerstäubt werden. Eine weitere Ausbaumöglichkeit ist die Vorbereitung für bzw. der Einbau eines Hochdruckreinigers zur Nassreinigung von

Straßenbelägen, aber auch von Maschinen und Werkzeug. Für alle Anbauteile gilt: Das Umrüsten ist dank eines Schnellwechsel-Systems werkzeuglos und ohne großen Aufwand möglich.

Das sehr kompakte Fahrzeug ist als Knicklenker aufgebaut. Der innere Wendekreis beträgt damit nur 75 cm, was die Arbeit auf engen Straßen und schmalen Wegen deutlich erleichtert. Ein Allradantrieb und der 26 PS starke Dieselmotor sorgen für agiles Fahrverhalten, eine gute Steigfähigkeit bis 25 Prozent und Beweglichkeit auch im unebenen Gelände. Die Arbeitszeit mit einer Tankfüllung (37 l) beträgt über 10 Stunden.

Modularer Aufbau

Der offene Führerstand bietet eine sehr gute Sicht auf die Anbausätze und die Umgebung. Die Sicherheit des Bedieners erhöht ein Überrollbügel. Beispielsweise für den einfachen Transport der Maschine auf ei-

46. Veitshöchheimer Landespflegetage in Würzburg mit Fachausstellung

„GaLaBau – weil wir es uns wert sind!“ lautet das Motto der diesjährigen Veitshöchheimer Landespflegetage am 5. und 6. Februar im Vogel Convention Center in Würzburg. Parallel zu dieser traditionsreichen Fachtagung findet eine Fachausstellung statt, die Gelegenheit bietet, Kontakte mit Herstellern und Lieferfirmen zu knüpfen sowie sich über deren Produkte zu informieren.

Unter der Überschrift „Wertiges Grün“ greifen am ersten Veranstaltungstag Angelika Eppelhotz und Birgit Rosenberger-Rausch mit ihren Vorträgen über die Bepflanzung von Kiesgärten und von Verkehrsbegleitflächen ein aktuelles Gestaltungsthema auf. Vom Licht in den Schatten wechseln Dr. Philipp Schönfeld und Andreas Schulte, die Bepflanzungskonzepte für schattige Dächer bzw. für den Gehölzrand präsentieren.

Energiewende

Mit dem Schlagwort „Wertgeschätzte Ressourcen“ steht sodann die heftig diskutierte Energiewende im Zentrum der Aufmerksamkeit: Martin Degenbeck wird einige interessante Alternativpflanzen zum vielgescholtenen Mais für die Biogaserzeugung vorstellen. Ina Dick hat in über 40 GaLaBau-Unternehmen Daten zum Energieverbrauch erhoben und wird dadurch Ansatzpunkte aufzeigen, wo sich die Verschwendung am ehesten verringern lässt. Über ihre Wege bei der Gewinnung neuer Mitarbeiter – dem zweifellos wichtigsten Produktionsfaktor im Landschaftsbau – berichten wiederum drei GaLaBau-Praktiker:



Der Kärcher MIC 26 C mit Kabine. □

nem Anhänger lässt sich dieser auch abklappen. Praktisch ist die serienmäßige Ausstattung mit zwei getrennten Hydraulikkreisläufen (mit Füllmengen von 40 bzw. 12 l) für den Betrieb der Anbauteile. Entsprechende Anschlüsse befinden sich im Frontbereich; für den zweiten Kreislauf gibt es am Heck des Fahr-

zeuges eine zusätzliche Anschlussmöglichkeit.

Der modulare Aufbau des Geräteträgers lässt viele individuelle, genau auf Kundenwünsche zugeschnittene Konfigurationen zu. Alle Zubehöerteile und Anbausätze können aber auch zu einem späteren Zeitpunkt nachgerüstet werden. □

Kommunale Branchenlösungen mit Aufbauherstellern

Auf- und Anbauvarianten für den Kommunaleinsatz von Daimler auf der IFAT 2014

Die Daimler AG zeigt auf der IFAT 2014 in München vom 5. bis 9. Mai (siehe auch Seite 12) gemeinsam mit Aufbauherstellern eine Vielzahl von spezifischen Branchenlösungen für jede Jahreszeit. Die ausgestellten Fahrzeuge demonstrieren, dass sie sich dank unterschiedlicher Auf- und Anbauten für zahlreiche kommunale Einsätze eignen.

Neben Abfallsammelfahrzeugen und Kehrmaschinen ist auch eine umfangreiche Palette an Winterdienst-Ausrüstung zu sehen. Zu den langjährigen Partnern aus der Aufbaubranche gehören Spezialisten wie Palfinger, die unter anderem anhand eines Arocs Abroller und eines Arocs Ladekran-Kippers Einsätze für den Straßenbetriebsdienst demonstrieren.

Neue Konzepte für Abfallsammelfahrzeuge

Ausgestellt ist auch ein neuer Atego mit Kehrmaschine von Bucher-Schörling sowie ein Actros Saugspülfahrzeug von Müller Umwelttechnik.

Faun zeigt mehrere Aufbauva-

rianten, darunter einen umweltfreundlichen Eonic als Abfallsammelfahrzeug. Auch die Firma HS Fahrzeugbau stellt eine Lösung für ein Abfallsammelkonzept auf Daimler-Fahrgestell vor. Weitere Abfallsammelfahrzeuge sind auf der Basis des neuen Fuso Canter zu sehen. Die F. X. Meiller Fahrzeug- und Maschinenfabrik - Europas Marktführer für Kippaufbauten - rüstet den neuen Sprinter als Krankipper aus.

Unimog-Geräteträger im Ganzjahreseinsatz

Die neuen Unimog-Geräteträger demonstrieren ihre Stärken sowohl für Einsätze im Sommer wie auch im Winter.

Der Unimog U 218 als neuer kleinster Vertreter der Unimog Geräteträgerbaureihe ist - ausgestattet mit Schneeflug und Streuer der Firma Aebi Schmidt - im Winterdienst für Kommunen und Gemeinden sowie Dienstleister gerade unter den beengten Platzverhältnissen mit seinen kompakten Abmessungen und einem Wendekreis von 12,60 m innerorts prädestiniert.

Messepremiere auf der IFAT hat der U 527 als neuer größter Vertreter der Unimog Geräteträger, welcher als Profi-Mähfahrzeug für das Straßenbegleitgrün auf Autobahnen mit einer Trio-Ausleger-Mähkombination der Firma Mulag präsentiert wird.

Weitere branchenspezifische Lösungen für den Ganzjahreseinsatz rund um die neue Geräteträgerbaureihe finden sich beispielsweise bei den Aufbau- und Gerätepartnern Schmidt, Mulag und Dücker sowie Gmeiner.



Unimog wird auch 2014 wieder auf der IFAT vertreten sein.

Dienstleistungen rund um das Kommunalfahrzeug

Leasing als Alternative für Kommunen

Auf der IFAT 2014 in München können sich die Fachbesucher über die vielfältigen Dienstleistungspakete informieren, die die Daimler AG für die Betreiber von Kommunalfahrzeugflotten zur Verfügung stellt. Dabei geht es u. a. sowohl um Finanzierungs- und Leasingangebote der Mercedes-Benz Bank wie auch um CharterWay-Neuheiten und TruckWorks-Servicemodule.

Finanzierung: Flexibel durch Optionen

Die maßgeschneiderten Finanzierungsmodelle der Mercedes-Benz Bank tragen deutlich zur Entlastung öffentlicher Haushalte sowie privater Entsorgungs- und Straßendienstunternehmen bei. Bei den Angeboten steht der „Klassiker“ Standard-Finanzierung mit attraktiven Konditionen und frei wählbaren Laufzeiten weiterhin im Mittelpunkt. Anzahlung, Laufzeit und Monatsraten werden bei Vertragsbeginn

festgelegt und bieten eine hohe Planungssicherheit.

Mit der Plus3-Finanzierung stehen dem Vertragspartner drei Optionen offen: am Ende der Vertragslaufzeit Verkauf des Fahrzeuges nach Begleichung der Schlussrate, Rückkauf durch den Händler zum vertraglichen Rückkaufwert oder Übernahme durch Zahlung der Schlussrate.

Bei der Saisonraten-Finanzierung orientiert sich die Ratenhöhe am saisonalen Geschäftsverlauf des Kunden. Besonders geringe monatliche Raten und

größtmögliche Flexibilität am Vertragsende bietet die Schlussraten-Finanzierung. Dabei wird bei Vertragsabschluss aufgrund der Vertragslaufzeit und der voraussichtlichen Kilometer-Leistung eine entsprechende Schlussrate kalkuliert.

Niedrige monatliche Raten

Das klassische Leasing ist die bevorzugte Alternative zu Finanzierung oder Barkauf, wenn der Erhalt der Liquidität, steuerliche Vorteile oder die Aktualität des Fuhrparks berücksichtigt werden sollen. Da nur für die Nutzung des Fahrzeuges zu zahlen ist, sind die monatlichen Raten niedrig und in vollem Umfang steuerlich absetzbar. Im Service-Leasing werden Werkstatt-Dienstleistungen mit den Vorteilen des Leasings kombiniert. So lässt sich mit nur einem Vertrag ein wesentlicher Teil der Betriebskosten abdecken.

Mit dem Mercedes-Benz Bank Kommunal-Leasing können auch öffentliche Einrichtungen wie städtische oder kommunale Verkehrsbetriebe von den Vorzügen des Leasings profitieren. Dank niedriger Monatsraten bleiben die Kosten überschaubar und der Fuhrpark immer auf neuestem Stand.

CharterWay: Branchenfahrzeuge in der Mietflotte

CharterWay informiert über individuell kombinierbare Dienstleistungen rund um die Nutzfahrzeuge von Mercedes-Benz. Zur Auswahl stehen Komplettlösungen von der Fahrzeugbeschaffung über die Sicherung von Mobilität und Wirtschaftlichkeit bis hin zur administrativen Entlastung.

Der umfangreiche Miet-Pool umfasst eine Vielzahl von speziellen Fahrzeugkombinationen für die Abfallentsorgung sowie für den Sommer- und Winterdienst, die vom Standard- bis hin zum Branchenfahrzeug mit passendem Anhänger oder Auflieger reichen.

TruckWorks: Lkw und Aufbau im Visier

Gemeinsam mit zahlreichen bundesweit vernetzten Kooperationspartnern bietet TruckWorks für jede Situation den passenden Service an. Das gilt für Transporter und Zugmaschinen wie auch für Anhänger, Auflieger, Aufbauten, Ladebordwände und andere Komponenten. Der TruckWorks Notdienst ist rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr mit kompetenter Hilfe im Einsatz.

Holder Winter-Roadshow 2014

Lösungen für den Winterdienst live erleben

Vom 23. Januar bis zum 27. März findet die 3. Holder Winter-Roadshow in ausgewählten Höhenlagen der Länder Deutschland, Österreich und Tschechien statt.

In Fachgesprächen und kommentierten Präsentationen stellen Holder und Anbaupartner unter anderem die neuesten Entwicklungen rund um das Räumschild, die Frontkehrwalze, die Schneefräsche und den

Eiskratzer vor. Weitere Anwendungen aus dem kommunalen Sektor, wie z. B. Kehren und Mähen, werden ebenfalls vorgestellt.

Die Veranstaltung richtet sich an Entscheider in Kommunen

und Bauhöfen sowie in Dienstleistungs- und Facility-Unternehmen, die nach kosteneffizienten und nachhaltigen Lösungen im Winterdienst suchen.

Natürlich sind auch interessierte Fahrer willkommen. Auf der Winter-Roadshow lassen sich Qualität und Komfort der Geräte selbst erfahren - im wahrsten Sinne des Wortes. Die multifunktionalen Geräte können von den Besuchern unter realen Bedingungen getestet werden. Beim Fräsen, Räumen und Schneekehren sowie beim Streuen von Sand, Splitt und Sole lässt sich die Leistungsfähigkeit der knickgelenkten Geräteträger gezielt in Augenschein nehmen.

Individuelle Fachgespräche mit Holder-Mitarbeitern vor Ort möglich

Außerdem besteht die Möglichkeit, mit Holder-Mitarbeitern und Vertriebspartnern individuelle Fachgespräche zu führen. Anschauliche Präsentationen und ausführliches Infomaterial runden das Programm ab.

Stationen und Termine in Deutschland:

- 11.02.2014 - Parkplatz Geiß-



Bei der Holder Winter Road Show können Fachbesucher Wintergeräte unter realen Bedingungen selber testen.

kopfbahn, Unterbreitenau 5, 94253 Bischofsmais

- 12.02.2014 - Max Aicher Arena, Reichenhaller Str. 79, 83334 Inzell
- 13.02.2014 - Auf dem Berg, Matthäus Günther Platz 2, 82383 Hohenpeißenberg
- 27.03.2014 - Feldberg, Haus der Natur

Teilnehmerkreis: Fach- und

Führungskräfte aus den Bereichen Öffentliche Verwaltung, Bau- und Kommunalhöfe, Garten- und Landschaftsbau und Facility-Management sowie Fahrer von Geräteträgern. Die Teilnahme ist kostenfrei, um Anmeldung wird gebeten.

Weitere Informationen unter: www.max-holder.com



Ministerpräsident Kretschmann fährt Mercedes-Benz B-Klasse mit Brennstoffzellenantrieb

„Mit dem bewussten Einsatz emissionsfreier Technik setzen wir ein Zeichen für die Zukunft“, sagte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei der offiziellen Übergabe seines neuen Berliner Dienstfahrzeuges vor der Berliner Landesvertretung. Künftig fährt er in der Hauptstadt eine Mercedes-Benz B-Klasse F-CELL mit Brennstoffzellenantrieb.



Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6.

Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. www.neuerunimog.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Jahrespressekonferenz des Abfallwirtschaftsbetriebs München:

Bilanz und Ausblick

Auf ein ereignisreiches und gleichzeitig sehr erfolgreiches Jahr 2013“ blickt der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) zurück. Wie Zweiter Werkleiter Helmut Schmidt bei der Jahresabschlusspressekonferenz in der Landeshauptstadt ausführte, lagen die Schwerpunkte dabei unter anderem auf einer kräftigen Gebührensenkung, der Eröffnung des ersten Münchner Großmengen-Wertstoffhofes und der ganzjährigen AWM-Markenkampagne „Ihr Abfall – unsere Verantwortung“.

„Der AWM startete mit einer deutlichen Gebührensenkung für die Münchner Bürgerinnen und Bürger ins Jahr 2013“, bilanzierte Schmidt. Zum 1. Januar 2013 sanken die Müllgebühren in München um ca. 17,3 Prozent. Seit 2005 war das die fünfte Müllgebührensenkung in Folge bei den Müllgroßbehältern und die vierte Gebührensensung bei den Kleinbehältern. Die reduzierte Gebühr bleibt bis Ende 2015 konstant und beinhaltet wie bisher die regelmäßige Abfuhr der Papier- und Biotonnen sowie die Benutzung der Wertstoffhöfe und des Giftmobils.

Am 2. Januar 2013 eröffnete der AWM in Freimann den ersten Großmengen-Wertstoffhof Münchens. Neben dem normalen Annahmespektrum städtischer Wertstoffhöfe, das dort ebenfalls gebührenfrei angeliefert werden darf, können Bürgerinnen und Bürger an der Lindberghstraße Sperrmüll und Wertstoffe aus privaten Münchner Haushalten auch in größeren Mengen gegen Gebühr abgeben. Dieses Angebot werde seit der Eröffnung gerne genutzt, berichtete Schmidt.

Neue AWM-App

Seit Februar vergangenen Jahres bietet der AWM mit der neuen AWM-App für Android-Smartphones und iPhones die Premium-Inhalte seiner Homepage auch für unterwegs an. Damit sind etwa der Abfuhrkalender, die Öffnungszeiten und Standorte der Wertstoffhöfe, der Giftmobilmfahrplan, das Abfalllexikon und die aktuellsten Informationen des AWM auch mobil verfügbar.

Nach mehr als drei Jahren betriebsbedingter Schließung öffnete im April der unterdessen renovierte Wertstoffhof an der Savitsstraße planmäßig wieder seine Tore. Im Zuge von Bauarbeiten an der AWM-Zentrale diente der Wertstoffhof Savitsstraße als Ersatzbetriebshof für die Problemstoffannahme und beherbergte von Mai 2010 bis April 2013 Problemstoffcontainer, Transportfahrzeuge sowie die Giftmobile des AWM.

Im Juli 2013 startete der AWM mit der kommunalen Sammlung von Alttextilien. Mit dem Vorhaben will der kommunale Eigenbetrieb AWM eine höhere Recyclingquote erzielen, wie sie der Gesetzgeber mit der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Mitte 2012 vorgegeben hat. Auch illegalen Altkleidersammlungen soll auf diesem Wege Einhalt geboten werden. Bisher wurden stadtweit rund 250

Standplätze mit Alttextil-Sammelcontainern ausgestattet - weitere Standorte sollen folgen. Überschüsse aus der Alttextilsammlung werden für die Stabilisierung der Münchner Müllgebühren eingesetzt.

Müllautos für Aleppo

Ein „gesellschaftliches Highlight“ für den AWM war Schmidt zufolge die Übergabe von vier Müllautos für Aleppo im Juli 2013 an den Vorsitzenden des Orienthelfer e. V., den Münchner Kabarettisten Christian Springer. An der türkisch-syrischen Grenze wurde der Fahrzeugkonvoi im Rahmen eines Festaktes an den amtierenden Bürgermeister Aleppos übergeben. „Die Fahrzeuge sind nach wie vor im Einsatz“, versicherte Christian Springer erst kürzlich dem AWM.

Nachhaltigkeitsbericht

In einer kurzen Vorschau für das Jahr 2014 wies Schmidt darauf hin, dass der AWM als erster kommunaler Betrieb der Stadt München im Frühjahr mit dem sog. Nachhaltigkeitsbericht eine umfassende Dokumentation seiner unternehmerischen Verantwortung vorlegen werde. Der Nachhaltigkeitsbericht enthält eine sog. Entsprechenserklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). Auf diese Weise mache der AWM seine Nachhaltigkeitsleistung verbindlich und auch überregional vergleichbar.

Eröffnung des zweiten Großmengen-Wertstoffhofs

Nach einer planmäßigen Bauzeit von 18 Monaten wird im Herbst 2014 in Langwied der zweite Münchner Großmengen-Wertstoffhof eröffnet werden. Auf einer Grundstücksfläche von ca. 28.000 m² werden ein Betriebs- und Personalgebäude, ein Lagergebäude für Problemstoffe, eine Containerstellfläche für ca. 60 Wertstoff-Container sowie eine Verkehrs- und Rangierfläche mit ca. 60 Kundenparkplätzen situiert. Räumlich getrennt vom öffentlich zugänglichen Wertstoffhof werden außerdem ein Abstellplatz für Leer- und Reservecontainer sowie die Mitarbeiterstellplätze mit den jeweiligen Erschließungsflächen angelegt.

Eine spektakuläre Stahlkonstruktion mit einer aufliegenden Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung werde dem neuen Großmengen-Wertstoffhof nicht nur Signifikanz verleihen, sondern

mit dem Wechsel aus offenen und geschlossenen Flächen auch eine wirksame Kombination aus natürlicher Beleuchtung und Belüftung, Witterungsschutz und Energiegewinnung verleihen, erläuterte Schmidt. Im Laufe des Jahres 2014 werde außerdem der Wertstoffhof an der Mauerseglerstraße deutlich vergrößert.

Die angekündigte Novelle des Wertstoffgesetzes soll nach Auffassung der Kommunen dazu genutzt werden, die wenig praktikable Trennung von kommunaler und privater Zuständigkeit aufzuheben. „Eine ökoeffiziente und soziale Kreislaufwirtschaft kann nur aufgebaut werden, wenn künftig die Kommunen wieder für die gesamten Siedlungsabfälle zuständig sind. Nur unter kommunaler Verantwortung mit bedarfsorientierter

EAR-Zahlen aus 2012 belegen Negativ-Trend

bvse: Immer weniger Elektroaltgeräte werden verwertet

Das Rücknahmesystem für Elektroaltgeräte funktioniert grundsätzlich, wird von der stiftung elektro-altgeräte register (stiftung ear) publiziert. Die EAR ist die „Gemeinsame Stelle der Hersteller“ im Sinne des ElektroG. Vom Umweltbundesamt mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben betraut, registriert die stiftung ear die Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten und koordiniert die Bereitstellung der Sammelbehälter und die Abholung der Altgeräte bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern in der gesamten Bundesrepublik Deutschland..

Tatsache sei aber, dass die erfassten und verwerteten Mengen seit Jahren rückläufig sind. Ursache hierfür sind nach Expertenansicht einerseits die schlechten Sammelstrukturen für Elektrogeräte, sie seien „weder bürgernah noch flexibel“. „Andererseits werden zu viele Altgeräte durch ungenehmigte Sammlungen abgegriffen und im ungünstigsten Fall illegal exportiert“, erläuterte bvse-Vizepräsident Klaus Müller.

„Aus gegebenem Anlass möchten wir Sie bitten“, schreibt die Gemeinsame Stelle der Hersteller, „von telefonischen wie schriftlichen Sachstandsanfragen abzusehen, da sie die Bearbeitungsdauer insgesamt verlängern. Ihre Unterlagen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs bei uns bearbeitet“, als wolle sie ihre Kundenferne unter Beweis stellen.

Neue Kostenverordnung

Die neue Kostenverordnung zum ElektroG (ElektroGKostV) trat im Dezember in Kraft. Mit Erlass der sechsten Änderungsverordnung zur ElektroGKostV verteuerten sich erneut die Gebühren für Abhol- und Bereitstellungsanordnungen. Trotz Kosteneinsparungen seitens der stiftung ear in Höhe von 4 % sei die erneute Gebührenerhöhung erforderlich gewesen, da die Anzahl der Optionen der öRE weiterhin kontinuu-

Einbeziehung privater Entsorger kann ein Wandel der Abfall- hin zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft vollzogen werden“, hob Werkleiter Schmidt in seiner Funktion als Vorstand der Landesgruppe Bayern des VKS im VKU hervor.

„Der Abfallwirtschaftsbetrieb München wird dem eingeschlagenen Weg weiterhin treu bleiben und alles daran setzen, dass die Abfallwirtschaft als wichtiger Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge auch künftig in kommunaler Hand bleibt“, machte Axel Markwardt, Kommunalreferent und Erster Werkleiter des AWM deutlich. Auf dem Weg hin zum Aufbau einer ressourcenschonenden Wertstoffwirtschaft sei die nächste Zielmarke bereits gesetzt: „Als erste Millionenstadt Deutschlands will München eine Recyclingquote von 65 Prozent für alle Siedlungsabfälle erreichen, wie sie das Kreislaufwirtschaftsgesetz spätestens bis zum Jahr 2020 vorschreibt.“

DK

Neue Studie des bifa Umweltinstituts:

Abfallaufkommen in Bayern - Prognose 2016 und 2023

Prognosen für 2016 und 2023 über das Abfallaufkommen in Bayern stellt eine neue Studie des bifa Umweltinstituts bereit. Das vorliegende Gutachten bildet damit einen bedeutenden Baustein zur künftigen Gestaltung der Entsorgungslandschaft in Bayern. Die Studie wurde im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz durchgeführt.

Vor einigen Jahren bereits war eine entsprechende Vorgängerstudie für die Abfallaufkommensprognose 2010 bzw. 2016 erfolgt. An deren erprobtes und erfolgreiches Untersuchungsdesign lehnte sich das bifa Umweltinstitut in seiner neuesten Studie an.

Zielsetzung des Gutachtens war die Ermittlung hinreichend verlässlicher Prognosen über die zu erwartenden Mengen der aus Sicht der öffentlichen Daseinsvorsorge wichtigsten Abfälle in Bayern. Darüber hinaus wurden auch Abfälle, die zwar nicht der Überlassungspflicht an die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften unterliegen, aber aus anderen Gründen von Interesse sind, in die Betrachtungen eingeschlossen.

Hauptgegenstand der Prognose sind die in den jeweiligen Zeiträumen zu erwartenden abfallwirtschaftlichen Veränderungen, bedingt durch gesellschaftliche, ökologische, ökonomische und technische Einflussfaktoren. Im Speziellen wurden die relevanten, schwer einschätzbaren Einflüsse berücksichtigt, die aus der bestehenden und im Prognosezeitraum zu erwartenden Normgebung bzw. politischen Rahmensezung resultieren.

Ableitung von Szenarien

Aus den Veränderungspotenzialen der relevanten Einflussfaktoren wurden Szenarien abgeleitet und mögliche Veränderungen der Mengenströme und Mengenkorridore prognostiziert. Zur Prognose der Siedlungsabfälle wurden einerseits ein Maximalmengenszenario und andererseits ein Minimalmengenszenario gebildet. Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden Szenarien ist vor allem die Weiterentwicklung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG).

Wesentliche Vorgaben des KrWG lauten wie folgt: Bis zum Jahr 2020 sollen 65 % aller Siedlungsabfälle recycelt und 70 % aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden. Damit liegt Deutschland über der durch die EU vorgegebenen Recycling-Quote. Ende 2016 wird darüber

hinaus geprüft, ob die Verwertungsquote für Bau- und Abbruchabfälle weiter gesteigert werden kann. Spätestens ab dem Jahr 2015 müssen flächendeckend Bioabfälle sowie Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfälle getrennt gesammelt werden. Die Getrenntsammlungspflicht steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt der technischen Möglichkeit und wirtschaftlichen Zumutbarkeit.

Kreislaufwirtschaftsgesetz

Kommunen bleiben gemäß KrWG umfassend verantwortlich für die Hausmüllentsorgung. Gewerbliche Sammlungen von verwertbaren Haushaltsabfällen sind zukünftig nur zulässig, wenn die Erfüllung der kommunalen Entsorgungsaufgaben nicht gefährdet wird. Es wird die Rechtsgrundlage für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne“ geschaffen. Danach sollen Haushalte künftig Verpackungen und sonstige Abfälle aus den gleichen Materialien in einer einheitlichen Wertstofftonne entsorgen können. Damit könnten Wertstoffe aus dem Hausmüll einfacher, in besserer Qualität und in größerer Menge erfasst werden.

Unbestimmte Entwicklung

Laut bifa sind die Entwicklungen im Rahmen des neuen KrWG noch in weiten Bereichen unbestimmt, so insbesondere die genaue Umsetzung der „Gleichwertigkeitsklausel“ (Bestimmung und Wertung der Gleichwertigkeitskriterien), eine mögliche Regelungsanpassung gemäß „Revisionsklausel“ und schließlich das Ob und Wie einer Wertstofftonne bzw. einheitlichen Wertstofftonne im Rahmen eines neuen Wertstoffgesetzes.

„Daher gehen wir für die Abfallmengenprognose davon aus, dass ein breiter Korridor besteht im Hinblick auf mögliche Entwicklungen einer weitergehenden „Liberalisierung“ der Abfallwirtschaft respektive einer Erhaltung des Status quo unter der Ägide der öffentlichen Daseinsvorsorge respektive „(Re-) Kommunalisierung“.

DK

IFAT 2014 in München:

Neue Maßstäbe

Auf der weltweit wichtigsten Fachmesse für Innovationen und Dienstleistungen in den Bereichen Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft IFAT, die vom 5. bis 9. Mai in München stattfindet, zeigt die Branche ihr komplettes Angebot. Dieses Ausstellungsspektrum ist lückenlos von A bis Z besetzt - von Anlagen zur Abwasserbehandlung bis zu Zerkleinerungsmaschinen. Moderne, zukunftsorientierte Umwelttechnik wird für alle Anwendungsfelder umfassend angeboten.

Mit einer Fläche von 230.000 Quadratmetern legt die Veranstaltung im Vergleich zu 2012 nochmals um 15.000 Quadratmeter zu. Allerdings wird trotz der Flächenerweiterung in einigen Segmenten nach wie vor eine Warteliste geführt. Auch bei den Ausstellern wird mit rund 3.000 Unternehmen aus 50 Ländern eine neue Bestmarke erwartet. Zudem werden insgesamt 56 Gemeinschaftsbeteiligungen aus 13 Ländern teilnehmen.

Enorme Resonanz

Silvia Fritscher, Projektleiterin der IFAT, ist optimistisch, dass „in diesem Zusammenhang der Anteil internationaler Aussteller im Vergleich zu den Vorveranstaltungen weiter zunehmen wird. Die Resonanz der Aussteller, vor allem auch der internationalen, ist wirklich enorm.“ Zur IFAT 2012 lag der Anteil internationaler Unternehmen bei 39 Prozent.

Weitere Informationen unter www.ifat.de

□



Ihr Komplett-Entsorger
für Kommunen
Gewerbe und Haushalt

Container-Dienst

Gewerbe-Entsorgung

Müll-Entsorgung

Schrott - Metalle

Sondermüll ...

Nützen Sie unsere kostenlose Fachberatung
Tel. 08171-93380

82538 GERETSRIED
Tel. 08171-93380
Fax 08171-933820
info@ehgartner.de · www.ehgartner.de

■ GERETSRIED
■ FORSTINNING

© Zwillinger

Abfallverwertung Augsburg:

Lechwerke verkaufen Anteile an der AVA

Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg und die Stadt Augsburg übernehmen Anteile zum 1. Januar 2015

Die Lechwerke AG (LEW) hat mit den Landkreisen Augsburg, Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg einen Vertrag zur Übertragung ihres rund 25-prozentigen Anteils an der Abfallverwertung Augsburg GmbH (AVA) zum 1. Januar 2015 abgeschlossen. LEW ist seit der Gründung der AVA 1991 über die Tochtergesellschaft Schwäbische Entsorgungsgesellschaft mbH (SE) einer der Gesellschafter der Abfallverwertung. Die Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg sowie die Stadt Augsburg halten über den Abfallzweckverband Augsburg (AZV) die restlichen Anteile an der AVA.

Bis zur Übertragung der Anteile nimmt LEW wie bisher auch über die SE ihre Funktion als Gesellschafter wahr. Über die Höhe des Kaufpreises vereinbarten die Vertragsparteien Stillschweigen. Die Stadt Augsburg sowie die beiden Landkreise übernehmen die Anteile im Ver-

hältnis ihrer Beteiligung am AZV.

Erfolgreicher Weg

Dr. Markus Litpfer, LEW-Vorstandsmitglied und stellvertretender Aufsichtsrat der AVA: „Die Lechwerke haben mehr als 20

Jahre die AVA begleitet. Unsere Verantwortung als Gesellschafter nehmen wir bis zur planmäßigen Übertragung der Anteile am 1. Januar 2015 wahr. Wir wünschen dem AZV und seinen Mitgliedern, dass sie den erfolgreich eingeschlagenen Weg der AVA fortsetzen.“

Kompetenter Partner

Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl begrüßte in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der AVA die Vereinbarung: „Die Lechwerke waren und sind ein verlässlicher und kompetenter Partner der AVA. Mit ihrem Know-how und dem finanziellen Engagement hatte

LEW entscheidenden Anteil an Entwicklung und Bau der AVA Anfang der 90er Jahre.“

„Wir freuen uns, dass die Lechwerke signalisiert haben, auch nach dem Ausstieg aus der AVA den Gebietskörperschaften weiterhin mit Rat und Tat in allen energiewirtschaftlichen Fragestellungen zur Verfügung zu stehen“, sagte Augsburgs Landrat Martin Sailer für den AZV, als Zusammenschluss der Stadt Augsburg und der Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg.

Kommunale Belange

„Die Lechwerke standen kommunalen Belangen immer Gesprächsbereit gegenüber. Mit der nun erzielten Einigung wird die AVA künftig ganz in kommunaler Verantwortung geführt werden“, so Landrat Christian Knauer.

LEW hatte die über ihre 100-prozentige Tochter SE gehaltene Beteiligung an der Abfallverwertung Augsburg bereits Ende 2010 von 49 Prozent auf 25,01 Prozent reduziert. □

Veranstaltungshinweis:

Baustoff Recycling Forum und 1. bvse-Mineraliktag

25./26. Februar 2014 in München

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. veranstaltet in Kooperation mit dem Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse) das Bayerische Baustoff Recycling Forum am 25. Februar 2014 mit den Themen:

- Kreislaufwirtschaft, BayAbfG, Vorbildfunktion der öffentlichen Hand
 - Qualitätssicherung, Zertifizierung, Einbaukriterien
 - Recycling - Verfüllung - Deponie in Bayern.
- Ebenfalls veranstaltet wird der 1. bvse-Mineraliktag am 26. Februar 2014 mit den Themen:**
- Recyclingbaustoffe im Vergaberecht/Ausschreibungen
 - Anlagengenehmigung in der Praxis (BImSchV, AwSV)
 - Probennahme bei Bau- und Abbruchabfällen/Böden
 - Ersatzbaustoffverordnung/BBodSchV: Stand der Diskussion in München.

In den vergangenen Jahren hat sich das Bayerische Baustoff Recycling Forum mit jährlich ca. 200 Teilnehmern für Aufbereiter, Planer, Bauherren und auch für die öffentliche Verwaltung zu der Informationsplattform für Recycling und Verwertung von mineralischen Abfällen in Bayern entwickelt. Nach Gründung des bvse-Fachverbandes „Mineralik – Recycling und Verwertung“ im September 2013 wird nun das bayerische Forum um den 1. bvse-Mineraliktag erweitert.

An beiden Tagen bietet sich die Gelegenheit, sich kompakt und umfassend zu den oben genannten Themen zu informieren. Anmeldungen zu den Veranstaltungen sind ab sofort möglich.

Weitere Informationen unter <http://www.baustoffrecycling-bayern.de> □



Der neue Landratsamt Bürgerservice im Arlt-Gebäude in Nördlingen. □

zeiten mit der über die Mittagszeit durchgehenden Öffnung. Der neue Landratsamt Bürgerservice steht am Montag von 7:30 bis 16:00 Uhr, am Dienstag von 7:30 bis 14:00 Uhr, am Mittwoch von 7:30 bis 12:30, am Donnerstag von 7:30 bis 17:30 und am Freitag von 7:30 bis 12:30 allen Bürgern zur Verfügung.

Hervorzuheben ist weiterhin der Servicegedanke. Der neue Bürgerservice ist barrierefrei und auf kurzen Wegen erreichbar. Es steht die Verbindung von bürger-naher, moderner Dienstleistung mit kompetentem Service im Vordergrund. Freundliche Ansprechpartner helfen bei allen Zuständigkeitsfragen und sorgen für eine schnelle und kompetente Erledigung aller Anliegen. Nach wie vor soll der Landratsamt Bürgerservice die erste Anlaufstelle vor allem für die Bürger

aus dem Ries sein und lange Wege zum Landratsamt in Donauwörth ersparen.

Als weitere Serviceleistung ist die Onlinereservierung von Terminen und von Wunschkennzeichen unter www.donau-ries.de zu nennen.

Neben allen Zulassungsvorgängen können die Dienstleistungen des bisherigen Bürgerbüros im Bereich der Abfallwirtschaftsverbände, der Ausbildungsförderung, des Ausländerwesens, des Baurechts, von Beglaubigungen, des Beschwerdemanagements, von Fahrtkostenerstattung, des Ferienlandes Donau-Ries, des Führerscheinwesens, des Gewerberechts, der Grundsicherung/Sozialhilfe, des Jugendamtes, des Jagdwesens, des Servicetelefon, des Waffenrechts und des Wohngeldes in Anspruch genommen werden. □

Altpapier:

bvse sieht noch Chancen für eine End-of-Waste-Verordnung

Zur Ablehnung des Vorschlags der EU-Kommission für End-of-Waste-Kriterien für Altpapier durch das Europäische Parlament erklärte bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Papierrecycling, Reinhold Schmidt: „Nun hat sich bewahrheitet, was sich schon im letzten Jahr seit der unglücklichen Hinzunahme von beschichtetem Altpapier als erlaubt Inputmaterial andeutete: Eine europäische Verordnung zum Abfallende von Altpapier wird es zunächst nicht geben. Das EU-Parlament regte jedoch zugleich mit seiner Ablehnung an, dass die Kommission diesen Entwurf überdenke und verbessere. Damit besteht zumindest mittelfristig noch eine Chance für die Verordnung in qualitativ verbessertem Gewand. Das ist, worauf der bvse abzielt.“ □

Blockheizkraftwerk in Metten:

Energieeffizienz im Kloster

Die Abtei Metten setzt auf Energieeffizienz: Zusammen mit der Bayernwerk Natur GmbH ist auf dem Klostergelände eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK) errichtet worden. Pater Markus Häring und Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur, haben das neue Blockheizkraftwerk in Betrieb genommen.

Die Abtei Metten betreibt auf ihrem weitläufigen Areal ein Nahwärmeversorgungsnetz für mehrere Gebäudekomplexe und Wirtschaftseinheiten. Bislang erzeugte eine Hackschnitzelanlage die benötigte Wärme. Für die Abdeckung der Spitzenlast sorgte ein Ölkessel.

Jetzt wollten die Benediktiner die gesamte Wärmeerzeugung ökologisch sinnvoll gestalten. Die Abtei suchte also nach einer Lösung, um den mit Erdöl betriebenen Spitzenlastkessel zu ersetzen.

BHKW erzeugt Wärme und Strom

In der Bayernwerk Natur GmbH fand das Kloster Metten einen kompetenten und erfahrenen Partner, der eine Lösung mittels einer KWK-Anlage anbot. Die neue Anlage ist als Blockheizkraftwerk (BHKW) ausgeführt und verfügt über eine Leistung von 50 Kilowatt (kW) elektrisch und 97 kW thermisch. So kann die Abtei künftig vor Ort nicht nur Wärme erzeugen, sondern zusätzlich auch Strom. Der erzeugte Strom wird direkt vor Ort genutzt, sodass die Anlage nur eine kleine Restmenge in das öffentliche Stromnetz einspeist.

175 Tonnen weniger CO2

Insgesamt kann das BHKW den Strombedarf der Abtei bis zu rund 70 Prozent decken. Als En-

ergieträger dient das umweltschonende Erdgas. Im Vergleich zur bisherigen Lösung wird die Umwelt durch die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme im BHKW der Abtei Metten jährlich um rund 175 Tonnen CO2 entlastet.

Probetrieb

Diese ökologischen und ökonomischen Faktoren haben die Verantwortlichen der Abtei von der Zusammenarbeit mit der Bayernwerk Natur GmbH überzeugt. Bei der Inbetriebnahme betonte Pater Thomas Winter, der Haustechniker der Abtei, dass die Einbindung in das Wärmesystem der Abtei eine große Herausforderung darstellte. Dass die Technik gut funktioniere, zeigte sich bereits im Probetrieb, bei dem die prognostizierten Leistungswerte sogar übertroffen wurden.

Wirkungsgrad über 90 Prozent

„Die Anlage ist mit einem Gesamtwirkungsgrad von über 90 Prozent der getrennten Erzeugung von Strom und Wärme weit überlegen“, so Pater Thomas Winter. „Durch die dezentrale Stromerzeugung wird das öffentliche Stromnetz entlastet, was einen wichtigen Beitrag für die Energiewende bedeutet“, zeigte sich Dr. Alexander Fenzl von der Bayernwerk Natur überzeugt. □

Nördlingen:

Landratsamt Bürgerservice nimmt seine Arbeit auf

Seit Ende 2013 ist der neue Landratsamt Bürgerservice Nördlingen in Betrieb. Dieser neue Service vereint das bisherige Bürgerbüro des Landratsamtes und die bisherige Zulassungsstelle Nördlingen und ist in den Räumen der Zulassungsstelle in der Nürnberger Straße 17 (Arlt-Gebäude) zu finden.

In dieser neuen Einrichtung sind alle bisherigen Dienstleistungen des Bürgerbüros und der Zulassungsstelle unter einem Dach zu finden. Der Bürger hat somit nur noch eine Anlaufstelle. Wie gewohnt kann man am Schalter viele Dienstleistungen in Angelegenheiten von A wie

Abfallwirtschaftsverband bis W wie Wohngeld in Anspruch nehmen. Daneben werden alle Vorgänge rund um die Zulassung von Fahrzeugen von der Reservierung von Wunschkennzeichen bis zum Erwerb von Feinstaubplaketten erledigt.

Neu sind auch die Öffnungs-

Donau-Ries:

Platz 10 im Focus-Money Landkreis-Ranking

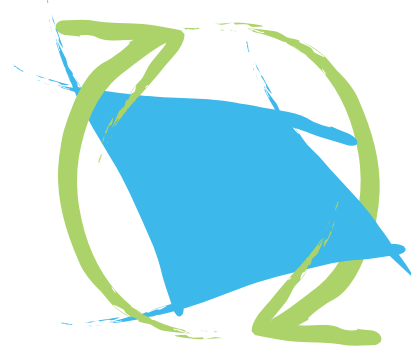
Erneut einen Spitzenplatz belegt der Landkreis Donau-Ries beim aktuellen Wirtschaftsranking des Magazins „Focus Money“, einer bundesweiten Rangliste der wirtschaftsstärksten Regionen, wobei insgesamt 402 Landkreise und kreisfreie Städte in den Vergleich einbezogen waren. Mit Rang 10 landete der Kreis bereits zum zweiten Mal unter den Top Ten in Deutschland.

Die wirtschaftlich zugkräftigste Region Deutschlands ist der Studie zufolge Ingolstadt, gefolgt von Heilbronn und der Stadt München. Bayern dominiert wieder einmal die Spitzengruppe im aktuellen Ranking, unter den ersten Zehn sind sechs Regionen aus dem Freistaat.

Die Rangfolge vergleicht die Wirtschaftskraft der Regionen und Gemeinden anhand von sieben Indikatoren, u.a. Arbeitslosenquote, Bruttowertschöpfung, Investitionen im verarbeitenden Gewerbe, verfügbares Einkommen privater Haushalte, Veränderung des Bruttoinlandsproduktes, Bevölkerungswachstum sowie Veränderung der Erwerbstätigenzahl, basierend auf Zahlen aus den Jahren 2011 und 2012. Das Gesamtranking ergibt sich dabei aus der Summe der Platzierungen in den Ranglisten für die einzelnen Faktoren. Sieger ist folglich die Region mit der niedrigsten Punktzahl.

Sehr zufrieden mit dem Spitzenplatz ist Landrat Stefan Rößle. Das Ergebnis zeige, dass der Landkreis dank seiner gesunden Wirtschaftsstruktur auf Erfolgskurs bleibe. Ein starker Mittelstand, erfolgreiche Industriebetriebe, Handwerk und Landwirtschaft seien Garanten für eine gute Beschäftigung- und Ausbildungssituation im Landkreis. Rößle sieht in dem guten Abschneiden aber auch einen Erfolg der Aktivitäten des Landkreises

Recyclingbaustoffe aus Bayern



BAUSTOFF
RECYCLING
BAYERN

Der Umwelt zuliebe nur mit diesem Zeichen!

- sind geprüft, güteüberwacht und zertifiziert.
- gewährleisten die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung gemäß KrWG
- garantieren die Übereinstimmung mit bau- und umwelttechnischen Regelwerken
- schaffen Vertrauen zwischen Hersteller, Anwender und Behörden

www.baustoffrecycling-bayern.de

Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“:

Auszeichnung für Nürnberg

Nürnberg zählt zu den neun Preisträgern beim Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2013“, der seit 2009 jährlich vom Bundesumweltministerium und dem Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) ausgelobt wird. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Preisgelder fließen wieder in den Klimaschutz.

Insgesamt waren 138 Beiträge beim Wettbewerb eingegangen. Kommunen und Regionen konnten sich in drei Kategorien bewerben. Die Stadt Nürnberg hatte sich mit dem Projekt „Innendämmung denkmalgeschützter Gebäude“ in der Kategorie „Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement“ beworben. In dieser Kategorie gab es 27 Bewerbungen, aus denen drei Gewinner ausgewählt wurden. Damit wurde die Stadt Nürnberg zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren ausgezeichnet, nachdem sie bereits 2010 zu den Preisträgern gehörte.

Vorreiterrolle

Die Norisstadt nimmt beim Thema energetische Sanierungen denkmalgeschützter Gebäude durch den systematischen Einsatz von Innendämmung eine Vorreiterrolle ein. In einem Pilotprojekt konnte sie den Erfolg ihrer Vorgehensweise belegen. Seither ist das Verfahren zu einem festen Element von Sanierungsplänen geworden. Insgesamt wurden in Nürnberg schon 30 Innendämmprojekte erfolgreich umgesetzt. Dadurch erzielt die Stadt eine CO₂-Einsparung von rund 120 Tonnen jährlich.

Pionierarbeit

Eine energetische Sanierung ist heutzutage im Normalfall keine technische Besonderheit mehr. Nicht so in Nürnberg: Rund ein Drittel der städtischen Gebäude stehen unter Denkmalschutz und dürfen in ihrer Außenfassade nicht verändert werden. Um die Außen-

wände dennoch wärmeschutztechnisch zu verbessern, bleibt nur die Alternative einer technisch schwierigeren Innendämmung. Die Stadtverwaltung Nürnberg leistet hier seit über einem Jahrzehnt Pionierarbeit in Forschung und Praxis.

Pilotprojekt

Gemeinsam mit dem Institut für Bauklimatik der Technischen Universität Dresden startete sie im Jahr 2000 in zwei kommunalen Gebäuden ein Pilotprojekt bei dem in insgesamt vier Räumen Innendämmmaßnahmen getestet wurden. Von 2002 bis zum Ende des Projektes 2004 hat die TU Dresden das Vorhaben messtechnisch begleitet und wissenschaftlich dokumentiert. Nach dem Ende der Projektlaufzeit war die Bilanz der beiden Kooperationspartner eindeutig: Mit einer systematischen Vorbereitung ist eine effektive Innendämmung möglich. Vorbehalte, wie die Angst vor Schimmelbildung, konnte die Stadt ausräumen.

Bundesweite Beachtung

Bis heute folgten dem Pilotprojekt rund 30 Sanierungsprojekte mit Innendämmung, angefangen von einzelnen Räumen bis hin zu kompletten Gebäuden. Das Ergebnis: Nachhaltige Reduzierung der Heizenergieverbräuche sowie spürbare Komfortverbesserung. Und das ohne Schäden durch die Sanierung. Die praktischen Erfahrungen der Stadt Nürnberg in diesem Bereich haben inzwischen bundesweit Bedeutung erlangt.

Mit einem Stadtratsbeschluss zu

energetischen Standards von Gebäuden im Jahr 2009 ist aus dem Pilotprojekt im kommunalen Energiemanagement Alltag geworden. Wo immer es sinnvoll ist, wird das Verfahren zur Innendämmung angewendet. Für die Stadt heißt das im Moment jährlich rund 120 Tonnen CO₂-Einsparung nur durch die bisher realisierten Innendämmungen.

Energiemanagement

Auch darüber hinaus wird viel für die Energieeinsparung in städtischen Liegenschaften getan: Energiecontrolling, Motivationsprojekte zur Verbesserung des Nutzerverhaltens, energetische Projektsteuerung zur Qualitätssicherung bei Planung und Bau sowie die Realisierung von Contractingprojekten sind nur einige Maßnahmen, durch die die Stadt Nürnberg

in Sachen Energiemanagement Erfolge erzielt. Von 2000 bis 2012 konnten die Stromverbräuche um 28 Prozent und die Heizenergieverbräuche um 26 Prozent reduziert werden. Insgesamt konnte in diesem Zeitraum eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um rund 42 Prozent bilanziert werden.

Denkmalgerechte Lösungen

„Der Preis ist eine Belohnung der Nürnberger Anstrengungen zum Klimaschutz und bestärkt uns sehr“, zeigte sich Nürnbergs Baureferent Wolfgang Baumann bei der Preisverleihung in Berlin erfreut. „Wir werden natürlich weiterhin Innendämm Lösungen bei Denkmälern zielgerichtet fortführen. Darüber hinaus wollen wir aber auch denkmalgerechte Lösungen zur Solarmutzung entwickeln. Konkret werden wir das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro in ein Pilotprojekt einer denkmalverträglichen Photovoltaikanlage auf der Dachfläche des denkmalgeschützten Neuen Rathauses investieren.“

DK



Aus der Hand von Landtagspräsidentin Barbara Stamm bekam Landrat Herbert Mirbeth die Verfassungsmedaille in Silber überreicht.
Foto: Bildarchiv Bayer. Landtag/Rolf Poss

Hohe Auszeichnung für Landrat Mirbeth

Langjähriges politisches Engagement wurde mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber gewürdigt

Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth erhielt aus der Hand von Landtagspräsidentin Barbara Stamm die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber überreicht. Damit wurde sein großer Einsatz für die Region gewürdigt. Insgesamt 38 verdiente Persönlichkeiten bekamen im Rahmen eines Festakts im Senatssaal des Maximilianeums in München die Bayerische Verfassungsmedaille überreicht.

Das Parlament ehrt damit seit 1961 Bürgerinnen und Bürger, die in herausragender Weise zum Zusammenhalt der Menschen in Bayern beitragen und sich aktiv für die Werte der Bayerischen Verfassung einsetzen. „Die Verfassung ist das Fundament des staatlichen Lebens. Sie enthält die Werteordnung der Gesellschaft und zeigt damit die verbindlichen Leitlinien für ein harmonisches Zusammenleben der Menschen auf. Das hört sich nachvollziehbar und plausibel an. Aber: Es ist kein Selbstläufer. Dazu braucht es Menschen, die diesen Rahmen mit Leben füllen“, erklärte die Landtagspräsidentin in ihrem Grußwort.

Entwicklung der Region als besonderes Anliegen

Landrat Herbert Mirbeth erhielt die Auszeichnung für sein kommunalpolitisches Engagement in der CSU, das sich mittlerweile über vier Jahrzehnte erstreckt. Seit elf Jahren steht er dem Landkreis Regensburg als Landrat vor. Zuvor war er Bürgermeister der Stadt Hemau und Abgeordneter im Landtag. „In seinen Ämtern als Stadtrat von Hemau, als Mitglied des Kreistages Regensburg, als hauptberuflicher Erster Bürgermeister der Stadt Hemau und jetzt als Landrat des Landkreises Regensburg war und ist ihm die Entwicklung der Region ein besonderes Anliegen“, heißt es in der Würdigung seiner Leistungen.

Herzensanliegen

Große Verdienste habe er sich unter anderem erworben durch seinen Einsatz für die Einrichtung einer Wohnanlage für Spätaussiedler aus Russland. Als Landrat verfolge Mirbeth das Ziel, die Kräfte, die Identität und die Wirtschaftskreisläufe der Region zu stärken. Wichtig sei ihm dabei, die Bürgerinnen und Bürger bei der Erörterung relevanter gesellschaftlicher Fragen einzubeziehen.

Besonders am Herzen liege ihm die interkommunale Zusammenarbeit, heißt es in der Laudatio weiter. Auf seine Anregung hin seien entsprechende Koordinationsstellen bei den Bezirksregierungen verankert worden. Zudem gehörte Mirbeth von 1994 bis 2002 dem

Bayerischen Landtag an, wo er unter anderem im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen mitwirkte. 1977 gründete er die „Tangrintler Nachrichten“, eine Wochenzeitung für die Region Hemau.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

KlimaschutzOffensive Fischbachau:

Start des Projekts „Fischbachau spart Strom“ am 9. Januar 2014

In Zusammenarbeit mit der Energiewende Oberland startete die KlimaschutzOffensive Fischbachau eine Stromsparoffensive für private Haushalte und das Gewerbe in Fischbachau. Unterstützt wird die Kampagne unter anderem auch durch die Bosch und Siemens Haushaltsgeräte GmbH und das Landratsamt in Miesbach.

Am 9. Januar begann die Kampagne mit einer Auftaktveranstaltung für fünf Haushalte, die bereit sind, ein Jahr lang gezielt Strom zu sparen, aktiv an einzelnen Projektschritten mitzuarbeiten und nach Abschluss als Multiplikatoren auf Veranstaltungen zu fungieren.

Information und Begleitung

Im Bereich Gewerbe findet derzeit noch die Auswahl der teilnehmenden Betriebe im Handwerk, Gastgewerbe und der Landwirtschaft statt. Interessierte Gewerbetreibende aus Fischbachau können sich noch bewerben. Bewerbungen sind telefonisch bzw. per Mail an die Gemeindeverwaltung Fischbachau, Telefon: 08028-9066-0, E-Mail: rathaus@fischbachau.de, Frau von Stritzky bzw. Herr Neundlinger, unter Angabe der Größe des Betriebs, Name, Adresse, Ansprechpartner, Telefonnummer und E-Mail-Anschrift zu richten.

Die KlimaschutzOffensive Fischbachau und die Energiewende Oberland informieren, beraten und begleiten die Haushalte und das Gewerbe in Fischbachau ein Jahr lang bei ganz gezielten Maßnahmen zum Stromsparen. Ziel ist es, den Stromverbrauch im Jahr 2014 drastisch zu senken. Die teilnehmenden privaten Haushalte erhal-

ten die notwendige Stromspar-Basis-Ausstattung kostenlos. Eine Energiesparkiste mit Infomaterial, verschiedenen Lampen, Messgeräten und Sparfunktionen helfen beim Energiesparen.

Energieverbrauch optimieren

Gesponsert wird diese Kiste durch die Bosch und Siemens Haushaltsgeräte GmbH. Alle Teilnehmer erhalten während des Jahres regelmäßige und kostenlose Beratungen und Informationen zum Thema Energiesparen. Außerdem finden Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch statt. So soll gezielt der Energieverbrauch gemessen, erfasst, überwacht und optimiert werden.

Stromsparwettbewerb für private Haushalte

Zusätzlich lobt die Gemeinde Fischbachau für das Jahr 2014 einen Stromsparwettbewerb für alle privaten Haushalte in Fischbachau aus. Thema des Wettbewerbs ist die Erzielung einer maximalen Stromeinsparung im Zeitraum von Januar bis Dezember 2014 verglichen mit dem Vorjahr. Teilnehmer aus der Gemeinde Fischbachau können durch die Optimierung des eigenen Verhaltens und durch die Anschaffung energieeffizienter Geräte sparen. □

Hebesatz für Bezirksumlage sinkt auf 19 Prozent

Bezirkstag von Unterfranken beschließt Haushalt 2014 Zahlenwerk mit Volumen von knapp 400 Millionen Euro

Um 2,9 Punkte auf dann noch 19 Prozent wird heuer die Bezirksumlage sinken. Das hat der Bezirkstag von Unterfranken auf seiner Sitzung zum Ende des vergangenen Jahres einstimmig beschlossen. Insgesamt beträgt das Volumen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 399,2 Millionen Euro – deutlich weniger als die 420,3 Millionen Euro im zu Ende gehenden Jahr.

Mit Blick auf das aktuelle Zahlenwerk sprach Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel von einer „ganz anderen Struktur des Haushalts“, verglichen mit den Vorjahren. Der Etat zeige, dass die Rezession endgültig überwunden sei. Die außergewöhnlich deutliche Rücknahme des Hebesatzes um 2,9 Punkte bezeichnete Dotzel „als eine der stärksten Senkungen seit Jahrzehnten“. Zugleich wies der Bezirkstagspräsident darauf hin, dass der Bezirk auch künftig sparsam und gewissenhaft wirtschaften werde.

Rund 89,0 Prozent der Bezirksausgaben fallen auf die Sozialleistungen, wie Kämmerer Rainer Klingert bereits bei der Vorstellung des umfangreichen Zahlenwerks im Bezirksausschuss ausgeführt hatte. Dabei mache der Bereich „Eingliederungshilfe“ mit 62,0 Prozent den Löwenanteil aus, gefolgt vom Bereich „Hilfe zu Pflege“ mit einem Anteil von 18,3 Prozent. Klingert wies zugleich auf einen geringeren Finanzierungsbedarf des Sozialhaushalts hin, „da einerseits die Ausgaben nur sehr moderat steigen und andererseits die volle Übernahme der Grundsicherungsleistungen durch den Bund zu spürbaren Mehreinnahmen führt“.

Wirtschaftspläne der bezirklichen Krankenhäuser

Die Wirtschaftspläne der bezirklichen Krankenhäuser (BKH) Lohr am Main, BKH Schloss Werneck, König-Ludwig-Haus Würzburg, Thoraxzentrum Münsterstadt, Intensivereinheit Kinder- und Jugendpsychiatrie Würzburg und Klinik am Greinberg) weisen ein um 4,2 Prozent gestiegenes Volumen von insgesamt 192,3 Millionen Euro auf, die Heime in Lohr, Werneck, Römershag und Würzburg ein leicht gesunkenes Volumen in Höhe von insgesamt 16,9 Millionen Euro, wie Klingert erläuterte.

CSU-Fraktionschef Dr. Peter Motsch sprach im Zusammenhang mit der Entlastung der Umlagezahler von einem „solch hoch erfreulichen Sachverhalt“, wie es ihn noch nie gegeben habe. Motsch ging kurz auf die erzielten Überschüsse ein, die nach seiner Auffassung der Rücklage zugeführt werden sollten, um für Investitionen sowie für Ausga-

ben im Zuge der Inklusion gerüstet zu sein.

Auch SPD-Fraktionsvorsitzende Marion Schäfer-Blake sprach in der Haushaltsdebatte von einer „äußerst erfreulichen Situation“. Im Namen ihrer Fraktion plädierte auch sie dafür, Überschüsse den Rücklagen zuzuführen. Wenn es dem Bezirk gutgehe, dann profitierten davon alle Kommunen.

Etwas Wasser in den Wein kippte die Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Tamara Bischof, die zu bedenken gab, dass sich die momentan gute Gesamtlage auch wieder verschlechtern könne. Kritisch sah sie zudem die Personalausgaben des Bezirks, die um 4,7 Prozent zuleigten. Dies liege über dem bayerischen Durchschnitt. Auch bei den Sachausgaben stelle sich für sie die Frage, ob die geplanten Maßnahmen notwendig seien, etwa die vorgesehene Modernisierung des Sitzungssaals.

Bärbel Imhof sprach als Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen von einem „Weihnachtsgeschenk an unsere Umlagezahler“. Dies sei umso bemerkenswerter, als Unterfranken bei der Umlagekraftsteigerung nur den vorletzten Platz aller Bezirke einnehme. Handlungsbedarf sah die Fraktionschefin insbesondere im Bereich der Altersmedizin. Der demographische Wandel erfordere „grundsätzlich neue Überlegungen, wie wir mit den rasant ansteigenden Patientenzahlen in der Gerontopsychiatrie umgehen wollen“, sagte Imhof.

Als Vertreterin der FDP forderte Adelheid Zimmermann eine noch stärkere Absenkung der Bezirksumlage auf 18,7 Prozent. Zur Finanzierung schlug sie vor, das Geld aus der Rücklage zu entnehmen und dem Verwaltungshaushalt zuzuweisen. Die Schulden des Bezirks beliefen sich derzeit auf 7,15 Euro pro Einwohner, dies sei weniger als die Hälfte des bayernweiten Durchschnitts.

Im Gegensatz dazu vertrat Angelika Strobel (Die Linke) die Auffassung, 9,3 Millionen Euro Schulden seien keine zu ignorierende Summe. Für die Zukunft erwartete sie weiter steigende Sozialausgaben. Zudem plädierte sie für mehr Sucht-Präventionen. „Das sollte uns die Jugend wert sein“, sagte die Politikerin. □

Nachhaltiges Wirtschaften im Oberland

Klausurtagung in Benediktbeuern von Bürgerstiftung Energiewende Oberland und Wirtschaftsforum Oberland

Finanzvorstände der Dax-Unternehmen gehen davon aus, dass es sich wirtschaftlich rechnet, ökologische und gesellschaftliche Ziele zu verfolgen, und dass immer mehr Kunden und Investoren auf nachgewiesene Nachhaltigkeit Wert legen. Hieran knüpften die Bürgerstiftung Energiewende Oberland und das Wirtschaftsforum Oberland an, in dem sie - erstmals gemeinsam mit der Metropolregion München und der SMG Regionalmanagement - zum 5. Mal in Folge zu ihrer Klausurtagung „Nachhaltiges Wirtschaften im Oberland“ nach Benediktbeuern einluden.

Knapp 200 Teilnehmer folgten den hochkarätigen Vorträgen aus den Bereichen Mobilität, Ernährung, Konsumverhalten und Energie und nahmen an insgesamt drei Workshops teil.

Nach der gemeinsamen Eröffnung der Klausurtagung durch Landrat Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen), Prof. Reinhold Krämmel (Wirtschaftsforum Oberland), Prof. Dr. Wolfgang Seiler (EWO/EKO), Alexander Schmid (SMG Miesbach) und Wolfgang Wittmann (Europäische Metropolregion München) zeigte Josef Rother von der Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung in Marburg auf, wie sich die Mobilität in Bezug auf das tägliche Pendeln in Zukunft verändern könnte.

Pendlerstationen

Rother zufolge könnten sogenannte Pendlerstationen in der Region entstehen und zahlreichen Mitarbeitern von Unternehmen in München einen Arbeitsplatz in der Nähe ihres Wohnortes im Oberland verschaffen. Dies hätte positive Auswirkungen für die Region Oberland, die Verkehrsbelastung der Stadt München, für die Arbeitgeber und letztlich für das Klima, da CO₂-Emissionen vermieden würden.

Adriane Schua, Vorsitzende der Solidargemeinschaft OBERLAND

e.V., legte dar, wie aus einer Idee im Jahr 1994 das Netzwerk UNSER LAND entstand. Mittlerweile sei der Zusammenschluss auf zehn Solidargemeinschaften und über 1.000 Mitglieder, darunter auch Gemeinden, angewachsen. Schua regte an, darüber nachzudenken, wo das Essen im Supermarkt herkommt und plädierte dafür, so weit möglich regionale Produkte einzukaufen. Produkte von UNSER LAND seien in zahlreichen Einzelhandelsmärkten der Region verfügbar und würden zu einem fairen Preis verkauft, so die Vorsitzende. Man wolle regional bleiben, um damit die hohen ideellen und wirtschaftlichen Besonderheiten zu erhalten.

Gebäude als thermischer Speicher

Mit einer neuen Idee wartete Jakob Schneegans vom Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik der TU München auf: Gebäude als thermischer Speicher. „Das System wird sich dahingehend ändern, dass nicht die Nachfrage die Produktion von Strom beeinflusst, sondern Strom dann intelligent genutzt wird, wenn er beispielsweise durch Solar- oder Windkraftanlagen zur Verfügung steht“, stellte der Energieexperte fest.

Der ehemalige ARD-Moderator Franz Alt, der als einer der populärsten Verfechter der Energie-

wende gilt, erläuterte schließlich, „warum uns die Energiewende zu Gewinnern macht“. Alt zufolge liegt die Energiewende in unserer Hand und Deutschland könne als hochtechnologisiertes Land Vorreiter in der Verknüpfung zwischen Ökonomie und Ökologie sein. Weltweit führend sei Deutschland bereits bei den Techniken für Energie aus Sonne, Wind, Biogas sowie Speichertechnologie. Dies schaffe hierzulande eine Million neue Arbeitsplätze. Die energetische Zukunft ist für Alt ein Mix aus Sonne plus Wasser, Biogas und Wind. Ebenso wichtig sei es freilich, Energie zu sparen und effizienter damit umzugehen. Wirtschaft und Politik sollten in puncto Energiewende vor allem über die Chancen und nicht nur über die Kosten sprechen, lautete Alts Botschaft.

Nachhaltigkeitspreis für Tyczka Totalgaz GmbH

Ein weiterer Höhepunkt der Klausurtagung war die Verleihung des „Nachhaltigkeitspreises“ des Wirtschaftsforums Oberland an die Tyczka Totalgaz GmbH aus Geretsried. Stolz nahmen die Geschäftsführer von Tyczka Totalgaz, Markus Eder und Jan Petersen, den Preis entgegen. „Wir haben in den vergangenen Jahren viel für gelebte Nachhaltigkeit getan, sowohl im sozialen, ökologischen als auch ökonomischen Umfeld“, betonte Markus Eder. „Dieser Nachhaltigkeitspreis ist uns ein großer Ansporn, auch in Zukunft verantwortungsvoll mit allen Ressourcen umzugehen.“

Nachhaltigkeit ist einer der zehn Werte, die die Unternehmenskultur bestimmen. Allein seit 2010 konnte das Unternehmen seine Treibhausgasemissionen um 1.102.335 Kilogramm Kohlendioxid-Äquivalente reduzieren. Die noch verbliebenen Emissionen setzte Tyczka Totalgaz mit einer CO₂-Kompensation für 2012 auf null. Mit dieser Investition unterstützt das Unternehmen unterschiedliche klimaschonende Projekte weltweit.

Einer der besten 100 Arbeitgeber Deutschlands

Verschiedene Arbeitszeitmodelle erhöhen die Flexibilität der Mitarbeiter und erleichtern damit auch die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie. Dreimal in Folge zeichnete Great place to work® Tyczka Totalgaz als einen der besten 100 Arbeitgeber Deutschlands aus.

Darüber hinaus stehen Betriebssicherheit und Unfallvermeidung an erster Stelle. So nehmen die Dienstwagenfahrer an Eco-Fahrtrainings (Spritspartraining) teil. In der neuen Dienstwagenrichtlinie wurden die CO₂-Obergrenzen weiter reduziert.

Alle Mitarbeiter im Außendienst sind Energieeffizienzberater und beraten die Kunden auch hinsichtlich Energieeinsparungen. Das Firmengebäude wurde vor zwei Jahren wärmegeklämt, alle Standorte beziehen Ökostrom und in Geretsried sowie Fensterbach wurde in leistungsstarke Photovoltaikanlagen investiert.

2013 konnten sich alle Mitarbeiter auf firmeninternen Nachhaltigkeitstagen informieren und wurden für das Thema sensibilisiert. Das 2012 gestartete Projekt „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ hat zu einer ganzen Reihe von Verbesserungen geführt. Maßnahmen wie z. B. die Optimierung der Heizungs- und Lüftungsanlage befinden sich in der Umsetzung. **DK**

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Gesundheit.“ Mein Chef, der Bürgermeister, richtete diesen Wunsch mit routinierter Höflichkeit an mich, nachdem ich ein Niesen in der trockenen Luft des Büros nicht zurückhalten konnte. Allerdings kreuzte sich diese mitfühlende Reaktion mit meinem „Entschuldigung“, das ich schnell dem Schwall an durch die Nase ausgestoßener Luft hinterher sandte. Laut aktuellem Benimm-Kurs gilt das derzeit als adäquater Akt unter wohlherzogenen Weltbürgern.

Schon sind wir mitten in einer großen Blackbox der Unsicherheit bei denen, die auf gutes Benehmen Wert legen. Welche Reaktion ist die richtige? Tatsächlich haben uns unsere Eltern von klein auf beigebracht, dass man artig „Gesundheit“, „Hatschi“ oder ein Dialekt-Äquivalent wie „Helf da Gott“ sagt, wenn jemand niest, mit dem man gerade in kommunikativer



hören lässt. Die Tischdecke wird hemmungslos als Serviette missbraucht, Geflügelknochen neben dem Teller abgelegt, bei Tisch und sogar während des Essens wird geraucht. Nur Naseputzen im Laufe der Mahlzeit ist seltsamerweise ein No-Go. Da diese Art bei westlichen Gastgebern immer wieder auf Ressentiments stößt, werden chinesische Reisegruppen nach Europa neuerdings mit einer Benimmfibel ausgestattet, um die größten kulturellen Unterschiede etwas auszugleichen. Heraus kommt meist eine individuelle Melange aus west-östlichen Tischsitten, die für beide Seiten anstrengend, aber irgendwie interkulturell versöhnlich ist.

Dabei gilt ja auch für uns, dass Manieren wandelbar sind und sich dem Lauf der Zeit anpassen müssen. Vieles, was heute comme-il-faut ist, wäre noch in den 1950er Jahren, der Hochzeit der von Erica Pappritz kodifizierten Etikette der frühen Bundesrepublik, undenkbar gewesen. Etwa, dass im Restaurant die Dame die Rechnung für sich und den Herrn bezahlt. Selbst der Knigge erlebt ja immer wieder Neuauflagen und ist keine Anschaffung fürs Leben mehr. Was dann natürlich manchmal zu Unsicherheiten führt, oder wüssten Sie auf Anhieb, ob ein Mann treppauf vor oder nach der Dame geht? Wer die Tür aufhält – immer der Herr der Dame oder derjenige, der zuerst bei der Tür ist, unabhängig vom Geschlecht?

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht es ein, er wird einen Benimm-Trainer für sich und die Führungsetage des Rathauses anheuern, um mal gründlich unsere Manieren durchzuchecken und auf den Jetztstand zu bringen. Vor allem der große Bereich der digitalen Etikette, sprich wie man sich höflich im Web bewegt und die Kommunikation dort gestaltet, dürfte von Interesse sein. Bin gespannt, wie der Kampf „Entschuldigung“ gegen „Gesundheit“ da ausgeht. Out, wie viele behaupten, ist gutes Benehmen jedenfalls nicht. Noch immer gilt die Erkenntnis Arthur Schopenhauers, die ich dem Chef mailte: „Höflichkeit ist wie ein Luftkissen – es mag wohl nichts drin sein, aber es dämpft die Stöße des Lebens.“

the Sabriul

Dillingens Landrat Leo Schrell:

Positive Bilanz eines ereignisreichen Jahres

Als attraktiven Bildungs- und Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität betrachtete Landrat Leo Schrell den Landkreis Dillingen zum Ende eines ereignisreichen Jahres. Dazu haben neben hohen Investitionen des Landkreises in den zukunftsfähigen Ausbau der Bildungseinrichtungen sowie die Sicherung einer bedarfsorientierten und wohnortnahen ärztlichen Versorgung auch der vielfältige ehrenamtliche Einsatz unzähliger Menschen als tragende Säule unseres Gemeinwesens beigetragen“, betonte Schrell anerkennend.

Zu den Schwerpunkten der Kreispolitik wird noch mindestens bis 2018 die Bildung zählen. Bis dahin wird der Landkreis rund 80 Mio. Euro in die Modernisierung seiner Bildungseinrichtungen investiert haben. In diesem Jahr konnte der erste Bauabschnitt des Neubaus der Berufsschule Lauingen zum Abschluss gebracht werden.

„Der Neubau schafft moderne Ausbildungsvoraussetzungen und stärkt gleichzeitig unsere Region als Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort nachhaltig“, ist der Landrat sicher. Damit bieten sich vor allem jungen Menschen im Landkreis Perspektiven. Nach dem Abschluss der Generalsanierung des Gymnasiums in Wertingen steht ab 2015 die Generalsanierung des Johann-Michael-Sailer-Gymnasiums in Dillingen mit Kosten in Höhe von rund 20 Mio. Euro auf der Agenda des Landkreises.

Zu den größten Herausforderungen der Zukunft zählt Leo Schrell die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. „Auf diesem Gebiet hat der Landkreis mit der Inbetriebnahme des neuen, vom KfH Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation e.V. betrie-

bene Dialysezentrums am Krankenhaus St. Elisabeth, der Anerkennung der Klinik als akademisches Lehrkrankenhaus sowie des kürzlich am Krankenhaus in Wertingen in Betrieb genommenen neuen und hochmodernen Herzkatheterlabors Quantensprünge gemacht“, freut sich Schrell über die positive Entwicklung und die damit verbundene Stärkung der beiden Klinikstandorte. Für das erste Halbjahr 2014 ist der Beginn des 3. Bauabschnitts der Generalsanierung der Kreisklinik in Wertingen geplant.

Als absolut erfreulich bezeichnet Schrell die hervorragenden wirtschaftlichen Daten für den Landkreis. So seien die Arbeitslosenzahlen auf einem historisch niedrigen Stand. Umso mehr sei es wichtig, sich in enger Kooperation von Politik und Wirtschaft verstärkt der Sicherung von Fachkräften anzunehmen. Der Landkreis hat hierzu die Initiative für ein Rückkehrmanagement ergriffen und einen Newsletter aufgelegt. Kennzeichen eines starken Wirtschaftsstandortes sind neben einem guten Branchenmix und qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen vor allem eine lei-

stungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Deshalb begrüßt der Landrat die Fortschritte beim Neubau der B 16 Umfahrung Dillingen, die zudem den Menschen in Dillingen und Steinheim mehr Lebensqualität bringen wird. „Erfreulich ist zudem“, so der Landkreischef, „dass der Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit hochleistungsfähigem Internet im Jahr 2013 sehr gut vorangekommen ist“.

Zwischenzeitlich verfügen manche ländliche Gemeinden im Landkreis über eine bessere Anbindung als die Ballungszentren. Auch bei der Energieversorgung auf Basis regenerativer Energien sieht Schrell den Landkreis bereits gut aufgestellt, fordert aber seitens der Politik verlässliche Planungsgrundlagen zur Umsetzung der Energiewende. „Dabei muss die Windkraft als effiziente Technologie eine Rolle spielen.“

Dank sprach der Landrat allen ehrenamtlich tätigen Menschen in den Vereinen, Verbänden, sozialen, caritativen und kirchlichen Einrichtungen für ihren unermüdlichen Einsatz für ein funktionierendes Gemeinwesen aus. Dies galt für 2013 in besonderer Weise für die Hilfsorganisationen, die bei der Bewältigung des Hochwasserereignisses im Juni stark gefordert waren. Einen kulturellen Höhepunkt erwartet Leo Schrell im Mai 2014 mit der Verleihung des Europäischen St.-Ulrichs-Preises an das ökumenische Netzwerk „Miteinander für Europa“. **□**

Bezirkstag beschließt Senkung der Bezirksumlage um einen Punkt

Bei seiner jüngsten Sitzung in Kloster Irsee verabschiedete der Schwäbische Bezirkstag seinen Haushaltsplan für 2014. Vor allem die gute Umlagekraftentwicklung in Schwaben, ein Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung, ist ausschlaggebend dafür, dass der Bezirk die Bezirksumlage, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Erfüllung der bezirklichen Aufgaben erhoben wird, um einen Punkt auf den Hebesatz von 22,9 Prozent senken kann.

Die Bezirksumlage sowie die Einnahmen aus dem Finanzausgleich des Freistaats fließen vor allem in die Bewältigung der sozialen Aufgaben des Bezirks, das heißt, in die Hilfen für Menschen mit Behinderung und in die Hilfe zur Pflege. Hier steigt der Finanzbedarf jedoch seit Gründung der Bezirke stetig an - auch 2014 wird der Sozialbereich mit knapp 95 Prozent den Verwaltungshaushalt des Bezirks dominieren, da immer mehr Menschen diese soziale Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

So fließen in den Sozialbereich Ausgaben in Höhe von 586,5 Millionen Euro. Im Vergleich dazu sind die Aufwendungen für die kulturellen Aufgaben mit 8,3 Millionen Euro marginal. Hier ist der Bezirk Schwaben unter anderem Träger der Heimatpflege und der Bezirksmuseen.

Solides Zahlenwerk

Das Gesamtvolumen des Bezirkshaushaltes beträgt 2014 642,5 Millionen Euro. „Ein solides Zahlenwerk, das auch eine Weiterentwicklung mit Maß und Ziel zulässt“, betonte Bezirksstagspräsident Reichert. Unter anderem sol-

len die Suchtberatungsstellen sowie weitere ambulante, wohnortnahe Angebote für psychisch kranke und behinderte Menschen ausgebaut werden.

Begrüßenswerte Zusicherung zu einem Bundesleistungsrecht

In ihren Haushaltsreden begrüßten die Fraktionsvorsitzenden Herbert Pressl (CSU), Wolfgang Böhner (SPD) und Johann Fleschhut (FW) die Zusicherung des Bundes zu einem Bundesleistungsrecht im Rahmen der Eingliederungshilfe. Allerdings müsse auch darauf gepocht werden, dass die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen zur Behindertenhilfe direkt bei den Kommunen ankomme und auch die Kompetenz bei den Kommunen verbleibe.

Der Haushalt wurde gegen vier Stimmen seitens der Fraktion der Grünen/ÖDP und der Ausschussgemeinschaft aus Piraten und Die Linke verabschiedet. Deren Sprecher Kirs Hofmeister-Streit und Fritz Effenberger traten für eine geringe Senkung der Bezirksumlage ein. **□**

Naturschutzgroßprojekt Schwäbischer DonAUWALD:

Klare Positionierung

Nach über einem Jahr intensiven Verhandlungen mit dem Bayerischen Umweltministerium in Zusammenhang mit dem Naturschutzgroßprojekt Schwäbischer DonAUWALD, konnten der Vorsitzende von Donautal-Aktiv Landrat Leo Schrell (Dillingen) und sein Landratskollege Stefan Rößle (Donau-Ries) in einem intensiven Gespräch mit dem Bayerischen Umweltminister Dr. Marcel Huber die Position der Landkreise und Kommunen in Sachen Haftung und Entschädigung nochmals deutlich darstellen.

Juristische Bedenken

Die von Vertretern des Umweltministeriums vorgetragenen juristischen und grundsätzlichen Bedenken wegen der angestrebten Haftungsübernahme durch den Freistaat konnte Schrell durchaus nachvollziehen, sieht aber die staatlichen Behörden nach wie vor in der Pflicht, hier eine verantwortliche Rolle zu übernehmen, um die offenen Fragen zu lösen. In diesem Punkt konnte im Laufe des Gesprächs auf Initiative des Ministers ein Fortschritt erzielt werden.

Die Fachabteilungen für Naturschutz und Wasserwirtschaft im Ministerium werden sich zeitnah auf eine Vorgehensweise, wie sie sich stärker rechtlich und organisatorisch in das Projekt einbringen können, verständigen. Bereits zu Beginn dieses Jahres werden weitere Gespräche mit dem Träger des Vorhabens, Donautal-Aktiv, stattfinden.

Das Ministerium bekräftigte den Wert des Projektes sowohl aus naturschutzfachlicher als auch wasserwirtschaftlicher Sicht und wird alle Möglichkeiten zur Fortsetzung der auf Konsens mit den Landnutzern und Grundstückseigentümern gerichteten Vorgehensweise ausschöpfen.

Leo Schrell bekräftigte allerdings auch gegenüber dem Minister seine unverrückbare Haltung, das Projekt erst nach Klärung einer Haftungsübernahme und bei ausreichendem Volumen des Entschädigungsfonds in die Umsetzung und Beantragung zu führen. Da in der Region nunmehr seit Oktober 2009 intensiv am Projekt gearbeitet wird und der Erwartungsdruck von den am Projekt Beteiligten mittlerweile groß ist, baten die Landräte Schrell und Rößle die Ministeriumsvertreter um eine zeitnahe Lösungsfindung. □

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 30. Januar 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung · Stadtplanung
- Gestaltung öffentlicher Räume, Stadtmobiliar
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern

Modellprojekt in www.sdl-inform.de:

Die neue Mitte in Tagmersheim

Prägnante Baumaßnahmen werten das alte Dorfzentrum auf

Das historische Ensemble von Kirche, Pfarrhaus und Schlossanlage im Zentrum von Tagmersheim ist neu gestaltet worden und verleiht dem Gemeinschaftsleben der Bürger neue Impulse. Das mit dem Bayerischen Staatspreis für Baukultur und Dorferneuerung ausgezeichnete Projekt der Gemeinde im Donau-Ries hat Modellcharakter und zeigt, wie durch Renovierung und Umnutzung alter Gebäude und brachliegender Freiflächen eine Ortsmitte wiederbelebt werden kann.

Die 1.050 Einwohner zählende Gemeinde in der Nähe von Monheim im Südwesten des Naturparks Altmühltal hatte eine schwere Bürde zu tragen: Ortsbildprägende, aber leer stehende Gebäude wie das Pfarrhaus, eine Gastwirtschaft, das Schloss mit großen Wirtschaftsgebäuden sowie eine imposante, jedoch baufällige Kirchentreppe – so präsentierte sich vor wenigen Jahren noch das historische Zentrum von Tagmersheim.

Der Startschuss für die Dorferneuerung fiel 2006. Drei Jahre später begann die Sanierung des denkmalgeschützten Pfarrhauses und der umliegenden Gebäude. Die brachliegenden Freiflächen wurden sinnvoll in das neue Umnutzungskonzept einbezogen.

Um eine nachhaltige Entwicklung des Ortes über konkrete Baumaßnahmen hinaus sicherzustellen, diskutierte der Tagmersheimer Gemeinderat im Rahmen von zwei Klausurtagungen weitere Zukunftsthemen. Unterstützung erhielt die Gemeinde vom Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben von der Schule für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten, die seit über 20 Jahren Kommunen erfolgreich u. a. bei Projekten der Dorferneuerung und Innenentwicklung begleitet.

Profiteure der konsequenten Neukonzeption sind die Bürger von Tagmersheim, die ihre neue Dorf-

mitte nun multifunktional nutzen. Das ehemalige Pfarrhaus beherbergt neben dem Amtssitz des Bürgermeisters auch das Pfarrbüro, das Archiv der Katholischen Kirchengemeinde sowie einen repräsentativen Sitzungssaal. Es wird von Vereinen, Bürgern sowie von Gemeinde-Kirchenvertretern genutzt.

Wirtschaftliche Belebung

Darüber hinaus sind die Schlossanlagen von den Eigentümern saniert und einer neuen Nutzung zugeführt worden; der Pfarrgarten ist heute als Festplatz gestaltet. Überschaubare Sanierungsprojekte wie der ehemalige Pfarrstadel konnten in Eigenleistung renoviert werden und stehen nun Vereinen zur Verfügung. Um die Ortsmitte auch wirtschaftlich neu zu beleben, sind Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe angesiedelt worden. Eine wichtige Maßnahme war der Aufbau eines Dorfladens, der im Alltag der Bürger eine zentrale Anlaufstelle ist. Darüber hinaus konnten großzügige Grünflächen mit einem Spielbereich angelegt werden, der historische Wassergraben teilweise nachgebaut und die Straßenführung verbessert werden.

All diese Maßnahmen haben die Dorfmitte von Tagmersheim architektonisch wie funktional stark aufgewertet. Es entwickelten sich



Bei der Ortsbegehung (von links): Planerin Margit Kattinger, Michael Ertel, ALE Schwaben, Gerlinde Augustin, SDL Thierhaupten und Bürgermeister Georg Schnell. □

Amberg ist Schaltstelle für Breitbandausbau in Bayern

Das bislang in München angesiedelte Bayerische Breitbandzentrum ist nach Amberg in die Oberpfalz verlagert worden. „Amberg ist die Schaltstelle für den Breitbandausbau in Bayern. Für uns eine absolut logische Wahl: Das Amberger Vermessungsamt hat bereits große Erfahrung als Vorreiter von IT-Projekten“, stellte Finanzminister Dr. Markus Söder fest.

„Die Verlagerung ist ein deutliches Zeichen, dass die Hauptaufgaben beim Breitbandausbau im ländlichen Raum liegen“, ergänzte Finanzstaatssekretär Albert Füracker.

Ausbau bis April 2014

Das Bayerische Breitbandzentrum Amberg hat am 2. Januar 2014 seine Arbeit aufgenommen

wichtige Impulse für das Gemeinschaftsleben im Ort, so dass der Zusammenhalt und die Identifikation der Tagmersheimer mit ihrer Gemeinde deutlich gestärkt wurden. Diese positive Entwicklung macht die Gemeinde als Lebensort im ländlichen Raum attraktiv, wirkt der demographischen Entwicklung entgegen und ist eine gute Basis, um weitere nachhaltige Entwicklungsprojekte anzugehen. □

und wird bis April 2014 mit acht Personen voll ausgebaut sein. Hauptaufgaben des Zentrums sind die Vernetzung aller Beteiligten, Schulung, Beratung und Wissenstransfer für die Breitbandmanager sowie Controlling des Fortschritts beim Breitbandausbau.

Um Probleme zügig zu lösen, wurde eine Hotline eingerichtet. Bei Fragen zum Förderverfahren stehen den Gemeinden unter 09621-96543-90 oder breitbandzentrum@bayern.de kompetente Ansprechpartner zur Verfügung. Die Breitbandmanager in den Vermessungsämtern vor Ort betreuen künftig 9 der insgesamt 19 Verfahrensschritte beim Förderverfahren. Diese Beratungsoffensive entlastet die Kommunen um fast die Hälfte. Die Vermessungsämter mit Außenstellen sind in allen bayerischen Landkreisen vertreten. □

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nussier Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

2. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen GemeindeZeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

15. Mai 2014

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgasse 73 · 80443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Ansprechpartnerinnen für Anzeigen:

Constanze von Hassel
Telefon (08171) 9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen GemeindeZeitung
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

26. Juni 2014

Gewerbeforum

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energielieferant

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen GemeindeZeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

November 2014

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG